

blätter des iz3w

Impressum

☆

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Fulvia Farinelli, Konrad Fisch, Niko Georgi, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Teresa Löbbert, Mechtild Maurer, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Norbert Stamm, Detlev Vogel, Jürgen Wengler, Angela Wittkamp, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: 45,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

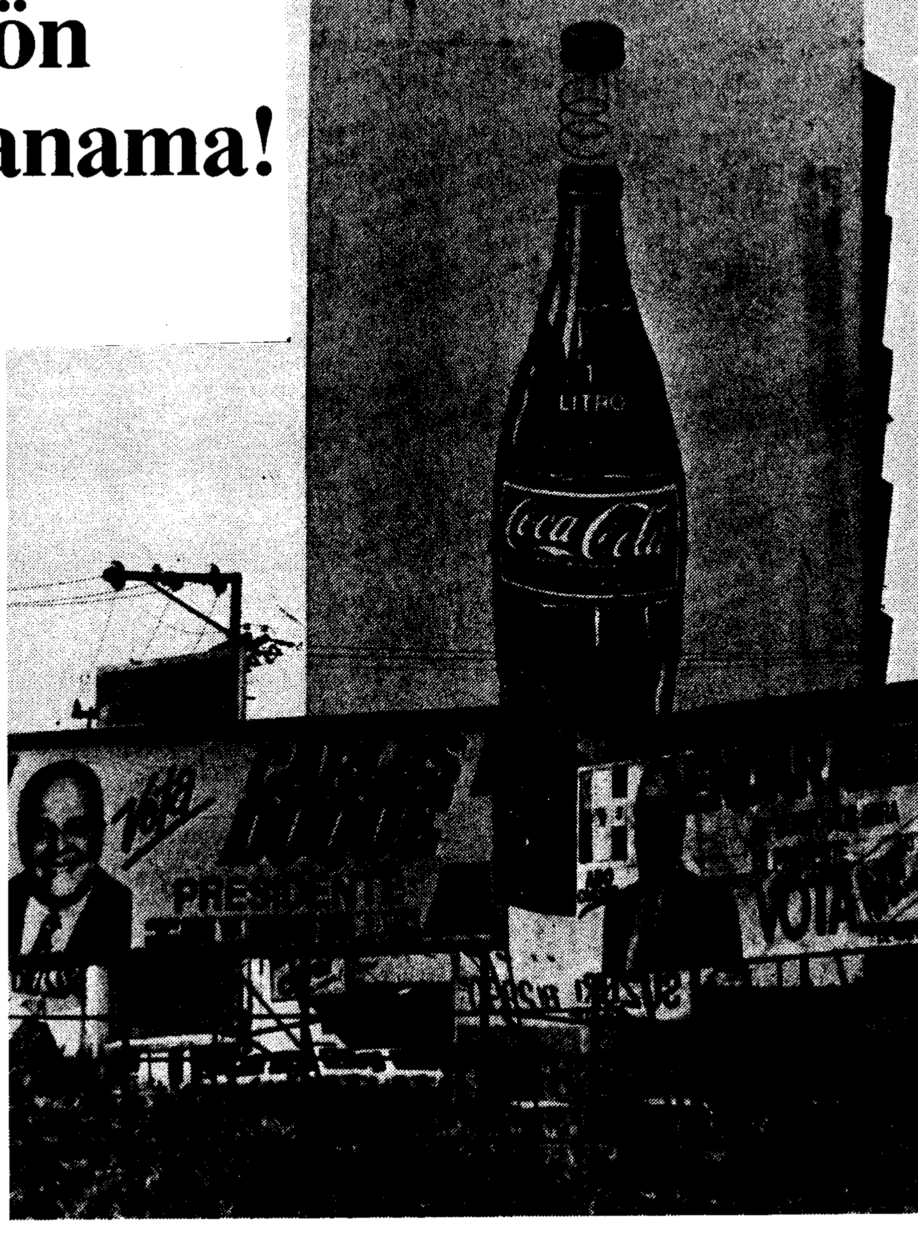
Redaktionsschluß für Nr. 159:
11.7.1989

Anzeigenschluß für Nr. 159:
18.7.1989

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Spendenaufruf für Radio Dreyeckland bei.

Inhaltsverzeichnis

Oh wie schön ist Panama!



Guillermo Ford, sauberer Bankier und Vizepräsidentschaftskandidat der christdemokratischen Opposition torkelt allein, verstaubt und blutbeschmiert durch die Straße. Ein Panamaer schlägt wiederholt mit einer Holzstange auf ihn ein, der am Rande stehende Polizist schaut unbeteiligt zu.
Die Bilder dieser Straßenszene, von AFP, AP, Reuter und dem Fernsehen in Großaufnahme um die Welt geschickt, werden mit der Erinnerung an die Wahlen in Panama verbunden bleiben. Die Opposition hat trotz tatkräftiger Unterstützung der USA ihr Ziel, die von General Noriega protegierte Regierung vom Volk abwählen zu lassen, nicht erreicht, denn die Wahlkommission hat die Wahlen kurzerhand annullieren lassen. Nun schaut die Welt auf Präsident Bush, der vor dem Scherbenhaufen seiner ungeschickten Panama-Politik steht und mit Kanonenpolitik droht. Die hat in Panama Tradition, denn schon über 20 mal haben die USA in Panama militärisch interveniert.

Mitte Februar noch hatte Manuel Antonio Noriega, Oberbefehlshaber der Armee und eigentlicher Machthaber Panamas, seinen Gegnern ein Versöhnungsangebot gemacht. Er schlug der Opposition einen Dialog mit den Streitkräften vor und garantierte zugleich einen demokratischen Ablauf der Präsidentschaftswahlen am 7. Mai.

Bereits vor den Wahlen waren die Gemüter jedoch erhitzt. Die USA drohten offen mit Invasion für den Fall des Wahlbetrugs. In Nicaragua herrschte militärischer Alarmzustand. Die Regierung Panamas hatte ihrerseits für US-Bürger und alle ausländischen Journalisten Visumpflicht eingeführt und Hotelbetten nur mit Billigung des Sicherheitsdienstes vergeben. Das Volk war in zwei Lager geteilt. Außer Zweifel stand auch, daß jede zukünftige Regierung auf die Gunst der Streitkräfte angewiesen ist. Fraglich war dagegen, ob die Streitkräfte noch geschlossen hinter Noriega stehen oder eine oppositionelle Regierung akzeptieren würden. Die Zukunft General Noriegas war also eng mit dem Wahlausgang verknüpft.

Bei den Wahlen standen sich zwei Parteienbündnisse gegenüber: Auf der einen Seite die Regierungsparteien mit ihrer „Koalition für nationale Befreiung" (Colina). Präsidentschaftskandidat war Carlos Duque. Der Koalition gehören acht Parteien einschließlich der Kommunistischen Partei an. Sie findet ihre Basis vorwiegend bei den campesinos und der städtischen Unterschicht. In den '80er Jahren versuchte die Regierung die soziale, wirtschaftliche und politische Integration der ärmeren Bevölkerung in eine nationale Einheit zu erreichen. Dieser Versuch war von zaghaften Ansätzen einer Landreform, einer Schulreform und der Einführung eines neuen Arbeitsrechtes begleitet. Gleichzeitig wurde

Panama jedoch zu einem internationalen Handels- und Finanzzentrum ausgebaut, von dem vorwiegend die nationale Handelsoligarchie und das ausländische Kapital profitierte.

Auf der anderen Seite stand die „Zivile Allianz der demokratischen Opposition" (ADO-Civilista) mit Endara als Präsidentschaftskandidaten. Hinter Endara standen zwei Kandidaten als Vize bereit, die das eigentliche Sagen haben: Guillermo Ford, Bankier und Versicherungsmanager sowie Ricardo Arias-Calderon, Leiter der Christdemokratischen Partei und US-Advokat. Die Oppositionskandidaten werfen der Regierung die relativ guten Beziehungen zu Nicaragua, die Tätigkeit kubanischer Militärberater in Panama und die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationalen als Zeichen für deren versteckte kommunistischen Ziele vor. Die Opposition wird von Bürgertum und Geschäftswelt getragen, von Händlern, Kaufleuten und Intellektuellen, aber auch vom Kleinbürgertum. Arias-Calderon, der im Dezember Europa besuchte, um in den christdemokratischen Bruderparteien Wahlhelfer und Wahlbeobachter zu aktivieren, nannte dort auch als erste Notwendigkeit für die Abwahl Noriegas den Kursverlust der Bankaktien von 60% innerhalb des Jahres '88.[1] Ihn hat das sicherlich persönlich schwer getroffen, und seine christdemokratischen Freunde in Europa werden ihn gut verstanden haben. So pilgerten im Mai etliche von ihnen nach Panama, um an den Zähltischen den Triumpf der Christdemokraten mitzufeiern.

Die Opposition bekam auch von den US-amerikanischen Freunden großzügige Unterstützung. Nach einem nicht dementierten Bericht der Zeitschrift „US News and World Report" hatte Präsident Bush im Februar mit Billigung des Geheimdienstkomitees des Kongresses den CIA angewiesen, den Gegnern Noriegas zehn Mio. Dollar für Propaganda-, Transport- und Kommunikationszwecke zukommen zu lassen.

Die Wahl, die keine war

Am Tage der Wahl riefen Hunderte in den Wahllokalen: Duque, gallina, Noriega te domina (Duque, feiges Huhn, Noriega beherrscht dich), während die anderen antworteten: Endara gallina, los gringos te dominan. Während die Auszählung noch andauerte, warf die Opposition der Regierung schwere Manipulation vor: So hätten die Soldaten ihre Stimmen mehrfach abgeben können, in die Wählerlisten seien zusätzlich 100.000 Stimmen aufgenommen worden, z.T. von Verstorbenen, Wählerlisten seien unvollständig gewesen und Bürger seien an der Stimmabgabe gehindert worden.

Carlos Duque sprach direkt nach der Wahl noch von einem „eindeutigen, gerechten, ehrlichen und völlig sauberen Triumpf". Die Opposition mobilisierte währenddessen ihre Anhänger auf die Straßen, um ebenfalls den vermeintlichen Sieg zu feiern. Die Konflikte waren vorprogrammiert. Zu den blutigen Auseinandersetzungen drei Tage nach der Wahl kam es dann, als schwerbewaffnete Sicherheitskräfte den Demonstrationszug mit den drei Spitzenkandidaten der ADO-C umzingelten und zuließen, daß ca. 200 Noriega-Anhänger mit Holz- und Eisenstangen auf die Demonstrationsteilnehmer losgingen. Augenzeugen berichteten, Leibwächter der Oppositionskandidaten hätten das Feuer auf die Angreifer eröffnet und mehrere Menschen lebensgefährlich verletzt. Die Noriega-Schlägertrupps machten daraufhin Jagd auf die Oppositionskandidaten. Arias-Calderon konnte von seinen Anhängern gerade noch in Sicherheit gebracht werden, während Ford und Endara schwerverletzt im Krankenhaus landeten.[2]

Die Überprüfung der Stimmenauszählung gestaltete sich etwas einseitig. An den Wahltischen hatten die Regierungsparteien acht, die Opposition drei Wahlprüfer, je nach Anzahl der Parteien im Bündnis. „Es gibt ja soo viele strittige Wahlzettel, leicht beschädigte oder fehlerhaft angekreuzte, und dann wird abgestimmt, und acht Stimmen sind nun einmal mehr als drei", sagt Aquilino Boyd, der Vizepräsidentschaftskandidat der Regierung.[3]

Ebenso sei das Wahlgericht mit Bedacht ausgewählt worden. Die Präsidentin des Wahlgerichts, Yolanda Pelice, ist glücklicherweise eine Nichte von Noriega. Sie begründete die Annullierung der Wahlen mit der Verfälschung der Ergebnisse durch ausländische Wahlbeobachter. Diese hätten von vornherein das Ziel gehabt, die von der US-Regierung vorhergesagte Wahlmanipulation zu bestätigen. Außerdem seien die Wahlen durch Stimmenkauf, das Verschwindenlassen von Wahlzetteln und das Fehlen von Auszählungsakten in signifikanter Weise verfälscht worden. Zuvor hatte der oberste Wahlausschuß ein vorläufiges Ergebnis bekanntgegeben, nach dem der Regierungskandidat Duque 64,4%, der Oppositionskandidat nur 32,8% der Stimmen bekommen haben soll, während viele ausländische Beobachter 70% Stimmen für die Opposition gezählt haben wollen. Dieses Ergebnis wurde dann auch in den internationalen Medien verbreitet, der erwartete „Wahlbetrug" als bewiesen dargestellt.

Doch es gab auch andere Stimmen. Die Teilnehmer einer lateinamerikanischen Beobachterdelegation, der Vertreter von (linken) Parteien aus fast allen lateinamerikanischen Staaten angehörten, kamen beispielsweise zu dem Schluß, daß „trotz der



General Noriega im Kreis seiner Leibwächter

intensiven Propaganda der Nordamerikaner gegen die panamaische Regierung kein Zweifel an der Legitimität und Transparenz des Wahlprozesses bestehen kann."[4]

Letztendlich ist die Frage, von welcher Stelle die größere Wahlmanipulation ausging, nach der Annullierung der Wahlen auch nicht mehr relevant. Entscheidender ist die Geringschätzung, die die Regierung Wahlen überhaupt entgegenbringt. Die Projektion europäischer Denkmuster von Demokratie und Rechtsstaat auf Panama und deren Durchsetzung sind angesichts der realen Machtverhältnisse nun einmal zwei verschiedene Dinge. Noriega weiß das Militär, seine paramilitärischen „Bataillone der Würde" und einen Teil der Bevölkerung immer noch hinter sich. Doch wie lange noch?

Strategische Interessen bestimmen die Politik

Immerhin ist Panama nicht irgendein Land. Warum sind die USA oder die europäischen Christdemokraten nicht auf die Barrikaden gestiegen, als das Wahldesaster in Haiti seinen Lauf nahm? Panama ist ein Lebensnerv für die internationale Schiffahrt und für die USA von absoluter strategischer Bedeutung. Das von den USA wie selbstverständlich vorgetragene Mitspracherecht über die politische Entwicklung Panamas und die völlige Ignorierung nationaler Souveränität prägen die Beziehungen beider Staaten seit fast 90 Jahren.

Im Jahre 1903 unterzeichneten die Vertreter der USA mit der Republik Panama den Vertrag über den Bau des Kanals, nachdem die Verhandlungen zwischen den USA und Kolumbien über den Bau gescheitert waren. Die Oligarchie, die sich vom Kanal hohen Profit versprach, hatte kurz zuvor eine eigene Republik ausgerufen. Nordamerikanische Flotteneinheiten sicherten die Republik vor Besitzansprüchen Kolumbiens, über 56.000 Arbeiter starben bei dem Versuch, die Kanaltrasse in den Berg zu hauen.

Die USA kauften sich zum Preis von zehn Millionen Dollar eine Zehn-Meilen-Zone quer durch das Land, je fünf nach beiden Seiten, gerechnet von der Mitte des Kanals, und erhielten das unbeschränkte Durchfahrtsrecht. Artikel 23 des Vertrages erlaubt den USA zur „Sicherheit oder zum Schutz des Kanals" sowie „nach ihrem Belieben ihre Polizei-, Land- und Seemacht zu gebrauchen". Präsident Carter handelte 1977 mit Panama einen neuen Kanalvertrag aus. Danach soll Panama 1990 in der Kanalkommission die Mehrheit bekommen. Allerdings muß der Vorsitzende der Kanalkommission vom US-Senat bestätigt werden. Im Jahre 2000 soll der Kanal dann ganz an Panama übergehen.



In der Kanalzone liegen neun US-Militärbasen, u.a. mit hochempfindlichen Abhöranlagen, die weit in den südamerikanischen Kontinent reichen. Nach dem Vertrag von 1977, einem Vermächtnis von Ex-Präsident Carter, müssen diese Basen im Jahre 2000 endgültig geräumt werden. Das Abkommen über den Panamakanal liegt deshalb vielen US-Militärs schwer im Magen. Sie arbeiten mit Unterstützung einiger rechter Senatoren an der Annullierung der Verträge.

Nach den Wahlen wurden die 11.000 in der Kanalzone stationierten US-Soldaten um eine weitere Division von ca. 2000 Soldaten verstärkt. Präsident Bush legt inzwischen jedoch Wert darauf, jeden Anschein der Vorbereitung einer Invasion zu vermeiden. Er hofft angeblich auf eine gemeinsame Lösung der Organisation Lateinamerikanischer Staaten (OAS), also auf einen Boykott mehrerer Länder.

Noriega bedroht die USA außerordentlich

Während das Land Panama bisher von einer kleinen weißen Oberschicht regiert wurde, ist Noriega der erste Mestize, der zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde geworden ist. Er verkörpert damit das Selbstbestimmungsrecht des panamaischen Volkes. Die Bevölkerung Panamas besteht zu 60% aus Mestizen (Schwarze und Mulatten 20%, Weiße 10%, Indianer 8%, Asiaten 2%). Noriega hatte vorher längere Zeit für den CIA gearbeitet, war Ausbilder in einer der berüchtigten US-Militärschulen, der „Schule der Diktatoren" und war jahrelang Chef des panamaischen Geheimdienstes. Als sich herausstellte, daß Noriega seinen eigenen Weg ging bzw. auf eigene Rechnung arbeitete, wurde er den Interessen Washingtons geopfert. War es nun seine Beteiligung oder sein Mitwissen an Drogengeschäften des CIA, die in den USA publik wurden, und für die ihm Florida einen Haftbefehl ausstellte, oder seine Weigerung, Panama als Brückenkopf für eine US-Invasion in Nicaragua herzugeben? Seine Memoiren werden es eines Tages ans Licht bringen.

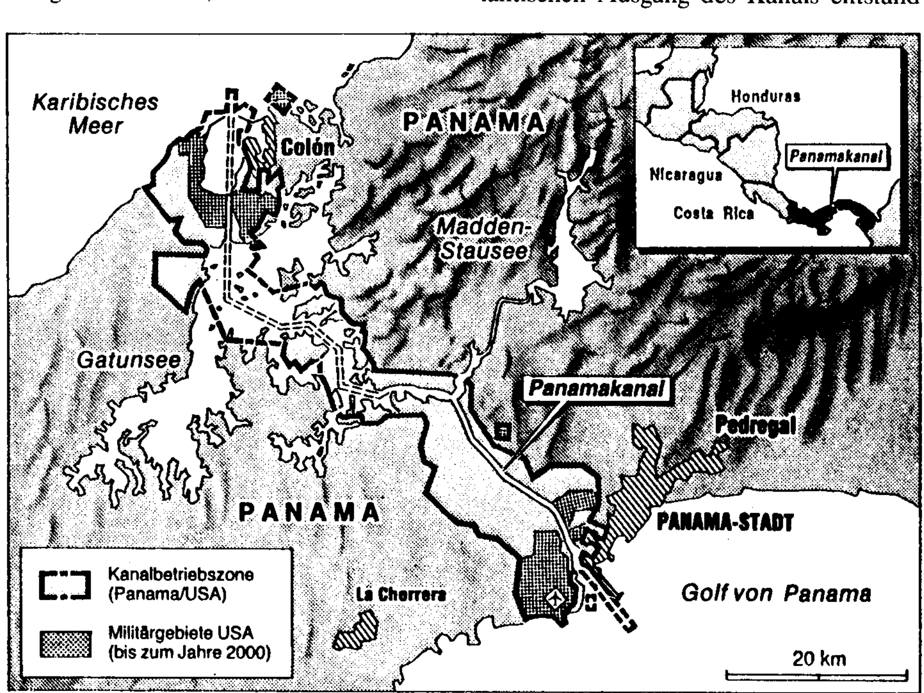
Als Staatschef Eric Arturo Devalles im Februar 1988 in Absprache mit den USA die Entlassung von Noriega betrieb, gelang es dem General zur Überraschung der USA, Devalles selbst zu stürzen. Seitdem führte Manuel Solis Palma interimistisch die Geschäfte des Präsidenten. Die USA erkannten Palma nicht an und verhängten umfangreiche Sanktionen.

Die Sanktionen betreffen nicht nur die Guthaben Panamas bei US-Banken (ca. 54 Mio. S) und sämtliche Finanzgeschäfte. Die

USA weigern sich auch die vertraglich festgelegten Kanalgebühren von ca. 350 Mio. US-$ sowie die Gebühren aus der atlantisch-pazifischen Ölpipeline an Panama zu überweisen. Die Vorzugsbehandlung für Zuckereinfuhren in die USA wurden außer Kraft gesetzt.

Damit wurde dem ohnehin hochverschuldeten Land der Finanzhahn gründlich abgedreht. Die 450 in Panama tätigen US-Firmen durften ihre Steuerzahlungen an Panama einstellen.

Die Folge waren Versorgungsengpässe, reihenweise Firmenzusammenbrüche und explodierende Arbeitslosigkeit. Die staatlichen Gehälter konnten monatelang nicht ausgezahlt werden, was 1988 zu mehreren Generalstreiks führte. Das internationale Kapital verabschiedete sich, viele der 120 Banken schlossen ihre Institute. Panama hat keine eigenen Banknoten (nur die Münzwährung Balboa = 1 US$), sondern benutzt den US-Dollar als Zahlungsmittel. Eine eigene Zentralbank fehlt, so daß sich die Sperrung der Dollarbestände direkt und katastrophal auswirkte. Durch die alleinige Verfügungsgewalt über die Leitwährung, den US-$, haben die USA so ein massives ökonomisches Druckmittel, das im Fall Panama unnachgiebig eingesetzt wird.



Die Streitkräfte ließen 1988 alle oppositionellen Medien — fünf Zeitungen, drei Radiosender und einen Fernsehkanal — schließen. Im April 1989 verlängerten die USA die Sanktionen gegen Panama um ein Jahr. Präsident Bush begründete die Verlängerung damit, Noriega sei korrupt, tyrannisch und unfähig, und seine Handlungsweise und Politik stellten nach wie vor eine außerordentliche Bedrohung für die USA dar[5].
Solange Noriega Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, werden die Sanktionen also aufrechterhalten.

Der Finanzplatz Panama ist langfristig ruiniert

Ökonomisch gesehen war Panama mit Hilfe des internationalen Kapitals zu einem idealen Handels-„partner" für die USA geworden. Es war das Land der unbeschränkten Möglichkeiten, wenn auch nicht für die Einwohner. Panama warb mit günstigen Bedingungen als Finanzplatz — einer hohen Dichte von Versicherungsgesellschaften, einfacher und billiger Gründung von Briefkastenfirmen und einem Heer von billigen Advokaten. Das Land wurde zum Einkaufsparadies in Mittelamerika. Am atlantischen Ausgang des Kanals entstand die Freihandelszone Colon, in der 1987 Handelsumsätze von über vier Mrd. US$ getätigt wurden. Unter Panamas Flagge fährt inzwischen eine der größten Handelsflotten der Welt, die Schiffseigner werden mit niedrigen Steuern und Verzicht auf Sicherheitsmaßnahmen geworben. Wegen dieser Handelsgeschäfte gelang es nie, eine eigenständige inländische Produktion aufzubauen. Panama ist vorwiegend Rohstoffexporteur, Hauptexportprodukte sind Garneelen (1987 für 65. Mio. US$), Bananen (86 Mio. US$), Kaffee (18 Mio. US$), Erdölderivate (48 Mio. US$) und Schnittblumen. Wichtigster Handelspartner sind die USA mit über 50% am Im- und Export. Die petrochemische Industrie sowie Teile der verarbeitenden Industrie gehören US-Firmen. Die Ölindustrie muß Erdöl aus Venezuela und Ecuador zu 100% importieren, um es im Land weiterzuverarbeiten.

Panamas Entwicklungsstrategie der Importsubstitution in den '70er Jahren brachte der Bevölkerung nicht die erhoffte Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Die Exporterlöse waren immer niedriger als die Importausgaben. Die Auslandsverschuldung stieg beständig und lag Ende '87 bei rund 3,9 Mrd. US$. Das sind 1772 US$ pro Kopf der Bevölkerung, dreimal soviel wie in Kolumbien, oder die Garneelenexporte von 60 Jahren. Panamas Handelsbilanzdefizit ist aber vor allem auf die für das Land katastrophale Entwicklung der terms of trade zurückzuführen. Die Preise der Hauptexportgüter Zucker, Kaffee etc. fielen rapide, während sich die Importpreise für Rohöl zwischen 1970 und 80 verdoppelten. So konnte die Kaffeeproduktion 1987 zwar um 16% gesteigert werden, trotzdem fielen die Exporteinnahmen für Kaffee wegen sinkender Weltmarktpreise von 30 auf 18 Mio. US$.[6]

Die Einkommensverteilung innerhalb der Bevölkerung ist eine der ungerechtesten in ganz Lateinamerika, auch deshalb, weil die sozioökonomische und politische Entwicklung Panamas seit der Gründung des Staates von den USA dominiert wurde.

Die verhängten Wirtschaftssanktionen brachten den USA bislang keine Freude. Noriega ist noch da — der für das US-Kapital lukrative Finanzplatz Panama ist dagegen langfristig ruiniert. Präsident Bush weiß, daß die klammheimliche Freude unter den lateinamerikanischen Staaten wächst, je länger David Noriega dem Goliath Bush standhalten kann. So korrupt oder rücksichtslos er auch sein mag, so steht er doch für die nationale Souveränität des Landes und den erfolgreichen Kampf gegen die ständige Einmischung der Gringos in Mittelamerika. Eine militärische Invasion hätte für die USA unabschätzbare Folgen und würde das Verhältnis der USA zu anderen lateinamerikanischen Staaten nachhaltig stören.

Der zu Recht enttäuschten Opposition blieb inzwischen nichts anderes übrig als mit der Regierung in Verhandlungen zu treten und auf verstärkten politischen Druck von außen zu hoffen. Wie lange Noriega diesem Druck standhalten kann wird auch davon abhängen, wie lange die Bevölkerung den Worten Noriegas glaubt, der fortschreitende Ruin des Landes sei ausschließlich ein Werk der Gringos und der von ihnen gesteuerten Opposition.

Die mißratenen Präsidentschaftswahlen hatten aber eine weitergehende Bedeutung, einen Probecharakter sozusagen. Denn die nächsten Wahlen, bei denen das Thema Wahlmanipulation medienwirksam auf den Tisch kommen wird, stehen in Nicaragua an. Die USA haben ihre europäischen Bündnispartner bereits vor dem Besuch von Ortega in Europa dringend ersucht, die Gewährung von Entwicklungshilfe an das Land von den Wahlen im nächsten Februar abhängig zu machen, und damit war der Ausgang der Wahlen gemeint.

Uwe Hartwig

Anmerkungen:
1 cd-info Nr. 24, Bruxelles 23.1.89
2 FR, 12.5.89
3 FAZ, 5.5.89
4 FAZ, 10.5.89, NZZ 10.5.89
5 SZ, 8.4.89
6 bfai, Panama am Jahreswechsel 88/89



Garcia versinkt in der Katastrophe

Die Ermordung zweier französischer Entwicklungshelfer durch Sendero Luminoso ist nur eine Facette der gegenwärtig komplizierten und heiklen Lage Perus. Die ökonomische Krise, die Ohnmacht und Putschgerüchte prägen die Situation. Soweit der Vorspann des Beitrages aus der in Rom erscheinenden Zeitschrift „Forum Terra Nuova". Bisher gibt es im deutschsprachigen Raum noch keinen vergleichbaren Artikel, der so anschaulich wie Gisella Evangelisti in die gegenwärtigen Verhältnisse Perus einführt.

Lima, 22. November 1988, der „schwarze Donnerstag".

■ Aus den Wasserhähnen kommt ekelhaft riechendes Wasser. Der aufgegossene Kaffee hat einen undefinierbaren Geschmack. Morgens um fünf warnt noch ein Radiosender, daß in das Trinkwasser Abwasser eingelassen worden sei. Aber um die Leute zu beruhigen, läßt das Gesundheitsministerium im Laufe des Vormittags verlauten, daß es sich um gewöhnliches Wasser handelt, das mensch nur, wie sonst auch, vor dem Gebrauch zehn Minuten lang abkochen muß. Die lakonischen Stellungnahme der Polizei zur Wasserverunreinigung: Sie können wählen, ob sie an Amöben, an Durchfall oder an einer Wurmkrankheit erkranken wollen.

■ Am gleichen Tag beschließt die Regierung eine Reihe wirtschaftlicher „Reformen". Das bedeutet, daß sich bereits nach 75 Tagen die Preise der Grundnahrungsmittel erneut erhöhen, obwohl sie eigentlich mindestens 120 Tage hätten stabil bleiben sollen. Das einschneidende Wirtschaftspaket („Paquetazo"), das am 6. September verabschiedet worden war, hat bereits die Lebenshaltungskosten vervierfacht und das ohnehin zu knappe Familieneinkommen vieler peruanischer Familien dezimiert.

■ Der Ankündigung dieser „Maßnahmen" folgt ein totaler Stromausfall in der Hauptstadt Perus. Ein Anschlag auf die Strommasten, die Lima mit elektrischer Energie versorgen, verursacht den Blackout. Auf diese Weise protestiert Sendero Luminoso gegen die Maßnahmen der Regierung. Normalerweise wird die Leitung in einer Stunde wieder hergestellt, aber dieses Mal wurden 32 Masten zerstört und Lima muß mehrere Nächte in Dunkelheit verbringen.

Die Lage in Peru ist unsicher und angespannt. Es handelt sich um die schwerste Krise der peruanischen Republik. „Cualquier cosa puede pasar" - alles kann geschehen. Die Menschen fürchten sich vor einem Militärputsch ebenso wie vor Überfällen an Straßenecken. Gleichzeitig spürt man den langsamen aber unaufhaltsamen Vormarsch Senderos vom Land in die Städte.

Der Umsatz der Fleischer ist um 80% zurückgegangen, und die Leute stehen Schlange um Reis und Mehl zu bekommen. Die Händler machen Spekulationsgewinne, weil die Schwarzmarktpreise, die für die Waren bezahlt werden, viel schneller in die Höhe gehen als die staatlich festgelegten Preise.

Die meisten Arbeitskräfte, die keine feste Anstellung haben (Gelegenheitsarbeiter, Arbeitslose und Unterbeschäftigte), verfügen täglich nur über einen Dollar „Einkommen". Für sie wird das Überleben immer schwieriger. Mit diesem Geld müssen sie sehr oft eine ganze Familie versorgen!!! Nudeln und Brot, die Grundbestandteile des peruanischen Essens sind in den letzten Monaten sehr viel teurer geworden, deshalb werden sie heute durch Mais und Kartoffeln ersetzt.

In dieser Atmosphäre von Angst und Anspannung geht ein Gerücht im Lande um: Die Geschichte von PISTACO, einem Gringo, der Kinder entführt, ihnen Organe entnimmt und sie an westliche Kliniken weiterverkauft.

So kommt es, daß Mütter ihre Kinder verstecken und sie nicht mehr in die Schule lassen. In der Stadt Villa el Salvador hatte die „Federacion de Mujeres" (eine Vereinigung von Frauen) versucht, die Situation in den Griff zu bekommen, indem sie die alarmierenden Gerüchte nachprüfte. Sie hatte aber keine Opfer ausfindig machen können. Trotzdem breitet sich die Angst in den verschiedenen Barriadas (Armenviertel) immer stärker aus.

Die Streiks

Nur die festangestellten, organisierten Arbeitskräfte können heutzutage zum Mittel des Streiks greifen. 1989 führten die Grubenarbeiter des Landes den längsten Streik in der peruanischen Geschichte, sie paralysierten praktisch den gesamten Bergbau. Die Minenarbeiter forderten einen für alle Bergbaugesellschaften geltenden Tarifvertrag. Der Streik traf den Sektor, der 57% der peruanischen Exporteinnahmen erwirtschaftet und 80.000 Arbeiter beschäftigt, wobei sich deren Löhne rapide verschlechtert haben, obwohl die Weltmarktpreise für die Bergbauprodukte des Landes noch stiegen. Die Arbeitssituation in den Stollen ist katastrophal. Jeder vierte Grubenarbeiter hat eine Staublunge, und die Zahl der tödlichen Unfälle belief sich 1987 auf 106. Gegen eine gemeinsame Protestkundgebung von Bergbauarbeitern und Studenten ging die Polizei brutal vor. Die erschreckende Bilanz: ein Toter, über hundert Verletzte und mehrere hundert Verhaftungen. Obwohl die Bergbaugesellschaft eine breite Medizinkampagne gegen die Arbeiter anzettelte - sie behauptete, daß die Gewerkschaft der Bergleute von Sendero infiltriert sei - endete der Konflikt mit einem Sieg der Arbeiter. Ihnen wurde das Recht auf Tarifverhandlungen garantiert; es muß sich allerdings noch zeigen, ob diese Abmachung wirklich eingehalten wird.

Die Ohnmacht des Staates



Im Hafen von Callao blieben die mit Soja und Getreide beladenen Frachtschiffe mehrere Wochen liegen. Sie wurden nicht entladen, weil es in der Staatskasse Perus kein Geld gab, um die Bestellung zu bezahlen. Jeder weitere Tag erhöhte die Rechnung um 5000 US $ für den Unterhalt der Schiffe und für die Nutzungsgebühr der Hafenanlagen. Endlich nach 57 Tagen kam der staatliche Scheck an. Gleichzeitig wurden die zwei Chefs der staatlichen Gesellschaften zur Verteilung der Grundnahrungsmittel (ECASA und ENCI) entlassen. Zur gleichen Zeit hatte nämlich der staatliche Rechnungshof Unterschlagungen dieser Gesellschaften in Höhe von 38 Mio. $ entdeckt. Der Rechnungshof forderte zwar die Rückzahlung der Gelder an den Staat, ebenso die Begleichung der zusätzlichen Kosten für die Wartezeit der Schiffe, aber geschehen ist in dieser Richtung nichts.

Diese Probleme tragen mit dazu bei, daß das Ansehen Alan Garcias sinkt. Die apristische Regierung (A.P.R.A. ist die regierende sozialdemokratische Partei) hat sämtliche Devisenreserven des Landes in drei Jahren aufgezehrt, und die Zentralbank für Devisen (Banco Central de Reserva) gab bekannt, daß ohne neue Auslandsanleihen nicht einmal das Allernotwendigste für den nächsten Monat gekauft werden könne. Neues Geld ist aber nicht einfach zu erhalten, da sich die peruanische Regierung bei den internationalen Finanzorganisationen im Zahlungsrückstand befindet.

Außerdem hat die Inflation eine schwindelerregende Höhe erreicht. 1988 waren es 2400%, steigt die Inflationsrate 1989 mit der gleichen Geschwindigkeit, dann wird sie Ende des Jahres bei 38000% liegen.

Das Hauptgewicht dieser Preispolitik trägt natürlich die breite Masse des Volkes, obwohl der Premierminister Villanueva behauptet, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen zugunsten der Armen des Landes eingeleitet wurden. „Wir müssen die Lasten der Krise und gleichzeitig die Verantwortung für diese Maßnahmen tragen, da sie „zu unserem Wohl durchgeführt werden": sagt ein Notleidender in einer Karikatur der Zeitung „República", deren Karikaturen zur Zeit ständig das Thema Hunger zum Gegenstand haben. (...)

Wie konnte dies alles geschehen?

Der Präsident sagt, daß die Ursache für die wirtschaftliche Krise in der zu großzügigen Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand liege. Sein ökonomisches Programm sah ansteigende Staatsausgaben und geringere Steuern vor, um die Produktion im Lande anzukurbeln. Aber nach einer ersten erfolgreichen Startphase, erschöpften sich die Reservefonds zur Finanzierung der Rohstoffe für die Industrien, weil sie weder durch Steuern noch durch inländische Investitionen aufgestockt wurden. Die Industriellen Perus zogen es nämlich vor, ihr Kapital im Ausland anzulegen.

In den letzten Jahren wurde das Bruttosozialprodukt weder gesteigert noch gerechter verteilt. Waren es 1987 noch 40% der peruanischen Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze lebten, so sind es 1988 bereits 52% gewesen. Das hat aber nicht nur internationale Gründe, wie die Verschlechterung der Weltmarktpreise für peruanische Exportwaren und die immer stärker werdende Verschuldung, sondern liegt auch an der Außenhandelspolitik des Landes, die den Interessen der nationalen monopolistischen Gruppen unterworfen ist. Trotz Versprechungen von Seiten der Regierung gelang es nicht, die Einfuhrgüter durch Inlandswaren zu ersetzen, denn die inländische Preispolitik förderte massiv den Import. Dadurch wurden die sogenannten 12 Apostel (die Familienclans, die mittels ihres Finanzimperiums die wichtigsten ökonomischen Bereiche kontrollieren: Banken, Versicherung, Bergbau und Industrie) noch mächtiger, da sie von dieser Politik begünstigt wurden, die die Importe förderte und die Preise nur in der Theorie kontrollierte. Der offizielle Dollarkurs liegt nur halb so hoch wie der reale Kurs und begünstigt somit die Importeure und schadet den Exporthändlern.

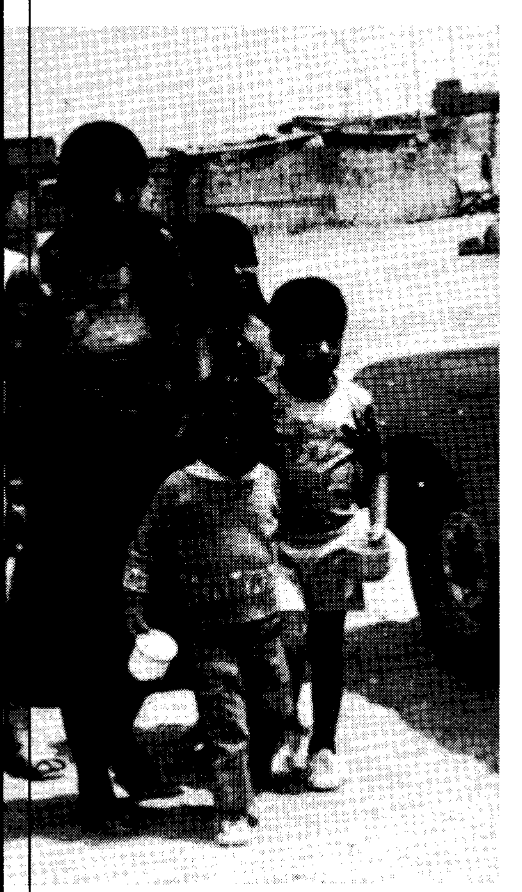
Die landwirtschaftliche Produktion des Landes liegt ganz danieder, hauptsächlich weil die staatlichen Aufkaufstellen die Agrarprodukte erst sehr spät bezahlen. Dadurch fehlt den Bauern das Geld für neues Saatgut und Düngemittel. Frendemo, die neoliberale rechte Front, geführt von Vargas Llosa, startete eine aufwendige Kampagne in den Massenmedien, die die Schuld an der Krise in der großzügigen Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand sah. Ihre Argumente: Sämtliche staatliche Gesellschaften machen Verluste. Abhilfe kann nur ihre Privatisierung schaffen und die Möglichkeit für die Gesellschaften, die Preise für den Verkauf ihrer Waren selbst festzusetzen.

„Freiheit", das Leitmotiv von V. Llosa, ist vor allem die Freiheit für die Mächtigen. Die vielen tausend Kleinproduzenten, die das wirtschaftliche Leben Perus ausmachen, müssen dann sehen, wie sie ökonomisch überleben können. Barrantes, der einstige Führer der Linken und Ex-Bürgermeister von Lima ist nach monatelangem Schweigen an die Öffentlichkeit gegangen, um der Pressekampagne von V. Llosa entgegenzutreten.

Allerdings schlug auch er vor, mit dem IWF in den Dialog zu treten und neue Wirtschaftsprogramme zu starten, bei denen die Gewerkschaften und die Industriellen sich an einen Tisch setzen sollten.

Dieser Vorschlag findet aber bei den Gewerkschaften des Landes keine Zustimmung. Sie sind der Meinung, daß jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei, sich mit der Regierung an den Verhandlungstisch zu setzen, in Anbetracht dessen, daß sie den automatischen Inflationsausgleich abschaffen will. Die Industriellen sind zu Verhandlungen mit der Regierung bereit; ihre einzige Forderung: sie verlangen verläßliche Wirtschaftsprogramme des Staates.

Aber diese Sicherheit kann heute in Peru niemand geben.



Die „Izquierda Unida“ (Vereinte Linke) fügt zwei politischeRichtungen in einer Organisation zusammen. Das politische Ziel eines Teils des Bündnisses ist es, die Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Gruppen zu dämpfen, um das Putschgespenst zu bannen und die Präsidentschaftswahlen 1990 demokratisch durchführen zu können. Der andere Teil des Bündnisses fördert jedoch die öffentliche Auseinandersetzung und mobilisiert den Protest und die Kampfbereitschaft engagierter Teile des Volkes.
Im wirtschaftlichen Expertenbericht der I.U. war die Krise schon lange vorausgesehen worden; mit diesem Ausmaß der Zerrüttung hatte allerdings niemand gerechnet.
Alternativ zum PAIT, dem Regierungsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit, das nur Hungerlöhne hervorbrachte, sieht das Sofortprogramm, das die I.U. vorschlägt, die Nahrungsmittelverteilung an die etwa 2,5 Millionen Bedürftigen des Landes durch Lebensmittelkarten, Volksküchen für die verarmten Teile der Stadtbevölkerung und eine kostenlose Abgabe von Milch an 1,5 Mio. Kinder vor.

Gleichzeitig ist ein Unterstützungsprogramm für die etwa 1,8 Mio. Bauern, die in den ländlichen Gebieten des Landes leben, geplant. Die Arbeitslosigkeit soll mit Hilfe von staatlichen Beschäftigungsprogrammen bekämpft werden, wobei die Arbeitskräfte zum Ausbau des Bewässerungssystems und des Straßennetzes sowie für die Verbesserung der landesweiten Lebensmittelverteilung eingesetzt werden sollen.
Aber wer soll dieses Programm finanzieren?

Nach Meinung der I.U. verfügt Peru sogar über genügend Geldmittel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme, ohne die Verschuldung des Landes zu erhöhen. Allerdings sei dazu eine Steuerpolitik nötig, die das heutige lächerlich geringe Steuerniveau erhöhe.

Politisch motivierte Gewalttaten: Die Ermordung zweier französischer Entwicklungshelfer

Im November 1988 ist die Zahl der politisch motivierten Gewaltverbrechen explosionsartig angestiegen. 403 Tote im Vergleich zu den „üblichen“ 100 pro Monat. Dabei wurde das schon alarmierende Niveau an Gewalttaten in den Hauptstädten Kolumbiens und El Salvadors noch übertroffen. Außer dem quantitativen Anstieg der politischen Morde vollzog sich ein qualitativer Wandel bei der Strategie Senderos. Eine Gruppe von dreißig Senderisten tötete in Ayacucho zwei peruanische Techniker, einen obersten Richter und zwei französische Entwicklungshelfer mit Steinen und Messern. Sendero läßt dazu auf einem Plakat vielsagend verlauten: „Dritte Etappe des Kampfes“.
Heißt dies, daß Sendero nach den staatlichen Stellen, nun Touristen, Kirchenvertreter und Entwicklungshelfer bekämpfen wird?

Die Putschgerüchte

Seit Monaten geht in Peru die Angst vor einem Putsch um. Die Frage nach einer Ablösung Alan Garcias und die öffentlichen Erklärungen der Militärs, die eine Übergangsregierung fordern, zeigen die Gefahr, in der Perus Regierung steckt. Der Wirtschaftsexperte der I.U. Iguiniz glaubt, daß hinter dieser Forderung nach einer Übergangsregierung nur der Wunsch der Militärs nach einer Diktatur steckt. Einige Generäle haben bereits verlautbaren lassen, daß sie im Falle einer Kandidatur Barrantes bei den Präsidentschaftswahlen 1990 alles tun werden, um die Verbreitung des Marxismus-Leninismus einzudämmen.
Die junge und noch schwache Republik braucht Zeit, um sich zu stabilisieren, aber durch die staatliche Ohnmacht, die wirtschaftliche Krise und die Häufung politischer Gewalttaten macht sich in der Öffentlichkeit die Meinung breit, daß eine Diktatur die Ordnung im Land wieder herstellen könnte.
Die Realität sieht aber ganz anders aus.
In den Gebieten im Ausnahmezustand, wo die Militärs seit fünf Jahren die uneingeschränkte Macht ausüben (Ayacucho, Huancavelica und Apurima) gibt es die weltweit höchste Anzahl von „Verschwundenen“ (nach einem Bericht einer Menschenrechtsorganisation 1987 allein 2714 Personen). Gleichzeitig wird Sendero in diesen Landesteilen immer stärker und hat sogar die Kaserne von Huancavelica erfolgreich angegriffen.
Der Kampf um die Kontrolle in diesen Regionen ist in vollem Gange, die Militärs halten ihre Stellungen in den Städten, während Sendero die ländlichen Gebiete beherrscht. In vielen Dörfern muß der Transitverkehr Wegegeld an Sendero zahlen. Die lokalen Verwaltungsangestellten und Bürgermeister sind durch Statthalter Senderos ersetzt worden. In den (Ur)waldgebieten wurden Lager eingegerichtet, die durch Steuerzahlungen der Bauern an Sendero finanziert werden, und in denen Gruppen von 100 bis 150 Jugendlichen militärisch ausgebildet werden.
Manchmal geht eine Gruppe bewaffneter Senderisten durch die Dörfer, beruft eine Versammlung der Dorfbewohner ein und hält Gericht.
Zu den Verboten zählt der Konsum von Kokapflanzen. Mit den Rauschgifthändlern wurde allerdings ein Abkommen getroffen. Sendero sorgt für den Schutz der illegalen Flughäfen der Kokapflanzer, diese zahlen als Gegenleistung eine Steuer an die Guerillaorganisation. Den Bauern bietet der Kokaanbau eine Möglichkeit zu überleben. Sendero gibt ihnen die Kraft der Utopie. Schenkt man der Meinung zweier Anthropologen, Flores Galindos und Montayas, Glauben, dann ist die senderistische Ideologie nicht plötzlich auf der politischen Bühne Perus erschienen, sondern sie ist als Weiterführung der andin Utopie aus der Kolonialzeit zu verstehen. Diese hatte schon zum Aufruhr der Tupac Amaru und zu vielen anderen Bauernaufständen in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts geführt.
In die Städte lockt der Mythos der Modernisierung. Im Elendsgürtel um Lima hoffen die Menschen, die meist in Bahausungen aus Kartons leben, auf Ziegelsteine, Wasserleitungen, die grundlegendsten Staatsdienste wie Schulen und Krankenstationen und auf Arbeit. Aber selbst diese Hoffnung wird immer utopischer.
Arbeiter- und Bauernverbände verlangen Volksküchen, kostenlose Abgabe von Milch für Kinder und die Bereitstellung von erschlossenem Land zur Errichtung neuer Siedlungen.
Anfang 1988 forderte erstmals eine gesamtnationale Volksversammlung den oligarchisch gegliederten peruanischen Staat auf, neuen sozialen Bewegungen und ihren Vertretern mehr Mitspracherecht einzuräumen.
Für die linken Parteien ist es an der Zeit, den Kontakt zum Volk zu verbessern. Weder die Stärkung Senderos noch eine mehr oder weniger legale rechte Regierung bildet hierzu eine Alternative.
Die Herausforderung ist groß, die Zeit aber knapp.

Übersetzung: Fulvia Farinelli, Uwe Göde

Die Linke auf neuen Wegen?

Ein Gespräch mit Hugo Blanco



Hugo Blanco ist Organisationssekretär der peruanischen Bauerngewerkschaft CCP (Confederación de Campesinos del Perú) und führendes Mitglied der Vereinigten Mariateguistischen Partei (PUM). Im Februar dieses Jahres war Blanco während einer Bauerndemonstration verhaftet und der „subversiven/terroristischen Tätigkeit" beschuldigt worden (s. blätter 156). Das Gespräch mit ihm führte Jörg Reinowski im Juni letzten Jahres.

Die Übersetzung besorgte Helga Goldberg. Das Gespräch wurde von der Redaktion stark gekürzt. Die Originalfassung erscheint demnächst als Sonderdruck der Zeitschrift PERSPEKTIVEN (Marburg).

1985 hat die sozialdemokratisch orientierte APRA in Peru die absolute Mehrheit gewonnen. Wie ist das zu erklären und wie sieht das politische Kräfteverhältnis heute aus?

H. Blanco: Die APRA machte in ihrem Wahlkampf Versprechungen, sie sprach vom Antiimperialismus, vom Ende der Repression gegen die Massen, vom Aufhalten des Terrorismus Sendero Luminosos (SL) mit politischen Mitteln, vom Widerstand gegen den IWF. Außerdem zehrte sie von ihrer Vergangenheit als antiimperialistischer Bewegung. APRA war die am stärksten verfolgte Partei in Peru, sie hatte die meisten Gefangenen, die meisten Deportierten im Land. Das blieb in Erinnerung und wurde von Generation zu Generation erhalten. Deshalb sagen einige Leute: Ich bin Aprist, weil mein Vater für die APRA gestorben ist, weil mein Vater ins Gefängnis gesteckt wurde. Und um einen weiteren Faktor für den Wahlsieg 1985 anzuführen: Die Menschen in Peru hatten die Militärs und die proimperialistische Bélaunde-Regierung satt. Sie wollten eine Erneuerung. Diese Erneuerung bot ihnen sowohl die APRA als auch die Linke an. Doch die Leute dachten, und das scheint mir sehr weise, wenn sie die Linke wählen würden, dann gäbe es einen Staatsstreich.

Was hat sich seither geändert?

H. Blanco: Bei der Kommunalwahl vor zwei Jahren (im November 1986) verlor die APRA viele Stimmen. Und heute hat sie noch weit weniger Rückhalt. Denn heute sehen wir die Unzufriedenheit des Volkes, der gleichen Leute, die 1985 APRA gewählt haben. Jetzt hat das Volk zwei Generalstreiks auf nationaler Ebene durchgeführt und einen Agrarstreik. Dies verdeutlicht die Haltung des Volkes gegenüber der APRA.

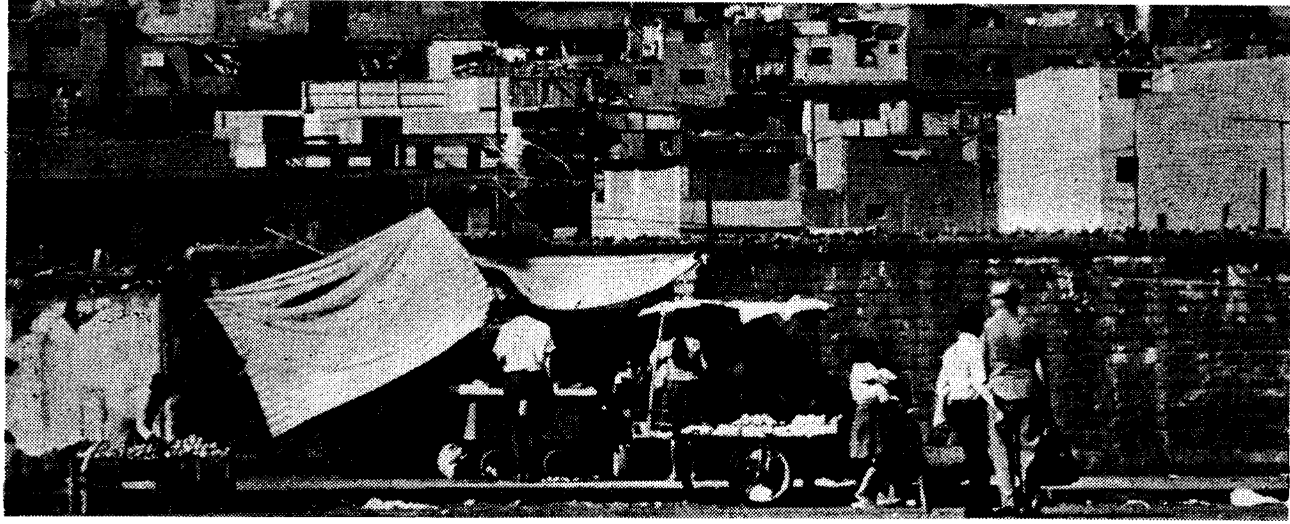
Wo liegen heute die Hoffnungen des Volkes? Seit 1985 vollzieht sich ein Einigungsprozeß der Linken in der I.U. (Izquierda Unida — Vereinigte Linke), wie beurteilst Du diesen Prozeß?

H. Blanco: Nun, ich glaube, daß das Zustandekommen der I.U. ein enormer Erfolg für das peruanische Volk ist, denn es gelang nach vielen vorangegangenen Schwierigkeiten, sich zu vereinen und eine gemeinsame Front zu bilden. Man muß allerdings erkennen, daß die I.U. hauptsächlich eine Wahlfront ist. Wir sollten uns über sie keine Illusionen machen, denn es gibt keinen strategischen Konsens zwischen den Parteien der I.U.. Man hat allerdings erreicht, daß die I.U. die zweite Wahlkraft nach der APRA im Land wurde.

Hat sich nur die Wählerschaft der Linken vergrößert, oder gibt es noch andere Anzeichen einer Stärkung der Linken?

H. Blanco: Als weiteres Zeichen würde ich die Entwicklung der Massenorganisationen ansehen. Es hat beispielsweise einen Streik der Polizisten gegeben, bei dem sie nicht nur Lohnerhöhung forderten, sondern das Recht verlangten, ihre Vorgesetzten zu wählen und das Recht auf Befehlsverweigerung für den Fall, daß ihnen befohlen wurde, gegen die Menschenrechte zu verstoßen. Außerdem beginnen die Menschen sich selbst zu verteidigen, zwar noch nicht bewaffnet, aber bereits militärisch organisiert. Und schließlich der große historische Schritt zur Bildung der ANP (Asamblea Nacional Popular — Nationale Volksversammlung), der Versammlung aller organisierten Sektoren in Peru. Sie umschließt Arbeiter, Campesinos, Angestellte, Lehrer, Schüler und Studenten und die sogenannten Pueblos Jovenes (wörtlich „junge Dörfer"), das heißt die Elendsviertel im Land.

Parallel zur Stärkung der Linken läuft die Schwächung der Mitte. Die APRA wird geschwächt und auch die Sektoren der Linken, die eine Aussöhnung mit der APRA suchen. Aber die Stärkung der Extreme(n) und die Schwächung der Mitte läßt uns voraussehen, daß eine heftige Konfrontation der Klassen näherrückt, von der man nicht weiß, wie sie ausgehen wird. Es kann ein Triumph der Rechten, so etwas wie ein Pinochetputsch werden, oder es kann auch ein Triumph der Massen werden. Alles hängt vom Einsatz ab, mit dem wir arbeiten und davon, daß wir überlegt handeln, um uns dieser Konfrontation zu stellen.



Slums am Rande Limas

Wie verhält sich die I.U. gegenüber den Guerillaorganisationen Perus?

H. Blanco: Zuerst zu Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad). Sie sind zwar eine Guerillaorganisation, machen aber viel Gebrauch von Terror. Sie gehen beispielsweise zu einer Versammlung einer Campesinogemeinschaft, zwingen ihr ihre Chefs auf, kümmern sich nicht um die von der Gemeinschaft ernannten Führer, dringen mit der Waffe in der Hand in Campesinogemeinschaften ein und zwingen diese zu ihren Versammlungen zu gehen. Sie zwingen Campesinos Sabotageakte zu vollführen, zwingen diese unter Todesandrohung, Terrorismusakte zu begehen und töten diejenigen, die sie für Leute von der Polizei halten, einschließlich vieler unschuldiger Campesinos. Sie rekrutieren junge Leute beiderlei Geschlechts mit der Drohung, ihre Eltern zu töten, falls sie zu fliehen versuchen. Alle diese Beschuldigungen habe ich nicht aus der bürgerlichen Presse, sondern von Campesinos an der Basis.

Außerdem verschwindet der SL nach jeder Aktion sofort. Tötet er beispielsweise die Ausbeuter eines Dorfes oder einen Polizisten, der seine Macht mißbraucht hat, dann können sich die Dorfbewohner zuerst freuen. Doch die Repression trifft sie danach in ihrer ganzen Wucht. Weil die Repression den SL nicht mehr vorfindet, geht der Repressionsapparat gegen die Massenorganisationen vor, und der Rest des Dorfes bleibt verängstigt zurück.

Wie sieht es mit der anderen Guerillaorganisation, der MRTA (Revolutionäre Bewegung Truppe Amoon), aus? Gibt es Unterschiede zum SL?

H. Blanco: Ja die existieren. MRTA sieht uns auf ihrer Seite, obzwar sie glauben, daß wir Reformisten sind. Sie betrachten uns nicht als Feinde. Außerdem unterstützt MRTA die gewählten Autoritäten der Gemeinschaft und tötet nicht einfach so. MRTA erklärt die Aktionen, die sie durchführt, ich betone das, weil SL nichts mitteilt. Es gibt sogar von der Polizei durchgeführte Aktionen, die SL in die Schuhe geschoben werden, um ihn zu diskreditieren. Dazu schweigt SL aber einfach. Er ist nicht imstande zu sagen: Das haben wir nicht gemacht. Das ist ein Fehler. Die Tupac Amarus bekennen sich zu ihren Aktionen. Aber wir halten ihre Kampfformen für schädlich. Auch MRTA zieht sich von den Orten zurück, in denen er Anschläge macht, und die Repression kommt und geht gegen die Massenorganisationen vor, die zwar in diesen Regionen stark sind, doch nicht stark genug, um sich gegen eine gewalttätige bewaffnete Repression zur Wehr setzen zu können. Darauf sind sie nicht vorbereitet. Durch solche Situationen entsteht Frustration bei der Entwicklung der Massenorganisationen, und ihr Rückgang wird ausgelöst. Deswegen sind wir nicht für die Unterstützung der Guerilla. Wir glauben zwar, daß nach einem Wahlsieg der Linken sofort ein Staatsstreich ins Haus steht, aber wir sind der Meinung, daß das Volk vorbereitet sein muß, wenn es ihn aufhalten soll. Wir glauben, daß die revolutionäre Gewalt hauptsächlich auf den Massenorganisationen basieren muß, auf der Entwicklung des Bewußtseins dieser Massen.

Ein Teil der I.U., zum Beispiel die Patria Roja, hat die Parole verkündet „Die Partei und die Massen für die Revolution vorbereiten". Ist dies die Meinung der ganzen I.U., oder gibt es innerhalb der I.U. noch andere Einschätzungen der Lage?

H. Blanco: Meine Partei, die PUM, hat die gleiche Auffassung wie die Patria Roja (Kommunistische Partei Perus). Das Problem ist jedoch, daß wir zwar die Vorbereitung fordern, sie aber nicht praktizieren.

Nun gibt es einen anderen Teil der I.U., der die Vorbereitung erst gar nicht fordert, sondern darauf vertraut, daß man einer, aus Wahlen hervorgegangenen linken Regierung, zu regieren erlauben wird. Es wäre schon in Ordnung, daß sie das glauben, aber es schadet uns, weil sie wissen, um regieren zu können, müssen sie vom Imperialismus und der Armee akzeptiert werden. Dann fangen sie an, ihr Verhalten zu ändern, damit es dem Imperialismus und der Armee gefällt.

Was tun die Führer der I.U. angesichts der Tatsache, daß die I.U. viele Bürgermeister stellt, diese aber oft keine Macht haben, weil sie finanziell von der Zentralregierung abhängig sind?

H. Blanco: Es gibt alle möglichen Typen von Bürgermeistern in der I.U. ... Es kann Bürgermeister geben, die durch das Volksvotum auf den Posten gekommen sind, und die dann das Volksvotum verraten und nur ihre eigenen Interessen wahren. Das kann in jeder Partei der Linken passieren. Aber es gibt auch gute Bürgermeister, die gewissenhaft handeln. Nun es gibt gute Bürgermeister in zwei Hinsichten. Da ist der gute, sagen wir mal, reformistische Bürgermeister, der Geld verlangt und verlangt und verlangt und jammert, wenn er nichts kriegt: er verlangt Geld für das Volk.

Aber da sind auch revolutionäre Bürgermeister, beispielsweise die von Medina de Comas, von Villa de El Salvador oder von Villa de Maria del Triunfo. Was tun sie? Sie sagen der Regierung: Wir brauchen Geld für dieses oder jenes; und die Regierung will kein Geld geben. Dann organisieren sie einen Marsch der Betroffenen von außerhalb Limas ins Zentrum Limas oder bis zum Bett der Senatoren. Nun dieses Verhalten finde ich gut — oder wenn die Leute Straßen blockieren, angeführt von den Bürgermeistern. Ich glaube, so muß sich ein Bürgermeister der Linken verhalten, er soll diesen bürgerlichen Posten nutzen, um dem Bewußtsein der Massen und den Kämpfen der Massen Impulse zu geben.

Gibt es Organisationen, die die Basis für die künftige Macht bieten könnten?

H. Blanco: Ja, natürlich. Wir glauben, daß die Campesinogemeinschaft einerseits ein Erbe sind, das uns von der frühen peruanischen Gesellschaftsorganisation hinterlassen wurde, von der vorinkaischen Welt, und andererseits ist sie auch eine Hoffnung für den künftigen regierenden Kern. Außerdem wird dieser regierende Kern sich aus der Stadtviertelbildung und aus der Gewerkschaftsbildung der Arbeiterschaft ergeben. Die Gruppierungen der Angestellten, Arbeiter, Lehrer, Studenten, der Randgruppenbevölkerung, die vergessenen Regionen sind die Ziegel für ein Gebäude, das das Land regieren wird. Und wir haben sogar schon eine Organisationsform gefun-

den, die ANP, die meine Partei, als Embryo einer alternativen Macht gegenüber der Macht der Bosse sieht. Aber Vorsicht, so sehen wir das, doch die ANP selbst sieht es noch nicht so. Sie sieht sich als Bollwerk der Interessen der Massen gegen die Offensive der Regierung.

Du hast von der Notwendigkeit gesprochen, die Macht einer progressiven Regierung mit Waffen zu sichern. Sind die Überlegungen nur reine Theorie, oder gibt es heute schon praktische Vorbereitungen?

H. Blanco: Nun es existieren Campesino-Wachmannschaften (Rondas Campesinas) eine Art Selbstverteidigung, die noch unbewaffnet ist, sich aber zur Bewaffnung hin entwickelt. Abgesehen davon berufe ich mich auf die Macht der nationalen Streiks. Diese Streiks sind für mich so etwas wie Generalproben für den Aufstand. Es gab auch Selbstverteidigung mit Dynamit in den Bergwerken, in den Fabriken, wo ein Hauptmann getötet wurde, zum Beispiel in Cronotex. Ich glaube, wenn wir alle diese spontanen Elemente zusammenfassen, haben wir die Verpflichtung, den Spontanismus nicht gering zu schätzen, sondern ihn zu lenken, ihm eine nicht-spontaneistische, bewußte Orientierung zu geben.

Welche theoretische und praktische Rolle spielt der Revolutionär Mariátegui?

H. Blanco: Von der APRA bis zum SL beruft man sich auf Mariátegui. Aber ich möchte ein bißchen davon sprechen, was ich unter Mariáteguimus verstehe. In erster Linie glaube ich, daß José Carlos Mariátegui (JCM) der bedeutendste Marxist Lateinamerikas gewesen ist. In erster Linie, weil er nicht die marxistische Ausdrucksweise benutzt. Er spricht in einer einfachen, für das peruanische Volk verständlichen Sprache. Nun, JCM sagt, die Revolution in Peru wird weder Abbild noch eine Kopie sein, sondern eine eigene heroische Kreation. Etwa wie es Fidel Castro durchgeführt hat, wie es die Sandinisten durchgeführt haben. (...) In Europa war die Arbeiterklasse wichtig und das Wirtschaftsproblem, sonst nichts. Für Mariátegui war das anders. Für ihn war das Wirtschaftsproblem selbstverständlich das Wichtigste, aber nicht das einzig Wichtige. JCM hat beispielsweise das Problem des Indio thematisiert. Nun, dies ist ein Thema, mit dem wir selbst heute noch nicht auf der Höhe von Mariátegui sind, nicht einmal wir, die wir uns Mariáteguisten nennen. Denn das Indiothema, das die Sprache umfaßt, selbstverständlich die Eigentumsmodelle, das Gesundheitswesen, selbst die sexuellen Bräuche, wird noch nicht recht verstanden. Etwas anderes, was wir von JCM lernen müssen, ist sein Feminismus. Der peruanische Marxismus hat vom Feminismus noch viel zu lernen in dieser Hinsicht, denn die peruanischen Marxisten verachten den Feminismus, weil sie sagen, die Feministinnen wollen das Volk spalten, wollen die Frauen von den Männern trennen, wollen, daß die Frauen gegen die Männer kämpfen und daß die Frauen nicht gegen das imperialistische System kämpfen, was eine Verleumdung der gegenwärtigen peruanischen Feministinnen ist.

Nicht alles, was in den vergangenen Zeiten entwickelt wurde, kann heute benutzt werden, wo ist dies bei Mariátegui der Fall?

H. Blanco: Nun, zum Beispiel seine Analyse des Bodenproblems stimmt nicht mehr, aber nicht, weil er sich geirrt hatte, sondern weil sich die Realität schon seit Velascos Agrarreform geändert hat. Jetzt sind es neue Phänomene, die man auf dem Land findet. Es ist nicht mehr das der Latifundien, sondern es ist ein Problem des Kapitalismus: der Preise und Agrarbanken.

Was erwartest Du von den deutschen Marxisten oder Linken?

H. Blanco: Ich glaube, die wesentliche Funktion der Solidarität ist, bekannt werden zu lassen, was wirklich in Lateinamerika geschieht, und in unserem Fall, was wirklich in Peru geschieht. Das bedeutet Information. Information über die Position der Sozialdemokratie, die versucht Alan Garcia als DEN Sozialdemokraten, als DEN Demokraten hinzustellen. Es muß gezeigt werden, daß dem nicht so ist.

In der Diskussion der Phänomene wie IWF und Auslandsschulden wird gefragt: Wem soll Kredit gegeben werden? Wir fordern: gebt die Kredite an die Massenorganisationen. Um den Anfang zu machen, sollte begonnen werden, etwas Geld zu sammeln und es in der Hauptsache den Massenorganisationen dort zu geben, nicht den Parteien, denn von der BRD aus, aus so großer Entfernung, ist es unmöglich zu wissen, wer Recht hat. Wir müssen vorsichtig sein und überprüfen, ob diese Massenorganisationen dort tatsächlich existieren oder nicht. Denn oft sind es leere Hüllen, die in Europa bloß Propaganda machen und nicht tatsächlich existieren. Man muß also die wahren Bedürfnisse ausfindig machen und außerdem wirklich darüber wachen, daß das Geld, das für etwas bestimmtes gegeben wurde, für diesen Zweck ausgegeben wird. Ich will damit zum Beispiel sagen, wenn man der CCP Geld für Menschenrechtsarbeit gibt, dann muß man darüber wachen, daß der CCP es auch für die Menschenrechte verwendet, und daß es nicht für Organisationsprobleme oder andere Probleme verwendet wird. Ich sage nicht, daß jeder es benutzt, wie er will, sondern eine Organisation benutzt es für das, was sie am meisten benötigt. Auch diese ungebundene Unterstützung kann es geben. Zur Zeit bräuchten wir dringend eine Presseagentur, die auf die Menschenrechte in Peru spezialisiert ist. Denn die Verstöße gegen die Menschenrechte sind unvorstellbar.



Bettlerin und Graffiti in Lima

Alte Diktatur in neuen Kleidern

Ein General einer lateinamerikanischen Militärdiktatur putscht einen Tag nachdem der Diktator seine Versetzung in den Ruhestand unterzeichnet hat. Vielerorts nichts Außergewöhnliches, doch in Paraguay ließ der Machtwechsel lange auf sich warten.

35 Jahre lang regierte der deutschstämmige Stroessner das kleine lateinamerikanische Binnenland. Er war damit bis zum zweiten Februar dienstältester Diktator der Welt, der jegliche Opposition erfolgreich unterdrückte. So ist es kein Zufall, daß die Ablösung aus den eigenen Reihen kam.

Drei Monate nach seinem Putsch wurde General Rodriguez in den Wahlen am ersten Mai in seinem Amt als neuer Präsident bestätigt. Mit gut 70% aller Wählerstimmen wird er Paraguay bis zum Ende der Legislaturperiode 1993 regieren, um, nach eigenen Beteuerungen, dem Land den Weg in die Demokratie zu ebnen.

Seitdem sind viele der eine Million Exilierten ins Land zurückgeströmt. Wie ihre dreieinhalb Millionen Landsleute hoffen sie vor allem auf langersehnte politische Freiräume in einem veränderten Paraguay. Und Rodriguez ist eifrig bemüht, guten Willen zu demonstrieren:

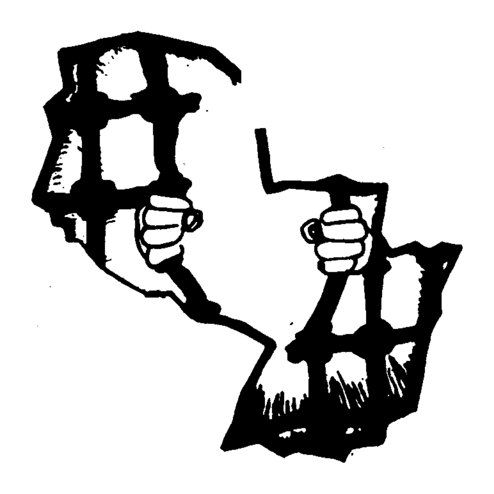
Mit Einführung der Versammlungs- und Pressefreiheit darf jetzt offen über die Greueltaten des Stroessnerregimes berichtet werden. Die oppositionelle Tageszeitung ABC darf nach fünfjähriger Zwangspause wieder erscheinen. Bis auf die KP können alle Oppositionsparteien wieder legal arbeiten. Und die letzten Zweifler werden beruhigt durch Rodriguez' Versprechen, nach Ablauf seiner Amtszeit in vier Jahren nicht erneut zu kandidieren und einem anderen den Präsidentenstuhl zu überlassen. Auch Stroessner versprach dies bei seinem Amtsantritt im Jahre '54...

Die Voraussetzungen dafür, daß sich nichts ändert, sind günstig.

Wichtigster Garant für Kontinuität ist die altbewährte Dreieinigkeit von Militär, Regierung und Partei, die nach wie vor besteht. Gemäß der „alten" Verfassung erhielten die Colorados, die langjährige de facto Einheitspartei und Siegerin der kürzlichen Wahlen, automatisch zwei Drittel aller Sitze im Parlament. Das restliche Drittel teilt sich die Opposition, wobei die PLRA (Authentische Radikalliberale Partei) unter Laino mit einem Wahlerfolg von 20% am bedeutendsten ist.

Allerdings, auch in der Opposition ist nur die städtische Ober- und Mittelschicht vertreten. Rodriguez' erklärte Wirtschaftsziele „Liberalisierung und Privatisierung" entsprechen denen seines Gegners Laino. Soziale Veränderungen, wie etwa eine Agrarreform zugunsten der landlosen Bauern, die 70% der Bevölkerung stellen, stehen in keinem Programm der zugelassenen Parteien.

Diese widersprächen auch Rodriguez' eigenen Interessen als reichem Brauereiund Wechselstubenbesitzer. Der mit Stroessner verschwägerte 64-jährige Präsident galt bis zuletzt als dessen engster Freund. Beide verdienten kräftig am Schmuggelgeschäft, das eine der tragenden Säulen der Wirtschaft Paraguays ist.



Wenn der Troupier jetzt in die Fußstapfen seines Vorgängers tritt, wird er dessen Weg ohne große Eingewöhnungsschwierigkeiten fortsetzen können.

Auch während der Wahlen, die als erste freie Wahlen seit Stroessners Amtsantritt angekündigt wurden, war vom Willen echter Demokratie wenig zu spüren. Unter dem Vorwand, sich an die Verfassung halten zu müssen, die Neuwahlen innerhalb von drei Monaten nach der Abdankung eines Präsidenten vorsieht, lehnte der neue Machthaber die Forderung der Opposition ab, den Wahltermin zu verschieben. Diese argumentierte dagegen, daß sein Putsch auch nicht verfassungskonform gewesen sei. So blieben den insgesamt sieben oppositionellen Parteien, die Anfang März offiziell zugelassen wurden, zwei Monate für Parteiorganisation, Verabschiedung eines eigenen Programms und Öffentlichkeitsarbeit.

Es blieb auch keine Zeit, die alten Wahllisten auszumisten, d.h. alte Karteileichen zugunsten der Colorados (mindestens 200.000 Stimmen) zu streichen und bisherige Nichtwähler aufzunehmen. Doch trotz Mehrfachwahlen sowie fehlender und gefälschter Wahlzettel gilt General Rodriguez als rechtmäßiger Sieger der Wahlen. Viele wählten ihn nicht zuletzt aus dem guten Grund, daß „er ja angesichts seines auf 200 Mio. US$ geschätzten Vermögens weniger Grund als andere habe, sich weiter zu bereichern." Die angekündigte Demokratisierung war weniger als Parteiprogramm denn als Wahlkampfparole zu verstehen. Gleichzeitig verfehlte die Beruhigungspille „Demokratisierung" ihre Wirkung im Paraguay oft allzu mißtrauisch gegenüberstehenden Ausland nicht. Seit Rodriguez' Amtsantritt haben die USA eine Klage gegen diesen wegen Drogenschmuggels zurückgezogen. Setzte man im Weißen Haus bisher auf die Opposition unter Laino, so arrangierte man sich schnell mit den neuen Gegebenheiten. Rodriguez verspricht Demokratisierung und Menschenrechte, aber auch die Beibehaltung alter Machtverhältnisse. Seit er zuletzt auch noch dem Schmuggel den Kampf ansagte und die USA Drogenfelder mit Gift bespritzen ließ, scheinen die letzten Bedenken aus dem Weg geräumt. Regelmäßige Tennispartien mit dem US-Botschafter sind Zeugnis dieser neuen Freundschaft, die dem kleinen Land im Herzen Lateinamerikas auch von außen Stabilität sichert.

aw

Die April-Ereignisse und ihre Konsequenzen

In der vorletzten Ausgabe der „blätter" klang es schon an, „ein Ende des zähen Ringens um Unabhängigkeit ist nicht abzusehen". Für diese Feststellung bedurfte es keiner hellseherischen Fähigkeiten. Daß es jedoch gleich zu Beginn des Unabhängigkeitsprozesses zu derart heftigen Kämpfen kommen würde, hätten auch die größten Skeptiker nicht erwartet. Mittlerweile hat sich die Situation wieder beruhigt. In einer Erklärung stellen Südafrika, Kuba und Angola übereinstimmend fest, daß der Waffenstillstand im Norden Namibias wieder hergestellt sei. Alle SWAPO-Kämpfer haben sich mittlerweile nach Angola, etwa 150 km nördlich der Grenze zurückgezogen und die südafrikanischen Kräfte in ihre Kasernen. Allerdings sind im Mai mehrere 10.000 Schüler in Nordnamibia in einen unbefristeten Streik getreten, aus Protest gegen die südafrikanischen Streitkräfte, die sich noch immer vielfach außerhalb ihrer Stützpunkte bewegen. Der Zeitplan für die Unabhängigkeit wird wohl im großen und ganzen eingehalten werden können. Mittlerweile hat die Rückführung der 50.000 Exil-Namibianer begonnen. Die Frage aber, welchen Hintergrund die Kämpfe hatten, die 350 Namibianern das Leben kosteten, bleibt wegen der aus diesen Ereignissen zu ziehenden Schlüsse für die Zukunft Namibias weiterhin interessant.

Folgende Voraussetzungen waren bei Beginn der Unabhängigkeit Namibias am 1.4.1989 gegeben:

— Die Grundlage des Unabhängigkeitsprozesses, die UN-Resolution 435, bzw. die dazugehörigen Vereinbarungen lassen viele Fragen der Durchführung offen und sind verschiedenen Interpretationen zugänglich.
— Alle Verhandlungen des letzten Jahres, die schließlich zum Abschluß des Friedensvertrages am 22.12.89 führten, liefen ohne Beteiligung der SWAPO.
— Auf Initiative der USA beschloß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen entgegen der Resolution 435 die Reduzierung der UNTAG-Truppe von 7500 auf 4650 Mann aus Kostengründen, wie es hieß. Die SWAPO, die OAU und die Blockfreien protestierten nachdrücklich dagegen: Sie befürchteten Zwischenfälle angesichts der anhaltenden militärischen Präsenz Südafrikas und seiner voraussehbaren Absicht, die Unabhängigkeit zu verzögern oder zumindest in seinem Sinne zu beeinflussen.

Am Stichtag, dem 1. April, waren 783 UN-Soldaten in Namibia; die 100 davon, die sich im betroffenen Norden aufhielten, waren nicht mal in der Lage, die Situation auch nur zu beobachten, geschweige denn militärisch zu beeinflussen. Wegen der anhaltenden Einschüchterungspolitik von Polizei und Militär war das politische Klima nach wie vor von Mißtrauen unter der Bevölkerung gekennzeichnet.

Um die unübersichtlichen Vorkommnisse nach dem 1.4.'89 zu beurteilen, sollte man sich die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Kontrahenten vor Auge führen:

Unbestritten ist, daß es in Südafrikas Führung starke Kräfte gibt, die nach wie vor die SWAPO für eine von Moskau gesteuerte Terroristenbande halten und sie in keinem Fall als Nachbarn dulden wollen. Immerhin kam Pretoria ja nicht aus freien Stücken an den Verhandlungstisch, sondern aufgrund militärischer und ökonomischer Schwäche.

Demgegenüber hat die SWAPO trotz ihrer Zuschauerrolle bei den Verhandlungen stets Kompromißbereitschaft und das Bemühen gezeigt, alles zu unterlassen, was diese Chancen für ein freies Namibia gefährden könnte. Dazu gehörte zum Beispiel der von ihr am 1.9.'89 erklärte einseitige Waffenstillstand ebenso wie die Gespräche, zu der die SWAPO-Führung am 22.3.'89 den UNTAG Kommandanten einlud, um mit ihm alle nötigen Detailschritte der Demobilisierung zu klären. Dieser enthielt sich jedoch jeglicher Reaktion, so daß das Treffen nicht zustande kommen konnte. Schließlich war Sam Nujoma noch am 31.3.'89 selbst an der angolanischen/namibischen Grenze, um die PLAN-Kämpfer zur weiteren Einhaltung des Waffenstillstandes anzuweisen.[1]

Der Versuch, sich aus Pressemitteilungen und Augenzeugenberichten ein stimmiges Bild der Situation am 1. April und den Tagen und Wochen danach zu zeichnen, ist ein schwieriges Unterfangen. Fest steht aber wohl folgendes:

Tatsächlich haben größere Einheiten der PLAN-Streitkräfte die Grenze von Angola nach Namibia überquert, mit welcher Absicht und auf Grund welcher Weisung auch immer. Fest steht auch, daß die Einheiten der SWA-Polizei inklusive Koevoet-Kämpfern zuerst schossen, getreu ihrer Tradition, ohne vorher zu fragen. Obwohl sie im Gegensatz zu den ermordeten SWAPO-Leuten die logistischen Möglichkeiten dazu gehabt hätten, haben sie nicht die UNTAG um Vermittlung angerufen. Stattdessen erzwang Südafrika durch die von seinen Hilfstruppen verschärfte Situation vom UN-Beauftragten Ahtisaari die Zustimmung, paradoxerweise mit eben solchen Truppen den Konflikt zu „befrieden". Ob das kaltblütige Massakrieren der SWAPO-Leute eine geplante, also von der Führung angeordnete Aktion war, läßt sich nicht klären; es gibt allerdings einige Anzeichen dafür, daß das zumindest anfänglich nicht der Fall war. Die Koevoet durchsetzten Polizeieinheiten brauchen keinen Befehl - wenn sie SWAPO-Leute sehen, zumal bewaffnete, drehen sie durch und schießen.

Ein Journalist berichtete aus dem Polizei-Hauptquartier in Etale in Nord-Namibia eine Bemerkung, die Geist und Moral

dieser Polizisten zusammenfaßt: „Wunderbar, der Krieg ist wieder da!".[2]

Selbstverständlich kamen die Zwischenfälle Südafrika sehr gelegen. Pretoria konnte die UNTAG-Einheiten geradezu der Lächerlichkeit preisgeben und nochmal deutlich zeigen, wer nach wie vor Herr im Hause ist.

Hoffnungen auf Seiten der schwarzen Bevölkerung, daß die UNTAG sie nun vor Übergriffen schützt, daß sie und die SWAPO sich endlich frei in ihrem Land bewegen könnten, wurden enttäuscht. Stattdessen gab es nur erneute Einschüchterung und die Demonstration Südafrikas, wie es nach wie vor mit der SWAPO umzugehen gedenkt.

Die Vorgänge auf Seiten der SWAPO sind wesentlich undurchsichtiger. Ob sich die SWAPO-Einheiten nach dem 1.4.'89 vereinbarungsgemäß in Richtung 16. Breitengrad zu begeben hatten, oder ob sie berechtigt waren, sich in Namibia in UNTAG-Basen zu sammeln, hängt von der jeweiligen Interpretation der Resolution 435 und des Abkommens von Brazzaville ab. Eindeutig ist allerdings, daß das Überqueren der Grenze südwärts nicht den Vereinbarungen entsprach. Die Forderung der südafrikanischen Seite, daß die PLAN-Kräfte sich am 1.4. bereits nördlich des 16. Breitengrades hätten befinden müssen, (das ist immerhin 160 km im Innern Angolas) läßt sich allerdings ebensowenig aus den Vereinbarungen ableiten.

Die betreffende Stelle im Genfer Protokoll vom 5.8.'88 lautet: „Angola und Kuba sollen ihren Einfluß geltend machen, daß, wenn der vollständige Rückzug südafrikanischer Truppen aus Angola abgeschlossen ist, und im Zusammenhang mit der Beendigung der Feindseligkeiten in Namibia, SWAPOs Streitkräfte nach nördlich des 16. Breitengrades verlegt werden." Das wäre ja immerhin auch noch von Sammelpunkten in Namibia aus möglich gewesen. Zurück zur SWAPO: Die einleuchtendste Erklärung ist wohl, daß die Kämpfer ohne Befehl nach Namibia gingen, um endlich die Lorbeeren des jahrelangen Buschkrieges zu ernten. Sie gaben vor, schon vorher im Land gewesen zu sein und hatten wohl auch die Illusion, daß die Vorherrschaft Südafrikas durch die UNTAG gebrochen sei. Dieses Bedürfnis oder die Hoffnung, endlich nicht nur bei Nacht und Nebel im eigenen Land im Hinterhalt zu liegen, ist verständlich und sollte man als mögliche Ursache nicht unterschätzen. Manche Beobachter vermuten, daß es sich um unzufriedene Kämpfer gehandelt habe, die den Friedensplan nicht akzeptiert haben und nun im vermeintlich sicheren Namibia die Macht übernehmen wollten. Die dritte, nicht auszuschließende Version ist — mit oder ohne Befehl — möglicherweise das Kalkül, daß SWAPO-Einheiten unter UN-Aufsicht einen größeren Machtfaktor darstellen, als 180 km nördlich im angolanischen Busch. Welche Rolle SWAPO-interne Differenzen spielen, ist noch kaum auszumachen. SWAPO-Repräsentanten in Windhoek drohten allerdings mit ihrem Austritt, wenn sich die Aktion als Befehl der Führung herausstellen sollte.

Ein Wort zur Presse. Die sich in diesen Wochen in Windhoek tummelnden Journalisten tickerten das nach Europa, was sie kriegen konnten, und das waren offenbar hauptsächlich Militär- und Polizeiberichte. Auch wenn die Verlautbarungen der SWAPO nicht gerade zur Klärung beitrugen, wäre etwas mehr Reflexion der Ereignisse vor dem oben beschriebenen Hintergrund sehr hilfreich gewesen. Wenn man bei der Suche nach dem Schuldigen die Frage: „Wem nützt es?" stellt, ist die Sache schnell klar. Das internationale Ansehen der SWAPO hat, nicht zuletzt wegen der erwähnten Mediensituation, arg gelitten, und auch im Lande hat sie sich nicht von der besten Seite gezeigt. Wie ein Beobachter sagte: „Alles, was die SWAPO zu tun gehabt hätte, wäre ruhig zu sitzen, staatsmännische Kommentare abzugeben und den ersten Preis bei den Wahlen zu gewinnen. Sie hatte am meisten von der Gewalt zu verlieren." Südafrika dagegen steht gut da. Erfolgreich beruft sich Pretoria auf die Notwehr-Erklärung und hat in Namibia nochmal gezeigt, daß es auch weiterhin auf Gewalt setzt. So wurden im Ovamboland in den letzten Monaten fünf neue Polizeistationen eröffnet.[3]

Ob die einschüchternde Wirkung tatsächlich die Zweidrittelmehrheit der SWAPO verhindern kann, bleibt abzuwarten. Resümierend ist festzustellen, daß Südafrikas Büttel die Gelegenheit nutzten, ein regelrechtes Massaker auch an der Zivilbevölkerung zu verüben, denn wie ist sonst das Zahlenverhältnis der Opfer von weniger als 1:10 zu erklären; auch Augenzeugenberichte sprechen dafür.[4]

Allerdings schien Südafrika den Friedensplan nicht grundsätzlich kippen zu wollen. Die SWAPO ist schwach. Anders ist ein derartiger Fehler nicht zu deuten, und Nujomas Erklärungen nach dem 1.4. sind eher verwirrend als couragiert. Ein Vergleich mit der Situation in Zimbabwe vor neun Jahren macht einiges deutlich. Dort hatte die Guerilla den Gegner militärisch an den Verhandlungstisch gezwungen und nicht ausländische Truppen, wie im Fall von Namibia. Dort verhandelten die ZANU/ZAPU Führungen höchstpersönlich, hatten die Kraft, die Verhandlungen platzen zu lassen; Mugabe soll schon auf dem Weg zum Flugzeug gewesen sein, als ihn ein neuer Kompromißvorschlag erreichte. Die Unabhängigkeit von Namibia ist bzw. wird ja eher ein Nebenprodukt der trilateralen Verhandlungen, welches die angolanischen und kubanischen Genossen noch mit rausgeholt haben.

Das ist der SWAPO nicht vorzuwerfen, aber die Erkenntnis bewahrt vor überhöhten Erwartungen. Denn, ob Zweidrittelmehrheit der SWAPO oder nicht, die Buren vom Kap werden vorerst weiter mitmischen, und weiße zu allem bereite Bündnispartner im ehemaligen Deutsch-Südwest haben sie genug. Die Versöhnungspolitik in Zimbabwe konnte nur aus dem Bewußtsein der Stärke bei den Schwarzen und dem der Schwäche bei den Weißen heraus gelingen. So „einfach" ist das in dem dünnbesiedelten Land an der Südwestküste nicht.

dv

Anmerkungen:

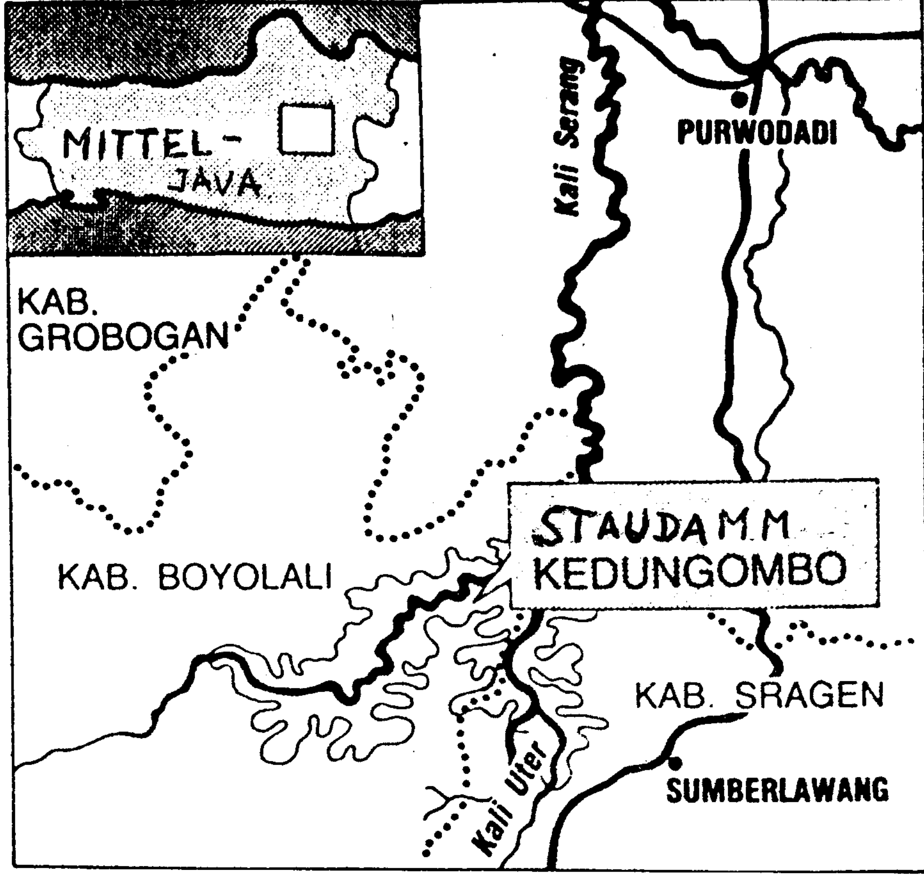
1. NAMPA, 2.4.'89, Luanda
2. Independant, 4.4.'89, BR
3. New York Times, 15.1.'89
4. Presseerklärung des Christian Council of Namibia vom 3.4.'89, außerdem ein Fernsehfilm, der dem US-amerikanischen Kongreß gezeigt wurde: demnach wurden SWAPO-Kämpfer zum Teil aus nächster Nähe durch Kopfschuß getötet, was auf regelrechte Hinrichtungen nach der Gefangennahme hindeutet.



Wasser zum Leben - Wasser zum Sterben

Kedung Ombo - Ein Staudammprojekt in Java

Am 14. Januar 1989 wurden die Tore der Staumauer des Kedung Ombo Projekts geschlossen und es wurde begonnen, eine Fläche von 6000 ha mit 37 Dörfern und mehr als 5000 Familien (30.000 Menschen) zu überfluten. Die Bewohner der niedergelegenen Dörfer mußten ihre Häuser sofort verlassen, aber ca. 1500 Familien halten bis heute dort aus, obwohl ihnen das Wasser bereits bis zur Haustür steht. Ihre Situation ist erbärmlich. Jeden Tag steigt das Wasser ca. 20-50 cm und hat am 20. März bereits eine Höhe von 82,2 m erreicht. Die Bewohner fliehen, wenn das Wasser kommt, sie bauen sich Floße, nehmen ihr Hab und Gut mit und bauen sich neue Unterkünfte weiter oben, direkt am Wasser. Ungefähr 3500 Kinder sind betroffen, die meisten von ihnen sind krank, d.h. sie haben Typhus und andere Durchfallerkrankungen oder Hautkrankheiten. Besonders schwierig ist es — trotz des vielen Wassers vor der Nase — an sauberes Trinkwasser zu kommen. 80% der Kinder gehen seit Januar nicht mehr in die Schule, denn ihre Schulhäuser stehen bereits unter Wasser. Was bringt die Leute dazu, trotzdem noch auszuhalten?



Das Projekt Kedung Ombo

Kedung Ombo ist eine der ärmsten Gegenden Javas. Da der Boden schlecht ist und es kaum Möglichkeiten zur Bewässerung gibt, ist die Produktivität gering. Deshalb leben die Bauern hauptsächlich von den Erträgen ihrer Kokosnußbäume. Bewässerung könnte einiges verbessern. Die Gegend ist aufgrund ihrer topographischen Struktur für ein Staudammprojekt geeignet. Bereits 1969 wurden Untersuchungen für diesen Staudamm aufgenommen, geplant wurde ein Mehrzweckstaudamm. Wenn das Projekt Kedung Ombo voll ausgebaut ist, sollen 87.000 Familien ihr Land bewässern und dadurch ihr Einkommen um 45-150% steigern können. 100.000 Menschen sollen mit Trinkwasser und einige mitteljavanische Städte mit Strom (insgesamt 22 Megawatt) versorgt werden. Außerdem soll der Staudamm der Hochwasserregulierung dienen. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf US$ 283 Mio. veranschlagt, davon werden 40% von der indonesischen Regierung aufgebracht und 60% durch einen Kredit der Weltbank abgedeckt.

Was soll mit den Bewohnern des Staugebiets geschehen?

Von Regierungsseite wurde der 14. Januar 1989 als großer Schritt hin zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung der Region gefeiert. Aber was geschieht mit denen, die die Hauptlast des Projekts tragen, die das Land verlassen müssen, das sie seit Generationen bebaut haben? Die Bewohner des Staugebietes wären freiwillig gegangen, wenn die Regierung ihnen gleichwertiges Land in der Nähe des Staudammes zur Verfügung gestellt hätte, mit einer rechtlich abgesicherten Grundbucheintragung, und einer Entschädigung für das verlassene Haus und die aufgegebenen Pflanzungen. Einer der Bewohner erklärte: „Wir verstehen den Zweck des Dammes sehr gut, aber die Entschädigung für unser Land muß angemessen sein. Wenn der Schadensersatz zu gering ist und wir kein Ersatzland bekommen, was sollen wir anders tun, als hier auszuhalten?" Stattdessen bietet ihnen die Regierung Alternativen, die keineswegs garantieren, daß das Leben nicht noch härter wird, als das Leben bisher schon ist. Folgende Möglichkeiten stellt die Regierung den Bewohnern zur Auswahl:

1. Transmigration nach Bengkulu/Sumatra: Jede Familie könnte dort einen Hektar Naßreisland bekommen bzw. Geld, um ein Bewässerungssystem zu errichten. Die Regierung sähe es natürlich am liebsten, wenn alle Bewohner ihrem Vorschlag zur Transmigration folgen würden. Sie hätte dann zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

Das Staugebiet wäre von Menschen geräumt und zudem würden einige tausend Menschen dem Transmigrationsprogramm zugeführt und die sehr dicht bevölkerte Insel Java entlastet. Die Versprechungen der Regierung sind groß: Bereitstellung von Häusern, Infrastrukturmaßnahmen, die Möglichkeit, ein großes Stück bewässerten Landes zu bebauen. Aber die Leute sind sehr skeptisch. Schon zuviele sind enttäuscht von Umsiedlungen wieder in ihre javanischen Heimatdörfer zurückgekehrt. Meist muß das neue Land dem Dschungel abgetrotzt werden, der Boden ist schnell erschöpft, Transport- und Vermarktungsmöglichkeiten sind kaum vorhanden. Vor Ort sieht es weit weniger rosig aus als in den Regierungsverlautbarungen. Bisher sind weniger als 200 Familien aus Kedung Ombo dem Angebot zur Transmigration gefolgt.

2. Umsiedlung nach Kayen, ein Dorf ca. neun km nördlich des Stausees: Die Regierung hat hier schnell einige Häuser, eine Schule, einen Markt und eine Moschee hingebaut und versucht, die Bewohner aus Kedung Ombo dorthin umzusiedeln. Die neuen Bewohner bekamen dort 1000 qm Land pro Familie, später wohl auch bis zu 2000 qm Land, mußten aber pro Quadratmeter 160 Rupiah für die Grundbucheintragung und die juristische Abwicklung des Landkaufs bezahlen. Dieses neue Dorf ist nicht sonderlich attraktiv. Es gibt dort kein Trinkwasser, der Brunnenschacht ist bereits 127 m tief, aber immer noch trocken. Die Erde ist steinig und gilt als sehr unfruchtbar. Das Dorf liegt oberhalb des Staudammes und kommt somit nicht in den Genuß der Bewässerungsmöglichkeiten, die der neue Staudamm bietet. Bisher sind erst 32 Familien dorthin gezogen, obwohl dort Platz für 500 Familien wäre.

3. Die Bewohner erhalten Entschädigung und suchen sich selbst neues Land: Die Regierung hat die Entschädigung folgendermaßen festgesetzt:

Gartenland	Rp. 700/qm (= DM 0,70)
Naßreisland	Rp. 400/qm (= DM 0,40)
Grasland	Rp. 325/qm (= DM 0,33)
Haus	Rp. 2150-7380/qm (DM 2,15-7,38)
Anpflanzungen	Rp. 30-2410 pro Stück (DM 0,03-2,40)

Diese Entschädigungen sind zum einen sehr gering festgesetzt. So bringt ein Kokosnußbaum 12.000 Rp. pro Jahr und braucht 6-8 Jahre, bis er voll trägt. Die Weltbank hatte 12 US$ pro Kokosnußbaum als Entschädigung veranschlagt. Die Preise für Land in der Nähe des Stausees sind in Erwartung der positiven Auswirkungen des Projekts erheblich gestiegen. So müssen die Bauern in der Nähe des Stausees zwischen 6000 und 12000 Rupiah pro qm, also ein Vielfaches der für Naßreisland gewährten Entschädigung bezahlen.

Korruption in Kedung Ombo

Natürlich gibt es neben diesen grundsätzlichen Problemen noch genügend Ungereimtheiten in der Bewertung des Landes, der Pflanzungen und der Häuser. Sicher ist, daß die Weltbank weit höhere Entschädigungssummen bei der Planung des Projekts eingesetzt hat, d.h. es wurde sehr viel mehr Geld bereitgestellt als dann bei den Betroffenen tatsächlich angekommen ist. Nun ist dies in Indonesien nichts Außergewöhnliches und jedem ist klar, daß es Unregelmäßigkeiten bei der Abwicklung gegeben hat, aber wie groß das Ausmaß ist, wagt die indonesische Presse nicht zu berichten. Informationen darüber gibt es nur unter der Hand, die häufig von Studenten verbreitet werden. Ein Zusammenschluß von Studenten der wichtigsten Universitäten Mitteljavas hat in einer Erklärung dem Gouverneur Mitteljavas immense Korruption bei der Abwicklung des Projekts vorgeworfen. Es gibt bei einem solch großen Projekt nicht wenige Studenten, deren Väter in irgendeiner Weise mit dem Projekt befaßt sind, und über die Familien sickern Informationen über die Korruption bei der Abwicklung des Projekts durch. Insider schätzen den tatsächlichen Wert der Gebäude, Turbinen, der Staumauer sowie die bisher ausgezahlten Entschädigungen auf ca. 83 Mio. US$, dies würde bedeuten, daß 200 Mio. US$ verschwunden sind. Eine große Summe, selbst wenn man von diesen Schätzungen Abstriche macht und annimmt, daß „nur" ein Drittel der gesamten Mittel, ein bei Projekten in Indonesien üblicher Satz, also etwa 100 Mio. US$ versickert ist. Der Gouverneur von Zentraljava muß in diesem Falle eine entscheidende Rolle gespielt haben. Einer seiner Söhne ist als Bauunternehmer an diesem Projekt beteiligt. Auch bei der Räumung des Landes scheinen sonderbare Dinge zu passieren: Der Ausschuß zur Räumung des Gebiets Kedung Ombo legte fest, daß alles Land zu räumen ist, das bei einer Füllhöhe von 95 Metern überschwemmt wäre, die Berechnungen der Weltbank haben dagegen ergeben, daß eine Räumung bis zur Höhe von 90 Metern ausreichend wäre. Diese fünf Meter Höhendifferenz ergeben an den Stellen, an denen das Gelände leicht ansteigt, eine zusätzlich zu räumende Fläche von vielen Hektar.

Der Parlamentsvertreter von Mitteljava beschrieb die vermutliche zukünftige Nutzung der Fläche: „Ich fürchte, dieses Land wird später von bestimmten Personen genutzt und teuer verkauft." Daß es sich bei diesen Personen um den Gouverneur und seine Familie handelt, ist ein offenes Geheimnis. Später kann dieses zusätzlich geräumte Land direkt am Ufer des Stausees hervorragend für touristische Zwecke genutzt werden. Es wird auch unter der Hand berichtet, daß Quittungen über die Zahlung von Schadensersatz gefälscht wurden, daß die Währungsangabe von Rupiah in Dollar verfälscht wurde. Die Weltbank hat sich allzu leicht weismachen lassen, es wären z.B. US $100 bezahlt worden, aber in Wirklichkeit sind nur Rp. 100, also ein Siebzehnhundertstel des quittierten Werts, bezahlt worden. Die sonst kontrollierwütige Weltbank schiebt in solchen Fällen die Verantwortlichkeit an die jeweiligen Regierungen ab. Wenn auf der oberen Ebene selbstverständlich nach den öffentlichen Geldern gegriffen wird, ist es nicht erstaunlich, daß auch auf der unteren Ebene Nebeneinkünfte erwartet werden. Man kann offenbar mit eigenen Augen sehen, daß der Reichtum der Landräte und anderen Beamten mit der Durchführung des Prokjekts erheblich gestiegen ist. Z.B. berichten Bewohner des Gebietes, die die Entschädigung angenommen haben, daß sie von Mitgliedern des Vergabeausschusses um 20.000-75.000 Rupiah erpresst wurden. Andere wurden gezwungen, Entschädigungsquittungen blanko zu unterschreiben. Auch wurde Bewohnern für eine geringere Fläche Entschädigung bezahlt als sie im zu räumenden Gebiet besessen hatten. Die Durchführung der Entschädigungszahlungen erfolgte, wie eine Studentenorganisation in einer Erklärung feststellte, auf „gemeine und schändliche Weise".

Politischer Druck und Drohungen

Da die Bewohner mit der angebotenen Entschädigung nicht zufrieden waren, sind viele in ihren Dörfern geblieben. Dieser Boykott der Bewohner ließ die Regierungsstellen zu den verschiedensten Druckmitteln greifen, um ihr Ziel, den Wegzug der Bewohner ohne angemessene Entschädigung, dennoch zu erreichen. Die Bewohner wurden immer wieder von Sicherheitsbeamten verhört, ja sogar geschlagen. Es wurden Briefe gefälscht, in denen die Bewohner angeblich versprachen, die Entschädigung anzunehmen. Ihnen wurde angedroht, sie zu verhaften und ihre Bodenrechte zu entziehen. Das einschüchternste Instrument, das in diesem Kampf verwendet wurde, war der Stempel E.T. oder O.T. Einige der Bewohner bekamen, wie auch die indonesische Presse berichtete, ihren Personalausweis nach der jährlichen Verlängerung mit diesem Stempel zurück, der sie als ehemaliger politischer Häftling oder als ehemaliges Mitglied einer verbotenen Organisation, d.h. als Kommunist, ausweist. Wer diesen Stempel im Ausweis hat, hat sich einmal im Monat bei den Behörden zu melden, darf nicht ohne Genehmigung umziehen, kann nicht im öffentlichen Dienst arbeiten und ihm kann das Wahlrecht verweigert werden. Selbst seinen Familienmitgliedern kann der Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt werden. Vielen Bauern war die Bedeutung dieses Stempels gar nicht klar. Es gab in dieser Gegend etwa 20-30 politische Häftlinge, die ihren Stempel bereits hatten, nun gesellt sich zu ihnen eine nicht bekannte Anzahl von Personen neu hinzu. Dies führte dazu, daß sich einige der Leute aus Angst vor den Behörden im Wald versteckten. Es wurde auch hier nach dem gängigen Muster vorgegangen, der Regierung nicht genehme Personen als Kommunisten abzustempeln. Präsident Soeharto meinte in einer Rede Ende März, daß wahrscheinlich Kommunisten die Bewohner von Kedung Ombo aufgestachelt hät-

ten, die Angebote der Regierung abzulehnen. Wahrscheinlich hätten sie den Bewohnern falsche Informationen gegeben und diese seien somit Opfer der Kommunisten geworden. Er wisse sehr gut, daß die Gegend um Kedung Ombo eine Basis der Kommunistischen Partei (PKI) gewesen sei.

Aktionen von und für die Bewohner

1982 wurden die Bewohner von Kedung Ombo erstmals von den Behörden über das Vorhaben der Regierung informiert und 1983 wurde durch eine Entscheidung des Gouverneurs die Entschädigung geregelt. Die Bewohner sollten schon bald Papiere unterschreiben, in denen weder die Entschädigungssumme noch die Größe der zur Räumung anstehenden Fläche und deren Bewertung eingetragen waren. Viele verweigerten diese Unterschrift und wandten sich an die Stiftung für Rechtshilfe (LBH) in Yogyakarta. 1983 wurden sie beim Provinzparlament in Semarang vorstellig und einige der Betroffenen wandten sich an die Rechtshilfeorganisation LBH in Jakarta. Aber all dies hatte keinen Erfolg, deshalb blieben viele bis heute in ihren Dörfern, da die Alternativen, die ihnen angeboten wurde, alle bedeuten, daß ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Doch nachdem im Januar begonnen wurde, die Gegend zu überfluten, spitzte sich die Situation zu. Anfang Februar führten ca. 100 Studenten aus Salatiga eine Demonstration in Kedung Ombo durch mit Spruchbändern wie: „Schluckt nicht das Land der kleinen Leute" oder „Löst die Probleme vor dem Überfluten". Diese Aktion erregte viel Aufmerksamkeit. Am 28. Februar übernachtete Romo Mangun, ein katholischer Priester und Sozialarbeiter, in Kedung Ombo und kündigte eine humanitäre Hilfsaktion an, die er zusammen mit islamischen Führern und anderen interessierten Bürgern durchführen wollte, um vor allem den 3500 betroffenen Kindern zu helfen. Romo Mangun betonte, daß er nur die in der Staatsideologie Pancasila geforderte Solidarität mit den kleinen Leuten in die Praxis umsetzen wolle. Trotzdem wurde diese Hilfsaktion bereits 10 Tage später - obwohl vom Innenminister begrüßt - vom Gouverneur verboten mit dem Argument, es bestehe kein Handlungsbedarf. Es seien nur die Leute von außen, die Probleme nach Kedung Ombo bringen. Vor allen in katholischen Schulen und Gemeinden sowie unter Studenten wurden freiwillige Helfer gewonnen, die Hilfe in Form von Geld, Reis und Kleidung mobilisierten. Romo Mangun versichert, daß die Hilfe auch nach dem Verbot noch ankommt, ohne natürlich genau zu erläutern, wie dies geschieht. Von Regierungsseite wird ihm vorgeworfen, er unterstütze Aufständische, er selbst betont, seine Hilfe sei eine humanitäre und keine politische Aktion. Jedenfalls wurde das Gebiet gesperrt, Außenstehende dürfen nur noch mit Genehmigung der Behörden die Gegend betreten. Trotzdem gehen die Hilfsaktionen heimlich weiter. In der Presse haben Regierungsstellen mehrfach das Angbot gemacht, daß sich die Bewohner auf dem Land der staatlichen Waldgesellschaft niederlassen dürfen, was für sie ein akzeptables Angebot wäre. Lange Zeit schienen dies leere Worte zu sein, da es den Leuten verwehrt wurde, sich auf diesem Gebiet anzusiedeln. Am 13. Mai hat der Gouverneur, der durch die Aktion der Bewohner und die landesweite Berichterstattung erheblich unter Druck geraten ist, eine solche Lösung erneut in Aussicht gestellt und auch den Bau von Schule und Moschee an diesem Platz zugesichert. Ob nun diese Zusicherung mehr Gehalt hat, bleibt abzuwarten. Erwähnt werden muß auch, daß die gesamte Auseinandersetzung nicht nötig gewesen wäre, wenn die Weltbank ihren Spielraum genutzt und von Anfang an Druck ausgeübt hätte, daß das Entschädigungsverfahren, für das sie ja genügend Mittel bereit gestellt hatte, auch sauber durchgeführt wird. Als Hauptgeldgeber hätte sie hierzu die Macht gehabt. Von ihren in der Vergangenheit hochgelobten Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für Großprojekte ist in diesem Falle rein gar nicht zu merken.



Die Entschädigungssumme reicht bei weitem nicht aus, um Naßreisland zu erwerben.

Indizien für einen Wandel der politischen Situation?

Von seiten der Regierung wurde immer wieder betont, daß für die nationale Entwicklung und den Fortschritt eben Opfer gebracht werden müssen. Aber es ist zu fragen, wer diese Opfer bringen soll. Den Bauern im Überflutungsgebiet wird eine doppelte Bürde aufgeladen, sie werden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und gleichzeitig wird ihnen die Entschädigung verweigert, die für einen Neubeginn notwendig wäre. Andere dagegen haben den Nutzen des Projekts, ohne dafür Nachteile in Kauf zu nehmen. Nutzen und Kosten des Projekts sind sehr ungerecht verteilt, und die Menschenrechte der Bewohner des Überflutungsgebietes werden verletzt. Die Regierung behandelt sie als Untertanen, die willfährig dem zu folgen haben, was sie verfügt. Aber in Kedung Ombo lief es nicht so, wie die Regierung Soehartos es gewohnt ist:

- Ein Teil der Bewohner hat diesmal nicht mitgespielt, sich den Anordnungen der Regierung widersetzt und bis zum bitteren Ende ausgehalten.
- Unter den Studenten gibt es viele, die das Vorgehen der Regierung nicht gutheißen und den Mut haben, gegen soziale Mißstände an die Öffentlichkeit zu gehen. Kedung Ombo ist hier nur ein Beispiel. Seit Anfang des Jahres finden in verschiedenen Gegenden studentische Aktionen statt, die immer einen Bezug zu konkreten sozialen Problemen haben und nicht auf studentische Angelegenheiten beschränkt bleiben.
- Der Regierung gelang es nicht, die Presseberichterstattung über Kedung Ombo zu unterdrücken. Die Presseberichterstattung war überwiegend kritisch und hat auch Korruptionsfälle dargestellt. Zwar war die Presse gezwungenermaßen in ihrem Äußerungen sehr vorsichtig, aber für indonesische Verhältnisse ist es erstaunlich, was zu Kedung Ombo in der Zeitung steht.
- Das Militär scheint nicht geschlossen hinter dem Gouverneur zu stehen. Die Aktionen der Studenten werden vom Militär geduldet, in Teilen möglicherweise sogar unterstützt. Die Studenten selbst loben das umsichtige Vorgehen des Militärs und weisen auf die Tatsache hin, daß der Presse genügend Gelegenheit gegeben wurde, sich zu informieren. Wahrscheinlich haben Widerstände bei den Militärs bisher verhindert, daß das Überflutungsgebiet gewaltsam geräumt wurde.

So hellt in Verbindung mit Kedung Ombo ein Silberstreifen am Horizont den sonst schwarzen Himmel der Militärdiktatur Soehartos auf. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß es doch noch zu einer für die Bewohner akzeptablen Lösung kommt und daß aus dem Silberstreifen eine Morgendämmerung wird.

Eva Specht

Der IWF bei den Beduinen

Die allgemein längst „Aprilunruhen" genannten Erhebungen, die am 18. April in der südjordanischen Stadt Ma'an begannen und sich wie ein Lauffeuer nach Norden ausbreiteten, überraschten nicht nur den König, der sich zu der Zeit gerade in den USA aufhielt. Die hektischen Reaktionen auch vieler westlicher Korrespondenten lassen vermuten, daß Szenen wie in Ma'an, wo Autos angezündet, Regierungsgebäude gestürmt und Straßenbarrikaden errichtet wurden, nicht zum gewohnten Stadtalltag in Jordanien gehören. Seit dem Krieg gegen die Palästinenser in den Jahren 1970 und 1971, der mit der Vertreibung ihrer Kämpfer und der Zerschlagung ihrer Organisationen endete, hatte Ruhe geherrscht im Land.

Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte, das immerhin 8 Menschen das Leben kostete und an die 100 Verletzte zurückließ, mag an die Geschehnisse in den von Israel besetzten Gebieten erinnert haben. Doch außer der von einigen Jugendlichen angewandten Technik des Steinewerfens gibt es wohl nichts Verbindendes mit dem Aufstand in der angrenzenden Westbank. Palästinenser waren überhaupt nicht beteiligt. Die Akteure waren Jordanier beduinischer Herkunft,die bislang als königstreu galten, und ihr Unmut richtete sich gegen wenige Tage zuvor vom Regime auf Veranlassung des IWF verfügte Preiserhöhungen für diverse Güter des täglichen Bedarfs.

Die Palästinenser in Jordanien

Dabei erblickt das Haschemitenregime gerade in den palästinensischen Jordaniern, die in mehreren Fluchtwellen seit ca. 1920, zuletzt 1967 aus Palästina nach Transjordanien strömten, eine permanente Bedrohung. Immerhin bildeten sie in den amtlichen Statistiken bis vor kurzem die Bevölkerungsmehrheit im Lande. Seit Ende Juli 1988 wird anders gerechnet: Zu diesem Zeitpunkt gab Hussein seinen mit der Anerkennung des Alleinvertretungsanspruches der PLO im Jahre 1974 bereits eingeschränkten Anspruch auf die Westbank endgültig auf und veränderte damit die Statistiken: Die Bevölkerung Jordaniens, dessen neue Westgrenze aus Husseins Sicht[1] nun der Jordan bildet, besteht seither zu ca. 40% aus Palästiensern und zu 60% aus alteingesessenen Jordaniern beduinischer Herkunft. Das Verhältnis zwischen beiden Bevölkerungsgruppen, das vor der Aufgabe der Westbank mit 40:60 angegeben wurde, hat sich damit glatt umgekehrt.[2]

Und Hussein hat zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Er hat zum einen der Argumentation rechter israelischer Politiker, die Existenz eines palästinensischen Staates, nämlich Jordaniens, mache einen zweiten überflüssig, die Grundlage entzogen und damit der PLO in ihrem Bemühen um einen eigenen Staat den Rücken gestärkt. Zum anderen hat er sein Staatsgebilde „jordanisiert" und damit, in seinen Augen, mehr Stabilität geschaffen.

Daß nun die Palästinenser zur Minderheit wurden, ändert allerdings nichts an ihrer dominanten Position in der jordanischen Gesellschaft: Aufgrund ihres vergleichsweise hohen Bildungsgrades sind sie in vielen Institutionen, insbesondere in Verwaltung und Wirtschaft, stark vertreten, ausgenommen die sensiblen Bereiche wie Armee, die von Jordaniern beduinischen Ursprungs dominiert wird.

Bis 1974 saßen im jordanischen Abgeordnetenhaus, der damals noch gewählten Kammer des Parlaments (die zweite, nämlich der Senat, wurde schon immer vom König ernannt) 50% Palästinenser (30 von insgesamt 60 Abgeordneten). Diese Zahl bedeutete zu der Zeit zwar Unterrepräsentation der Palästinenser insgesamt, aber Überrepräsentation der Westbankbevölkerung: Diese durfte nämlich ebensoviele Vertreter ins Abgeordnetenhaus wählen wie die viel größere Bevölkerung des östlichen Landesteiles (30:30). Seit der PLO-Konferenz von 1974 in Rabat ist das anders. Nach der Verkündung des Alleinvertretungsanspruches der PLO in den besetzten Gebieten durch Arafat löste Hussein das gewählte Abgeordnetenhaus auf und setzte an seine Stelle einen ernannten National Consultative Council (NCC), in dem nur noch 13 Palästinenser vertreten sind.[3] Wahlen hat es seit dieser Zeit nicht mehr gegeben; nicht nur die Palästinenser, sondern alle Jordanier sind seither in der Rolle der gänzlich passiven Untertanen ihres Königs.

Doch politische Beteiligung hin oder her — vermutlich waren die Kompetenzen des gewählten Abgeordnetenhauses ohnehin begrenzt: Die alteingesessenen Jordanier beduinischer Herkunft galten bislang als ungebrochen königstreu, während die Palästinenser ein etwas komplizierteres Verhältnis zur haschemitischen Monarchie haben. Noch längst nicht vergessen sind die Jahre 1970 und 1971, während der sämtliche PLO-Organisationen östlich des Jordan von den beduinischen Verbänden der jordanischen Armee in einem blutigen Krieg zerschlagen, ihre Mitglieder liquidiert oder vertrieben wurden. Vorangegangen waren einige Zusammenstöße zwischen PLO-Einheiten und Armee; ausschlaggebend war vermutlich, daß die Palästinenserorganisationen zu der Zeit zu einem Staat im Staate herangewachsen waren.

Daß die Palästinenser sich aus den nun zwei Monate zurückliegenden Unruhen derart konsequent herausgehalten haben, muß als ein Zeichen großer Besonnenheit gewertet werden — ganz gleich, ob es nun, wie ein Korrespondent der Süddeutschen vermutet, eine PLO-Anweisung an die Leute in Amman gegeben hat, Ruhe zu bewahren, oder nicht.[4] Tatsache ist, daß für palästinensische Proteste gegen das Haschemitenregime kein günstiger Zeitpunkt ist: Sie würden von der intifada in den von Israel besetzten Gebieten ablenken.

Das IWF-Diktat und die Strukturschwächen der Wirtschaft

Am 18. April gingen nun gerade die bislang königstreuen nicht-palästinensischen Jordanier auf die Straße. Zwei Tage zuvor hatte das Regime auf Veranlassung des IWF diverse Preise erhöht: zwar nicht die für Grundnahrungsmittel — Brot, Reis, Öl, Zucker sollen weiterhin stark subventioniert werden — aber die für Getränke, Zigaretten, Waschmittel, Benzin sowie die für einige staatliche Dienstleistungen (um 15-50%)[5].

Die Proteste, die durch diese Preiserhöhungen ausgelöst wurden, waren denn auch keine herkömmlichen „Brotunruhen". Sie nahmen ihren Anfang nicht bei den ganz Besitzlosen, sondern bei Taxibesitzern und -chauffeuren der südjordanischen Stadt Ma'an, die durch die Benzinpreiserhöhungen ihr Gewerbe gefährdet sehen. Welche sozialen Gruppen sich in den folgenden Tagen den Protesten anschlossen, die ja immerhin auf etliche andere Städte übergriffen, ist den zugänglichen Quellen nicht zu entnehmen. Auf jeden Fall nicht die, die ökonomisch obenauf sind.

Die Preiserhöhungen für die erwähnten Güter brachten ein Faß zum Überlaufen: Seit einiger Zeit schon geht es mit Jordaniens Ökonomie drastisch bergab und auch mit dem Lebensstandard eines großen Teil

der Bevölkerung.[6] Ein Faktor, der die Gesamtökonomie betrifft, ist besonders ausschlaggebend für den ökonomischen Niedergang der Stadt Ma'an: das Ende des Golfkrieges. Der Golfkrieg war der Motor eines regen Transithandels zwischen dem jordanischen Hafen Aqaba und dem Irak. Der Irak, der einen Teil seiner Waffen auf diesem Wege bezog, hatte anfangs, als noch Erdöleinnahmen da waren, mit Investitionen in das Transportwesen nicht gegeizt. Und Ma'an beispielsweise, das genau an der Autoroute von und nach Aqaba liegt, hatte sich ökonomisch auf diesen Transporthandel eingestellt und war von seinem Rückgang besonders stark betroffen.[7]

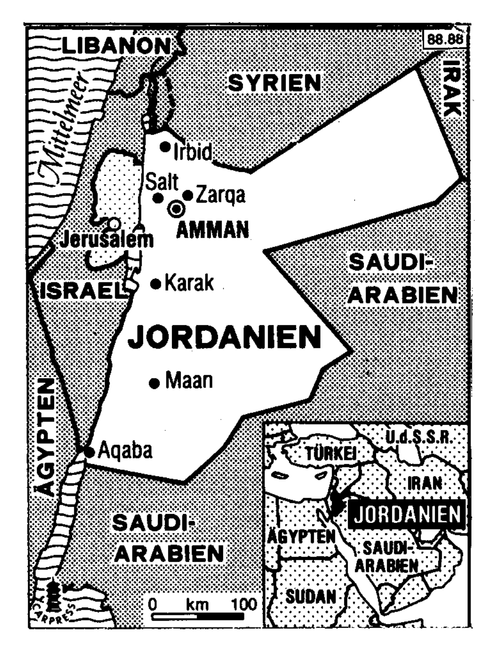
Doch die Abhängigkeit der jordanischen Ökonomie vom Golfkrieg in den achtziger Jahren war nur eine Abhängigkeit von vielen. Schon seit längerem kommen die Impulse für die jordanische Ökonomie ausschließlich von außen.

Der erste große Impuls ging vom Ölboom aus. Mit ihm entstand nämlich in den ölexportierenden Ländern, zu denen Jordanien leider nicht zählt, ein immenser Arbeitskräftebedarf. Immer mehr Jordanier fanden eine gut bezahlte Beschäftigung vor allem in Saudiarabien und in den Golfstaaten und überwiesen in der Folge recht ansehnliche Summen auf ihre jordanischen Konten. (laut amtlichen Statistiken ca. 640 Mio. US$ im Jahr 1980; geschätzte tatsächliche Höhe, incl. des Transfers über private Geldwechsler: 1,2 Mrd. US$ im selben Jahr.[8]). Bald schon überragten die Gastarbeiterüberweisungen die Einnahmen aus dem Güterexport und sie überragen diese noch heute, obgleich sie seit 1987 stark zu fallen begonnen haben. (1986 noch ca. 1,2 Mrd. US$, 1987 nur noch ca. 900 Mio.[9])

Offensichtlich gab es seitens der staatlichen Wirtschaftsplaner Versuche, die Außenabhängigkeit der jordanischen Ökonomie zu reduzieren: In den 70er Jahren begann man, auf eine verstärkte Eigenproduktion von zuvor importierten Gütern zu setzen.[10] Doch wie das mit der Importsubstitutions-Industrialisierung so ist: Sie führt oftmals zu neuen Abhängigkeiten. Noch Ende der 80er Jahre war die jordanische Industrie massiv auf Rohstoffe, Halbfabrikate und Maschinen aus dem Ausland angewiesen.[11]

Über die Möglichkeiten einer Reduzierung der Außenabhängigkeit Jordaniens kann man sich vermutlich streiten. Leicht ist eine solche Reduktion auf keinen Fall — einige harte Fakten stehen ihr entgegen: Jordanien ist extrem rohstoffarm. Außer dem Hauptexportgut Phosphat gibt es keine nennenswerten Rohstoffvorkommen — Öl muß aus den arabischen Nachbarländern eingeführt werden. Von der Gesamtfläche Jordaniens sind knapp 20% überhaupt landwirtschaftlich nutzbar, ein Teil davon nur bei Bewässerung. Gerade jene Flächen, die dem Getreideanbau dienen (östliches Hochland) sind von geringer Durchschnittsproduktivität, weil stark von der schwankenden Niederschlagsmenge abhängig. Und die wertvollsten Ackerbauflächen, nämlich die des Westjordanlandes, gehören seit 1967 nicht mehr zum jordanischen Wirtschaftsraum. An die 2/3 des Gesamtbedarfs an Grundnahrungsmitteln müssen eingeführt werden.[12]

Daß Jordanien trotz seiner extremen Abhängigkeit von Importen, seiner negativen Handelsbilanz (Verhältnis Import — Exporteinnahmen im Jahr 1987 etwa bei 4:1[13]) und seinen hohen Rüstungsausgaben (ca. 40% des Budgets[14]) nicht schon längst in die Verschuldungsfalle geraten ist, hat es seinen arabischen Nachbarländern zu verdanken, die aus politischen Gründen (Jordanien ist Frontstaat) großzügig Hilfsgelder in den jordanischen Staatshaushalt pumpen.



Die ersten Hilfszusagen erfolgten 1967 auf der arabischen Gipfelkonzerenz in Khartum durch Saudiarabien, Lybien und Kuweit, unmittelbar nach dem Sechs-Tage Krieg. Eine solche politisch motivierte Hilfe hat allerdings ihre Haken, und Jordanien bekam diese erstmals 1970/71 zu spüren, als Kuweit und Lybien in Reaktion auf Jordaniens brutales Vorgehen gegen die PLO den Geldhahn zudrehten. 1978, auf dem arabischen Gipfel von Bagdad, machten die ölreichen Länder dann wieder größere Zusagen: Saudiarabien, Kuweit, Vereinigte Arabische Emirate, Quatar, Irak, Lybien und Algerien verpflichteten sich für den Zeitraum 1978-88 zu jährlichen Zahlungen in der Höhe von 1,25 Mrd. US$[15].

Von den insgesamt 12,5 Mrd. sind allerdings bis zum Ende des Hilfszeitraumes (1988) nur 6 Milliarden tatsächlich bezahlt worden — vor allem die Quoten von Lybien und Algerien sind ausgeblieben. Zufall oder nicht: In der Größenordnung der ausgebliebenen Hilfsgelder sind auch die Auslandsschulden, die sich inzwischen angehäuft haben: 6,5 Mrd US$.[16] Da keine neuen Hilfszusagen der arabischen Nachbarn in Sicht waren, wandte sich Jordanien jüngst an den IWF und handelte mit ihm eines der üblichen Sanierungsprogramme aus, das eine Reduktion der Staatsausgaben und eine Erhöhung der Einnahmen beinhaltet. Dazu kommen Umschuldungen und, nach der endgültigen Absegnung des Programms, eine IWF-Anleihe von max. 150 Mio. US$.[17]

Die folgenreichen Preiserhöhungen vom April sind als ein Schritt zur Erhöhung der Staatseinnahmen zu verstehen — die Steuern auf Benzin, Getränke usw. wurden angehoben. Weitere Preiserhöhungen sollen folgen.

Zu welchem Zeitpunkt es Hussein wagen wird, diesen nächsten Schritt zu tun, bleibt abzuwarten. Von der Revolte im April jedenfalls war er immerhin so beeindruckt, daß er prompt Köpfe rollen ließ: Der Ministerpräsident namens Rifai, dem die Wirtschaftsmisere angelastet wird und der in der Bevölkerung als korrupt gilt, mußte gehen — mitsamt seinem Kabinett.[18]

Ob der König durch solche und ähnliche Manöver auch langfristig die Unzufriedenheit der Bevölkerung von sich ableiten kann, ist offen. Die Aprilunruhen jedenfalls erlangten keine für das haschemitische System wirklich gefährliche Dimension.

isar

Anmerkungen und Quellen:

1 Husseins Sicht wird von den meisten Völkerrechtlern nicht geteilt. Es gibt zwar einen Streit unter den Gelehrten um den Status der Westbank, aber für die meisten hat der Rückzug des Königs keinerlei rechtliche Relevanz — ebensowenig übrigens der in Algier Ende 1988 proklamierte Staat Palästina. Völlig unumstritten war der Westbankstatus allerdings auch vor 1988 nicht. Das Kopfzerbrechen der Völkerrechtler wird erst dann ein Ende haben, wenn es einen international anerkannten Staat Palästina auf der Westbank gibt.
2 Süddeutsche 9.8.88, 11.8.88, FR 9.6.88, Zeit 12.8.88
3 Gudrun Krämer: Jordanien, S. 375, 376. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. v. Nohlen/Nuscheler, Band 6, 1983, S. 357-379
4 Süddeutsche, 11.5.89
5 FR 20.4.89, Süddeutsche 20.4.
6 Handelsblatt (HB): 7.9.88, 10.10.88, 18.10.88, 22./23.10.88, 29./30.10.88, 1.11.88, 9.11.88, 21.12.88, 3.1.89, 6.2.89, 14.2.89
7 NZZ 21.4. u. 26.5.89, Süddeutsche 25.4.89, FAZ 21.4.89, 24.4.89
8 Gudrun Krämer (s.o.), S. 374
9 Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai), Jordanien am Jahreswechsel 1988/89, S. 2
10 Gudrun Krämer (s.o.), S. 366
11 HB 21.12.88
12 Gudrun Krämer S. 364, 369, 370. Die Angabe zum Importbedarf stammt leider aus dem Jahr 1980! Zur landwirtschaftlichen Entwicklung gibt es, anders als zur Industrieentwicklung und zu Außenhandel, kaum Material.
13 bfai, Jordanien 88/89, und HB 10.10.88. Genaues Verhältnis: 100:27
14 HB 3.1.89
15 G. Krämer, S. 360, 361, 373, 374
16 Süddeutsche, 11.5.89
17 NZZ 21.4.89
18 Guardian, New York, Ende April 89, Süddeutsche 25.4.89, FR 25.4.89

Weitere Quellen (nicht ganz aktuell):
— The Arab Economies in the 1970s, Merip — Reports, Oct-Dez 1981
— Women in Jordan's Workforce, Merip-Reports March/April 81
— Letter from Jordan, Merip-Reports, Jan. 1980



1989 jährt sich zum zweihundertsten Mal die Französische Revolution. Ein ausgezeichneter Anlaß für die politische Klasse Frankreichs, ihr bekanntes Talent zur glanzvollen Selbstdarstellung einmal mehr unter Beweis zu stellen und ihre Republik als Inbegriff von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" zu feiern, wenn nicht gar als Hüterin der Menschenrechte schlechthin. Ein geeigneter Anlaß aber auch für die „blätter", sich einmal mit dem Nachbarn im Westen zu beschäftigen. Und zwar — wie es bei uns guter Brauch ist — mit einer seiner weniger glanzvollen Seiten, nämlich seinen Beziehungen zur Dritten Welt. Tatsächlich handelt es sich hier um einen Bereich, in dem nur wenig an Frankreichs revolutionäre Vergangenheit erinnert, dafür aber umso mehr an seine einstige Rolle als der Welt zweitgrößte Kolonialmacht.

Vorbemerkung

Der zu Beginn des Themenblocks stehende Artikel von Stefan Brüne über die französische Afrikapolitik bringt das klar zum Ausdruck. Denn durch die ehrgeizige und mitunter auch recht machtbewußte Afrikapolitik ist es Frankreich — anders als Großbritannien — gelungen, seine „traditionelle Einflußsphäre" auch unter nachkolonialen Bedingungen zu behaupten: die Bindungen zwischen dem ehemaligen „Mutterland" und jenen afrikanischen Staaten, die aus dem ehemaligen französischen Kolonialbesitz hervorgegangen sind, bleiben unverändert eng, stabil und „privilegiert". Zwischen der Pariser Metropole und dem französischsprachigen Afrika spannt sich ein engmaschiges Netz wirtschaftlicher, politischer und militärischer Beziehungen und Abhängigkeiten. Frankreich hat sich in West- und Zentralafrika eine territoriale Einflußzone erhalten, die auf absehbare Zeit Bestand haben und Schwerpunktregion der französischen Südpolitik bleiben dürfte.

Daß „Einflußzone" dabei nicht nur politisch, wirtschaflich und militärisch zu verstehen ist, sondern auch kulturell, zeigt der Artikel von Karim Traoré über die französische Sprachpolitik in Afrika: Sprachvermittlung nicht nur als Bereitstellung eines neutralen, übernationalen Kommunikationsinstruments, sondern vor allem auch als Vehikel einer ganz bestimmten Konzeption von Normen und kulturellen Wertmustern auf Kosten einer Weiterentwicklung der afrikanischen Sprachen. Karim Traoré weiß zu diesem Thema nicht nur einiges als Sprachwissenschaftler zu sagen, sondern auch aus eigener Erfahrung — er stammt aus Burkina Faso.

Frankreichs Ehrgeiz, die Rolle der „kleinen" Großmacht zu spielen, geht indessen über Afrika hinaus. Zumindest ist es weltweit das einzige Land, das auch heute noch in fast allen Kontinenten über — wenn auch nur kleine — „Besitzungen und Territorien" verfügt: St. Pierre und Miquelon in Nordamerika, Guadeloupe und Martinique in der Karibik, Guayana in Südamerika, Mayotte und Réunion vor der Ostküste Afrikas, die Kerguelen in der Antarktis, Neukaledonien, Wallis und Futuna sowie „Französisch"-Polynesien im Pazifik. Am Beispiel Guadeloupes versucht Norbert Stamm die Frage zu beantworten, welchen Nutzen Frankreich aus diesen „Confetti del'Empire" zieht, und welche Erfolgsaussichten den dortigen Unabhängigkeitsbewegungen einzuräumen sind.

„Frankreich und die Dritte Welt" — das bedeutet natürlich auch „Die Dritte Welt in Frankreich". Hierzu — genau: zur französischen Ausländerpolitik — schließlich noch ein Beitrag von Beate Ziegler. Er zeigt, daß die offenen Arme, mit denen Frankreich die Fremden aus aller Welt willkommen heißt, ein Mythos sind und waren: auch „Marianne" ist, wenn es darauf ankommt, das Hemd näher als die Jacke...

Zum Schluß, der Vollständigkeit halber, noch einige Worte zu dem, was wir in diesem Heft (noch) nicht behandeln konnten: Frankreichs Militär- und Rüstungspolitik und sein Verhältnis zur kolonialen Vergangenheit. Denn Frankreich ist heute einer der größten Waffenlieferanten der Dritten Welt, und was die Aufarbeitung der Kolonialzeit mit allen ihren Greueln und Massakern war, so hat hier — besonders was den Algerienkrieg betrifft — ein kollektiver Verdrängungsprozeß stattgefunden, der sich nur schlecht mit dem Anspruch verträgt, die Heimstätte der Menschenrechte zu sein.

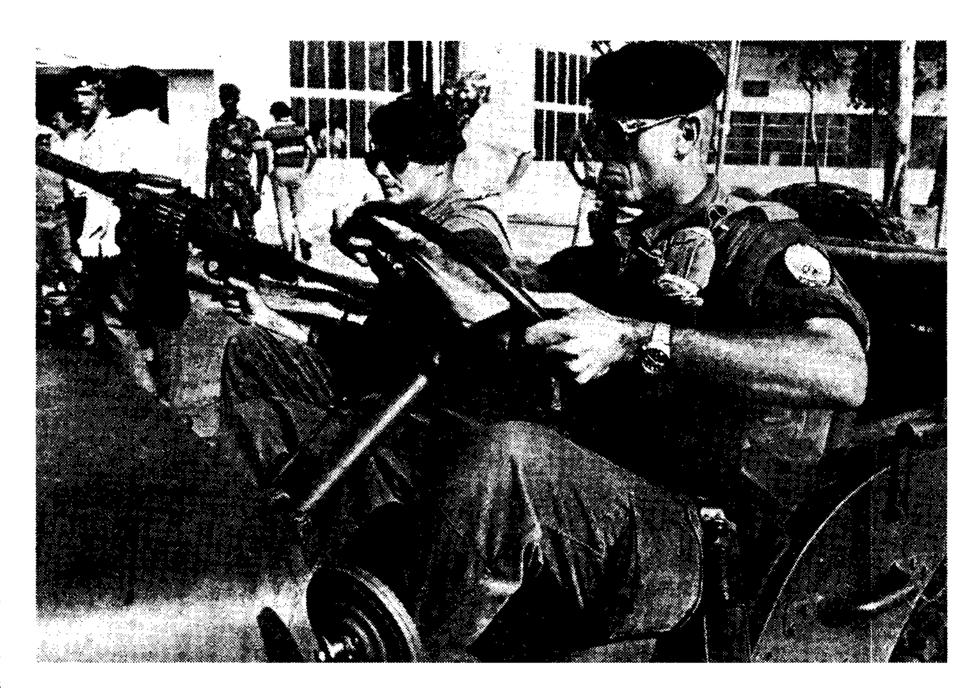
Vive l'Empire!

Frankreich in Afrika

„Frankreich kann nur große Ambitionen haben"
Maurice Druon, Schriftsteller, Mitglied der Akademie Française

Ob Präsident Mobutu seine Concorde zu Vorzugspreisen least, ob Kairos Vorstadtbewohner die „Metro" besteigen, ob dem staunenden Tuareg vorgeführt wird, wieviel Staub ein Werks-Peugeot in der Wüste aufwirbeln kann[1] oder ob der Portier des Hotels Méridien in Dakar seine tägliche Baguette in Francs-CFA bezahlt: Frankreich ist in Afrika nach wie vor unübersehbar präsent.

„Algerien ist Frankreich. Von Flandern bis zum Kongo gibt es nur ein Gesetz, nur eine Nation, ein Parlament. So will es die Verfassung, so wollen wir es. (...) Die einzige Verhandlung ist der Krieg." Die Zeiten, in denen französische Politiker sich derart unverblümt kolonialistisch gaben - hier François Mitterand mit einem Zitat aus den frühen fünfziger Jahren -, sind lange vorbei. Bald drei Jahrzehnte ist es her, seit Frankreich die meisten seiner afrikanischen Kolonien gerade noch rechtzeitig und vergleichsweise elegant in die völkerrechtliche Unabhängigkeit entließ. Seither hat es die französische Politik, anders als die britische, auch unter postkolonialen Bedingungen verstanden, die „traditionellen" Interessen der Grande Nation in Afrika zu wahren.



Dank einer ambitionierten und entschieden machtbewußten Hegemonialpolitik verbindet Frankreich und seine afrikanischen Klientelstaaten bis heute ein weitverzweigtes, engmaschiges und sorgsam gepflegtes Netz „privilegierter" Beziehungen und Abhängigkeiten. Die französische Südpolitik ist vor allem Afrikapolitik. Dem französischen Präsidenten, dem die Verfassung bei seinen afrikapolitischen Entscheidungen weitgehend freie Hand läßt, ist ein spezieller Afrikaberater zugeordnet, und ein Großteil der französischen Entwicklungshilfe wird von einem eigens für das frankophone Afrika zuständigen Ministerium, dem Ministère de la Cooperation, abgewickelt. 1985 waren 54% der bilateralen französischen Entwicklungshilfe für das subsaharische Afrika und weitere 12% für die Maghrebstaaten bestimmt. Nach dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola wird Frankreich in Afrika über das größte raumfremde Truppenkontingent verfügen. Als Hauptwaffenlieferant seiner früheren Kolonien - etwa 4% der französischen Rüstungsproduktion sind für das subsaharische Afrika bestimmt - hat Frankreich mit 17 frankophonen Staaten Militärhilfe- bzw. Verteidigungsabkommen geschlossen. Auch nach dem Aufbau einer für den Überseeinsatz ausgebildeten schnellen Eingreiftruppe, der „Force d'Action Rapide" unterhält Frankreich in Afrika ständige Militärstützpunkte. Im Senegal, in der Elfenbeinküste, in Gabun, Djibouti, der Zentralafrikanischen Republik, im Tschad, auf Mayotte und im Départment Réunion tun über 10000 französische Soldaten Dienst. Französische Offiziere beraten 26 afrikanische Regierungen.

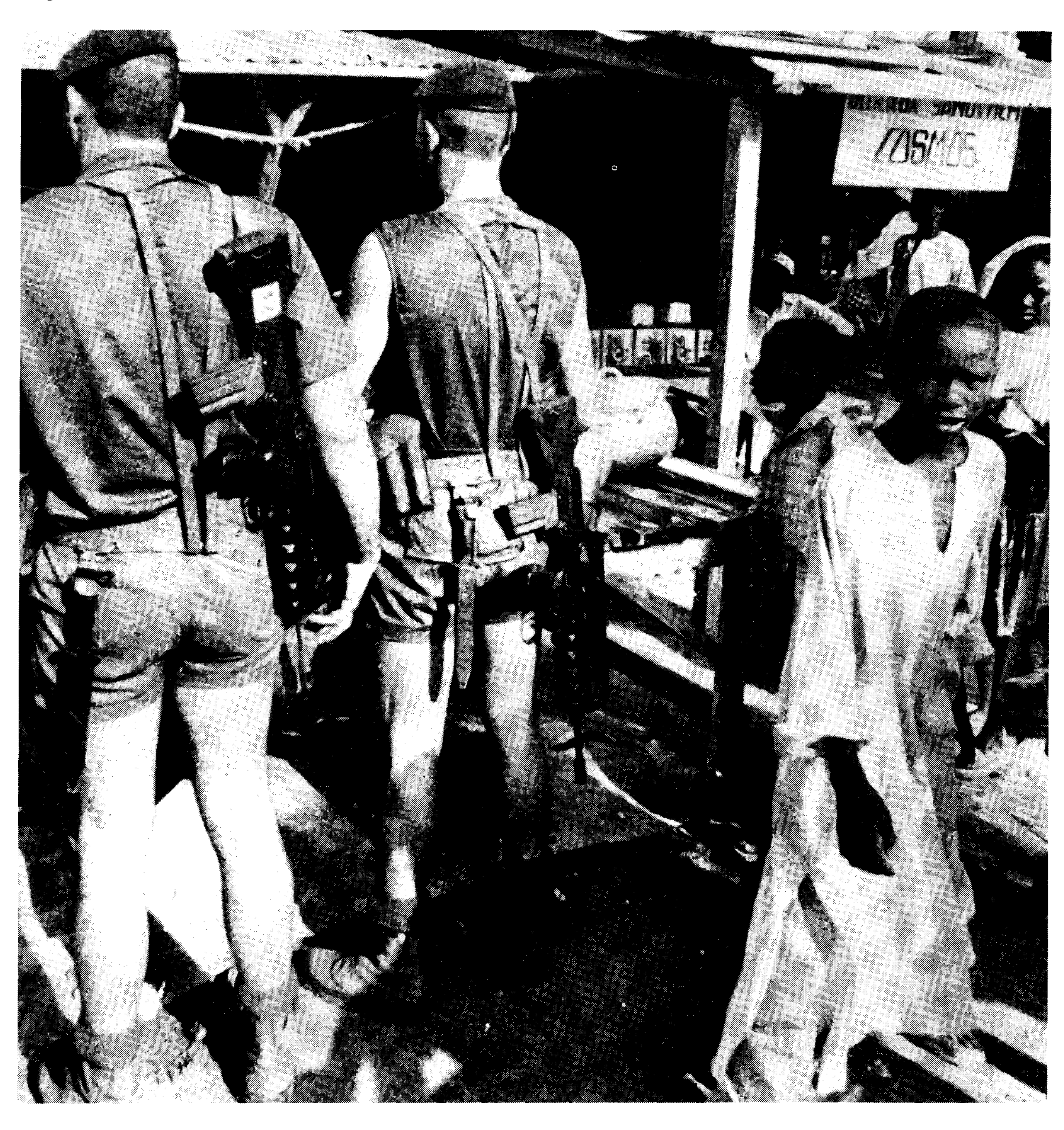
Der Pflege enger politischer Beziehungen dienen die jährlichen „Familienfeste", franko-afrikanische Gipfeltreffen, die seit 1973 alternierend in Frankreich und in einem afrikanischen Land stattfinden und an denen zunehmend auch nicht-frankophone Länder[2] teilnehmen. „La France du XXI siècle sera africaine ou ne sera pas" - dreißig Jahre nach dem Ende der Kolonialzeit sieht es so aus, als ob François Mitterrand mit seiner Prognose aus dem Jahre 1953 Recht behalten sollte[3].

Im Mittelpunkt des französischen Afrikainteresses steht nach wie die „frankophone" Region südlich der Sahara. Als bevorzugte Partner Frankreichs dürfen die Länder des „champs"[4] und der „erweiterten Frankophonie"[5] mit einer gezielten „Hilfspolitik" rechnen. Formal durch zum Teil geheim gehaltene Kooperationsverträge legitimiert, behauptet Frankreich im subsaharischen Afrika Einflußmöglichkeiten, die sich mit den Souveränitätsansprüchen afrikanischer Regierungen nur schwer in Einklang bringen lassen. Es dürfte schwer sein, gegenwärtig eine andere Weltregion auszumachen, in der die Präsenz und der entwicklungsprägende Einfluß einer früheren Kolonialmacht so beiläufig und selbstverständlich hingenommen werden wie in West- und Zentralafrika. Hier leben die meisten der über 200000 in Afrika ansässigen Franzosen. Hier tragen rd. 12000, überwiegend im Bildungswesen beschäftigte „cooperants" zur Verbreitung französischer Kultur und Lebensart bei.

Hier hat Frankreich seit der Unabhängigkeit 18 mal militärisch interventiert.

Hier ist die D.G.S.E.[6] ein Begriff und zumindest ein französischer Berater so einflußreich, daß er nicht glaubt, auf ein ständig startbereites Fluchtflugzeug verzichten zu können. Hier dominieren französische Unternehmen die nationalen Märkte und kontrollieren einen Großteil des Außenhandels. Hier sprechen die Eliten Französisch, und hier orientiert sich das Bildungs-, Rechts- und Verwaltungssystem an französischen Vorbildern. Und hier hat Frankreich, das den afrikanischen Mitgliedsstaaten der Franc-Zone (siehe Karte) eine feste Währungsparität garantiert, nach wie vor alle Möglichkeiten, die Geld- und Finanzpolitik der Region maßgeblich zu beeinflussen. Der französischen Politik ist es gelungen, in West- und Zentralafrika eine territoriale Einflußzone zu behaupten, die auf absehbare Zeit Bestand haben und Schwerpunktregion der französischen Südpolitik bleiben dürfte.

Die französische Afrikapolitik beeindruckt durch eine bemerkenswerte Kontinuität und stützt sich auf einen breiten innenpolitischen Konsens. Das von de Gaulle in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren entwickelte Konzept, das die Politik der „Cooperation" eng an die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen des französischen Staates bindet, hat in seinen Grundzügen bis in die Gegenwart überdauert. Es gründete maßgeblich in dem zunächst durchaus antiamerikanischen Ehrgeiz, Frankreichs Status einer politisch und militärisch unabhängigen Macht aufrechtzuerhalten. Der entschlossene Protektionismus, mit dem Frankreich seine afrikanischen Klientelstaaten politisch, militärisch und wirtschaftlich abzuschirmen suchte, war nicht zuletzt Ausdruck des Versuchs, sich trotz begrenzter Mittel neben den USA und der UdSSR als eigenständiger Machtfaktor zu behaupten. An dem von nationalen Interessen geprägten Grundmuster französischer Afrika- und Entwicklungspolitik vermochte auch die Präsidentschaft François Mitterrands wenig zu ändern. Die programmatischen Ankündigungen der sozialistischen Partei,den „Merkantilismus", den „Interventionismus" und die „Eitelkeit" Giscardischer Po-



litik durch eine stärker an entwicklungspolitischen Zielen und sozialem Ausgleich orientierte Politik zu überwinden, haben sich schnell in eine Realpolitik aufgelöst, in deren Mittelpunkt die traditionellen außenwirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Frankreichs stehen. Dem Bemühen Jean Pierre Cots, des ersten sozialistischen Entwicklungshilfeministers, die französische Dritte-Welt-Politik stärker an sozialen und entwicklungspolitischen Zielen zu orientieren, war wenig Erfolg beschieden. Proteste konservativer afrikanischer Regierungen (Gabun!) und der hinhaltende Widerstand der Entwicklungshilfeadministration zwangen den als „Tiersmondisten" geltenden Politiker nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt zur Demission. Deutlich wurde die Kluft zwischen den programmatischen Ansprüchen der sozialistischen Partei und ihrer Regierungspolitik auch im südlichen Afrika: Obwohl Frankreich erkennbar um bessere Beziehungen zu den Frontstaaten bemüht war und ein vollständiges Waffenembargo gegen Südafrika verhängte[7], blieb der angekündigte Bruch mit dem südafrikanischen Regime aus. Auch unter Mitterrand setzte Frankreich, das maßgeblich zum Aufbau der südafrikanischen Rüstungsindustrie beigetragen hat und Kohle und Uran aus Südafrika bezieht, seine atomwirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Apartheitsregime fort[8]. Den spontanen Freudenskundgebungen, die der Wahlsieg Mitterrands 1981 in Bangui und Kinshasa ausgelöst hatte, folgte Ernüchterung. Acht Jahre nach dem Amtsantritt des sozialistischen Präsidenten besteht quer durch alle politischen Lager Einigkeit darüber, daß der erwartete - und von einigen befürchtete - Richtungswechsel der französischen Afrikapolitik ausgeblieben ist. Der vielleicht wichtigste Unterschied zwischen der „rechten" und „linken" Afrikapolitik besteht darin, daß die Sozialistische Partei die Kluft zwischen Entwicklungsanspruch und Staatsräson öffentlich anspricht[9] - um sich im Zweifelsfall für die letztere zu entscheiden.

Wie erklärt sich die von ideologischen Präferenzen und der parteipolitischen Zusammensetzung einzelner Regierungen weitgehend unabhängige Kontiuität der französischen Afrikapolitik? Warum betrachten französische Regierungen das frankophone Afrika weiterhin als „chasse gardée" als postkoloniales Jagdgebiet? Warum zählt es - so eine kürzlich beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik erschienene Studie[10] - nach wie vor zu den wichtigsten Zielen der französischen Außenpolitik, die „zivilisatorische und kulturelle Dominanz" der Grande Nation in der Region aufrechtzuerhalten? Was sind die Motive und Ziele einer Hegemonialpolitik, der nicht nur ihre Kritiker „neokoloniale" Züge bescheinigen und die die französische Diplomatie wiederholt in einen Gegensatz zum Entkolonialisierungskomitee der Vereinten Nationen gebracht hat?

Geopolitische und ökonomische Motive?

Auf der Suche nach den wichtigsten Gründen für Frankreichs anhaltendes Afrikainteresse wird immer wieder auf wirtschaftliche Motive verwiesen. Insbesondere dependenztheoretisch inspirierte Autoren haben in den ökonomischen Vorteilen, die Frankreich angesichts seiner Macht- und Entwicklungsvorteile aus der „Zusammenarbeit" mit seinen afrikanischen „Partnern" zieht, den entscheidenden Grund für die Kontinuität des französischen Afrikaengagements gesehen. Ein Blick in die Statistik macht deutlich, daß diese Argumentation - zumindest in ihrer grob ökonomischen Form - Gefahr läuft, die Zusammenhänge unzulässig zu vereinfachen. Obwohl Frankreich weiterhin wichtige strategische Rohstoffe (Öl, Mangan, Kobalt, Uran) aus seinen ehemaligen Kolonien bezieht, sollte deren Bedeutung für die französische Wirtschaft nicht überschätzt werden. Nach seinem EG-Beitritt mußte Frankreich den auf den zweiten Weltkrieg zurückgehenden Versuch, einen das „Mutterland" und seine Überseegebiete umfassenden autarken und protektionistisch abgeschirmten Wirtschaftsgroßraum zu schaffen, aufgeben. Obwohl Paris seine EG-Mitgliedschaft - sehr zum Mißfallen der Bunderegierung - von der Assoziierung seiner afrikanischen Besitzungen abhängig machte, ist die Bedeutung des „traditionellen Afrika" für die französische Wirtschaft seit den fünfziger Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 1983 war das Volumen des französischen Außenhandels mit Belgien und Luxemburg bereits doppelt so hoch wie mit den Ländern der Franc-Zone.Zwar erzielte Frankreich im Handel mit seinen ehemaligen Kolonien nach wie vor beträchtliche Überschüsse - das frankophone Afrika bezieht immer noch rd. ein Drittel seiner Importe aus Frankreich[11] -, aber steigende Exporte in wirtschaftlich lukrativere Länder wie Nigeria, Zaire und Südafrika unterstreichen den zunehmenden Bedeutungsverlust der ehemaligen Kolonien. Im Gefolge der afrikanischen Krise hat sich das französische Privatkapital - 1975 flossen noch rd. zwei Drittel der französischen Privatinvestitionen nach Afrika - zunehmend aus Afrika zurückgezogen. Zu Beginn der achtziger Jahre investierten französische Unternehmen in ihre 1500 afrikanische Niederlassungen jährlich noch etwa 850 Mio. $; 1987 waren es nur noch 170 Mio $. Der Exodus französischer Firmen dürfte anhalten: Eine kürzlich erschienene Studie der französischen Wirtschaft geht davon aus, daß sich in den kommenden Jahren über 1000 französische Klein- und Mittelbetriebe aus Afrika zurückziehen werden. „Keine Nation kann es sich leisten, Maschinen oder andere Produktionsmittel in Ländern aufzustellen, deren Pro-Kopf-Einkommen in den letzten fünf Jahren um 42% gesunken ist", erklären die Investoren ihren Rückzug[12]. Seit 1984 hat sich der Anteil Afrikas am französischen Außenhandel halbiert. 1987 stammten nur noch 5,6% der französischen Importe aus Afrika, und nur 7,9% der Ausfuhren waren für unseren Nachbarkontinent bestimmt.

Trotz des krisenbedingten Rückgangs des franko-afrikanischen Handels bieten die afrikanischen Märkte einzelnen Branchen der französischen Industrie nach wie vor einträgliche Absatzmöglichkeiten. 1986 war ein Großteil der pharmazeutischen (38%) und Nahrungsmittelausfuhren (Mehl 44%, Zucker 22%) für Afrika bestimmt, und das französische Baugewerbe konnte dort 42% seiner Exporte realisieren[13].

Die Interessen der Exportwirtschaft haben auch die französische Entwicklungspolitik beeinflußt. Spätestens seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre überwiegen bei der Allokation von Entwicklungshilfegeldern handelspolitische Interessen[14]. Die chronisch defizitäre Außenhandelsbilanz, Frankreichs Abhängigkeit von Rohstoffimporten und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft gaben im Gefolge der Ölkrise gute Argumente für eine „Vernunftehe" zwischen Entwicklungshilfe und Exportförderung ab. Es war Jean-Pierre Cot, der die Formel prägte: „1 FF d'aide entraîne 6 FF d'exportations."[15] Einer der Hauptnutznießer dieser „Vernunftehe" ist die Thomson C.S.F., der französische Siemens-Konzern. Ob es sich um die zwischen Valéry Giscard d'Estaing und Mobutu direkt vereinbarte Lieferung teurer und wenig erprobter Informationstechnologien für die „Stimme Zaires" handelte oder um die Einführung des französischen Farbfernsehsystems SECAM in Burundi: es darf bezweifelt werden, ob diese Art von Entwicklungsgeschäften den afrikanischen Bauern mehr nützte als der französischen Wirtschaft.

Es ist kein Zufall, daß die vor allem von Giscard forcierte Exportpolitik um jeden Preis für den Militär- und Rüstungsbereich nur mit Abstrichen gilt. Daß nur 3-4% der französischen Waffenexporte in das subsaharische Afrika gehen, hängt nicht nur mit der geringen Wirtschaftskraft der Region zusammen. Auch Kritiker der französischen Militärpolitik müssen einräumen, daß die Streitkräfte der frankophonen Länder verhältnismäßig klein sind, und die Militärausgaben, gemessen am afrikanischen Durchschnitt, eher niedrig liegen. Frank-

reichs Militärpolitik in Afrika war bislang vor allem von geopolitischen Überlegungen bestimmt. Um den französischen Einfluß zu sichern, hatte der französische Generalstab nach der Unabhängigkeit eine Militärhilfepolitik verfolgt, deren Ziel es sein sollte, die französischen Kolonialtruppen durch kleine und nur leicht ausgerüstete Streitkräfte zu ersetzen. Obwohl einzelne Länder Mirage-Flugzeuge (Zaire) und Alpha-Jets (Gabun) erhielten, betrieb man keine Waffenexportpolitik um jeden Preis. Französische Militärberater neigten lange dazu, den Wert existierender Militäreinrichtungen hervorzuheben und trotz der hohen Exportabhängigkeit der französischen Rüstungsindustrie, von dem Einkauf teurer und technisch fortgeschrittener militärischer Hardware abzuraten.[16]

Zusammen mit dem zielstrebigen Aufbau der schnellen Eingreiftruppe hat diese restriktive Exportpolitik Frankreich seinen afrikanischen „Partnern" gegenüber eine unangefochtene militärische Überlegenheit verschafft. Im unabhängigen Afrika hat denn auch keine andere raumfremde Macht so häufig ihre Truppen eingesetzt - sei es offen, sei es verdeckt[17] - wie der „Gendarm Afrikas" (siehe Tabelle auf Seite 26). Obwohl die direkte französische Militärpräsenz seit der Unabhängigkeit deutlich zurückgegangen ist - 1960 waren noch 60.000 französische Soldaten in Afrika stationiert -, verfügt Frankreich nach wie vor über beachtliche Interventionskapazitäten.

Für den Überseeinsatz steht die 47.000 Soldaten umfassende „Force d'action rapide" zur Verfügung, in der im Unterschied zu der früheren, 23.000 Mann starken „Force d'intervention" nur noch Berufssoldaten Dienst tun.[18].

Einerseits deutet Frankreichs andauernde Interventionsbereitschaft und das extensive Netzwerk regulärer militärischer Kooperation (Militärhilfeabkommen, gemeinsame Manöver, Ausbildung afrikanischer Militärs etc.) darauf hin, daß die französische Außenpolitik Afrika weiterhin als Symbol nutzt, um die globale Rolle der Miniaturgroßmacht Frankreich zu unterstreichen. Es entspricht dem Wunsch und dem nationalen Bewußtsein vieler Franzosen, ihren Staat in internationalen Angelegenheiten als bedeutenden Machtfaktor zu sehen.

Andererseits verweisen die kostspieligen Militäroperationen aber auch auf ein grundlegendes Dilemma der Pariser Afrikapolitik. Als ehemalige Kolonialmacht war Frankreich lange bestrebt, eine **territorial definierte Einflußzone** aufrechtzuerhalten. Dabei entstehen politische und militärische Kosten, die die Möglichkeiten eines Landes übersteigen, und die bei einer rein wirtschaftlichen, von kurzfristigen Rentabilitätsgesichtspunkten bestimmten **sektoralen Erschließungsstrategie** (Japan, BRD) nicht anfallen würden. Die meisten Länder der Europäischen Gemeinschaft stehen einem verstärkten politischen und militärischen Engagement im subsaharischen Afrika nicht zuletzt deshalb skeptisch gegenüber, weil sie sich von der politischen Distanz zu manchem Regime langfristig bessere Möglichkeiten zur Wahrung ihrer ökonomischen Interessen versprechen. Auch in der französischen Öffentlichkeit wird zunehmend diskutiert, wie die französische Politik auf die wachsende Bedeutung transnationaler Wirtschaftsverflechtungen und dem damit einhergehenden Verlust einzelstaatlicher und regierungspolitischer Durchsetzungsmacht reagieren soll. Ein kürzlich in „Le Monde"[19] erschienener Leitartikel gibt allerdings zu bedenken, daß das subsaharische Afrika in nicht allzuferner Zeit die letzte Entwicklungsregion der Welt sein wird. Warum, so fragt „Le Monde", sollte sich Frankreich diese Chance entgehen lassen?

Stefan Brüne

Staaten, mit denen Frankreich Militärhilfe- und Beratungsverträge abgeschlossen hat. (Stand 1.1.84) Abgesehen von Burundi, Mauretanien, Madagaskar, Ruanda und Zaire gehören diese Staaten auch der Franc-Zone an.

Anmerkungen

1 bei der Rallye Paris-Dakar, die jährlich stattfindet, regelmäßig Menschenleben kostet und erhebliche Umweltschäden verursacht.
2 In jüngster Zeit haben u.a. Ägypten, Angola, Liberia, Mozambique, Tanzania, Zambia, Zimbabwe teilgenommen bzw. Beobachter entsandt.
3 François Mitterrand war 1950/51, gerade dreißigjährig, als Überseeminister für das subsaharische Afrika, die Komoren, Ozeanien und Saint-Pierre-et-Miquelon zuständig. Zitat nach: Biarnés, Pierre: Les Français en Afrique Noire de Richelieu à Mitterrand. Paris 1987
4 Zu den Ländern des „champs" zählen jene Staaten, die aus Französisch-Westafrika, Französisch-Äquatorialafrika und den ehemaligen französischen Besitzungen in und am Indischen Ozean hervorgegangen sind.
5 die ehemals belgisch verwalteten Gebiete Zaire, Burundi und Ruanda.
6 Direction générale de la sécurité extérieure
7 Frankreich war 1963 während der UN-Debatte der Abstimmung über ein Waffenembargo ferngeblieben.
8 1976 hatte das französische Konsortium Framatome-S.P.I.E.-Batignolles- Alsthom den Auftrag für den Bau des ersten südafrikanischen Kernkraftwerkes erhalten.
9 vgl. Le Pensec, Louis (Hg.): Vingt questions sur l'Afrique. Des socialistes répondent. Paris 1988. S. 11
10 vgl. Claus, Burghard: Frankreichs Entwicklungspolitik. Berlin 1986. S. 2
11 Jeune Afrique économie Nr. 110, S. 109
12 Entwicklung und Zusammenarbeit 1989 Nr. 2. S. 20
13 Jeune Afrique économie 1989 No. 2, S. 110
14 vgl. Schoof, Peter: Die bilaterale Entwicklungshilfe und ihre Verteilungskriterien. Eine politikwissenschaftlich-statistische Aggregatdatenanalyse zur regionalen Entwicklungshilfevergabe der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1960-1980. Frankfurt am Main/Bern/New York 1985
15 Sinngemäß: Ein im Rahmen der Entwicklungshilfe verausgabter Franc ist für Exporte in Höhe von sechs Francs gut. Zitat nach: Jeune Afrique économie 1988 Nr. 110, S. 119
16 Luckham, Robin: Französischer Militarismus in Afrika. In: Miltärpolitik Dokumentation. 9. Jahrg., Heft 43/44, S. 56
17 Nach Abschluß eines Technischen Militärhilfeabkommens mit Zaire und Geheimabsprachen zwischen dem zairischen Präsidenten, der S.D.E.C.E., der CIA und südafrikanischen Diensten beteiligte sich Frankreich auch an Versuchen, die MPLA-Regierung in Angola zu destabilisieren.
18 Seither ist es dem französischen Präsidenten möglich, militärische Interventionen ohne vorherige Konsultation der Assemblée nationale anzuordnen. Nach französischem Recht dürfen Soldaten, die ihre Wehrpflicht absolvieren, nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung des Parlaments im Ausland eingesetzt werden.
19 Le Monde vom 18.3.1989

Die militärische Präsenz Frankreichs in Afrika

Anfang der achtziger Jahre waren im subsaharischen Afrika insgesamt etwa 11.000 französische Soldaten stationiert: ca. 1.000 Militärberater („conseillers militaires“) und ca. 10.000 Mann eigentliche Stationierungstruppen.

	Stationierungstruppen (1984)	Militärberater (1980)
Djibouti	3500	158
Gabun	500	132
Elfenbeinküste	500	111
Senegal	1200	40
Kamerun	60	75
Zentralafrikanische Republik	1100	32
Togo	–	71
Tschad	3000	81
Mauretanien	–	44
Niger	–	63
Obervolta	–	18
Kongo	–	8
Madagaskar	–	7
Mali	–	5
Burundi	–	17
Ruanda	–	8
Zaire	–	128

Wie die Tabelle zeigt, konzentriert sich die französische Militärpräsenz vor allem auf die Länder Senegal, Djibouti, Elfenbeinküste und Gabun. Hier befinden sich nicht nur die stärksten Truppenkontingente, sondern auch die vier ständigen Militärbasen, über die Frankreich in Afrika verfügt. (Die auf den Tschad-Konflikt zurückgehende Stationierung von Soldaten und Flugzeugen im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik gilt offiziell nur als temporär — auch wenn sie teilweise schon zehn Jahre andauert).

Die militärische Bedeutung dieser Stützpunkte ist unterschiedlich groß. Während Dakar (Senegal) und Djibouti — im äußersten Westen bzw. Osten des Kontinents gelegen und mit gut ausgebauten Häfen und Flugplätzen versehen — gewissermaßen die strategischen Eckpfeiler bilden, spielen Port Bouet (Elfenbeinküste) und Libreville (Gabun) eher nur eine ergänzende Rolle.

Der Zweck der französischen Truppen in Afrika besteht letztlich darin, „befreundeten“ Regierungschefs im Falle einer äußeren oder inneren Bedrohung „beizustehen“. Und zwar indem sie entweder unmittelbar selbst eingreifen, oder indem sie — im Falle einer größeren „Krise“ — den Einsatz der aus Frankreich kommenden Interventionstruppen logistisch vorbereiten und ansonsten bis zu deren Eintreffen die „Stellung halten“.

Die juristische Grundlage für die Anwesenheit französischer Truppen in Afrika bilden bilaterale Verträge zwischen Frankreich und der jeweiligen afrikanischen Regierung. Es gibt zwei Arten von Verträgen, die „convention d'assistance militaire technique“ (technische Militärhilfe und -beratung) und den „accord de défense“ (militärischer Beistandsvertrag). Nur der letztere verpflichtet Frankreich zu der erwähnten Hilfestellung im Krisenfall. Militärhilfeverträge wurden praktisch mit allen französischsprachigen Ländern Schwarzafrikas abgeschlossen (siehe Karte), zusätzliche Beistandsverträge aber nur mit Djibouti, Kamerun, Gabun, der Elfenbeinküste, der Zentralafrikanischen Republik, dem Senegal und dem Tschad (Stand vom 1.1.1984).

Seit der Unabhängigkeit hat Frankreich ungefähr zwanzigmal militärisch in Afrika interveniert:

Kamerun	1959-64	Niederschlagung der bewaffneten UPC-Rebellion
Senegal	1962	Verhinderung eines Staatsstreichs
Kongo	1960 1962	Niederschlagung von Aufständen
Gabun	1960 1962	Niederschlagung von Aufständen
	1964	Verhinderung eines Staatsstreichs
Tschad	1960-62	Niederschlagung von Aufständen
	1968-75 1977-80	Bekämpfung der FROLINAT
	1983	Unterstützung der Regierung Habre gegen Libyen (Opération Manta)
	1986	Erneute Unterstützung der Regierung Habre (Opération Epervier)
Mauretanien	1961	Niederschlagung von Aufständen
	1977-78	Unterstützung der Regierung gegen die POLISARIO
Djibouti	1976-77	Unterstützung der Regierung gegen somalische Unterwanderung
Zaire	1977 1978	Niederschlagung der Shaba-Rebellionen
Zentralafr. Republik	1979	Absetzung von „Kaiser“ Bokassa (Opération Barracuda)

Es wäre allerdings naiv zu glauben, daß ein Beistandsvertrag eine Sicherheitsgarantie darstellen würde, die in jedem Fall gilt. Denn natürlich geht es Frankreich in erster Linie nicht um das politische Überleben afrikanischer Staatschefs, sondern um die Wahrung der eigenen Interessen. So griff Frankreich 1974 im Niger trotz zu dieser Zeit bestehender Abmachungen nicht ein, als putschende Offiziere den damaligen Präsidenten Diori Hamani stürzten. Der Grund für diese Zurückhaltung: Diori Hamani hatte sich einige Monate zuvor geweigert, den Preis zu akzeptieren, den die französische Regierung für das nigrische Uran angeboten hatte. Eine ähnliche Erfahrung mußte fünf Jahre später auch „Kaiser“ Bokassa in Zentralafrika machen. In diesem Fall war es sogar die „Schutzmacht“ Frankreich selbst, die den Staatsstreich inszeniert hatte, durch den der lange Zeit hofierte, dann aber lästig gewordene Bokassa abgesetzt wurde.

Neben Militärberatung, Truppenstationierung und Beistandsverträgen erfolgt die militärische Anbindung des französischsprachigen Schwarzafrika an Frankreich auch noch durch die Ausbildung afrikanischer Offiziere und Unteroffiziere im „Mutterland“ (allein 1961-1973 ca. 13.000), die Durchführung großangelegter frankoafrikanischer Manöver (vor allem mit der Elfenbeinküste, dem Senegal und Zaire) und natürlich durch die Lieferung von Waffen.

Frankreichs Waffenlieferungen nach Schwarzafrika sind gemessen am gesamten französischen Waffenexport zwar gering (unter 4 % — siehe den Artikel von Stefan Brüne), doch, wie die folgende Tabelle zeigt, sehr bedeutend, wenn man sie auf die einzelnen Empfängerländer bezieht. Für viele afrikanische Staaten ist Frankreich nämlich der alleinige, zumindest aber der dominierende Waffenlieferant.

fbt

Anteil der 1980 aus Frankreich bezogenen Waffen am gesamten Waffenimport in Prozent

Djibouti	76,6
Gabun	52,7
Elfenbeinküste	57,4
Senegal	97,0
Zentralafrikanische Republik	98,1
Togo	56,9
Tschad	98,4
Ruanda	71,6
Zaire	68,0

Frankophonie

Was zu Kolonialzeiten noch unter „französischer Kultur" lief oder als „mission civilisatrice" propagiert wurde, ist seit der formellen Unabhängigkeit der französischen Kolonialgebiete in Afrika in das Konzept der „Frankophonie" verpackt: der Machtanspruch Frankreichs.

Ursprünglich bezeichnet „Frankophonie" alle Gebiete, in denen Französisch als Amts-, Verwaltungs- oder Verkehrssprache vorgeschrieben bzw. benutzt wird. Diese Verbreitung der französischen Sprache ist Resultat und Indikator einer seit dem 17. Jahrhundert betriebenen Kolonialpolitik. Sie dient nun als Basis der neokolonialen Einflußnahme.

Denn seit den sechziger Jahren verbirgt sich hinter dem sprachpolitischen Begriff der „Frankophonie" die neue, derzeit verfolgte Strategie des französischen Staates und der französischen Wirtschaft, „privilegierte Beziehungen zwischen der ehemaligen Metropole und den einstigen Kolonien herzustellen, um damit auch nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems den machtpolitischen Einfluß der ehemaligen Kolonialmacht zu erhalten."[1] Gegner ist dabei der anglophone, d.h. us-amerikanische Einfluß.

Waren im Jahrzehnt nach dem nominellen Verlust der Kolonien in Indochina und Afrika erst noch konzeptionelle Überlegungen notwendig, begann ab 1970 die breite Institutionalisierung der Frankophoniepolitik: im gleichen Jahr wurde die „Agentur für kulturelle und technische Kooperation (frankophoner Länder)", abgekürzt ACCT, gegründet, die durch Kulturaustausch und Ausbildungseinrichtungen die Zusammenarbeit der 28 Mitgliedsstaaten fördert. Seit 1974 koordiniert ein „Interministerielles Komitee für Frankophonieangelegenheiten" die Entscheidungen der einzelnen Ministerien, 1975 erhielt auch das Außenministerium eine besondere „Abteilung für Frankophonieangelegenheiten". Mittlerweile sind um die 100 Organisationen im Rahmen des Frankophoniekonzepts tätig.

In den achtziger Jahren wurde eine neue Ebene erreicht. Nach der Gründung eines „Hohen Rates der Frankophonie" 1984 durch Mitterand schuf die gaullistische Regierung Chirac 1986 ein „Staatssekretariat für Frankophonie", Beweis für den breiten nationalen Politikerkonsens über die Frankophoniestrategie. Das Glanzstück jedoch gelang im Februar 1986, als sich Vertreter aus 38 frankophonen Ländern zum 1. frankophonen Gipfel in Versailles trafen: Frankreich hielt Hof. Von „frankophoner Solidarität", ja von einer „frankophonen Familie" war die Rede. Die dort gefaßten Beschlüsse förderten vor allem die Ausbreitung französischer Medien (Agentur für Fernsehbilder, Ausbreitung von Kabelfernsehen, Direktübertragungen per Satellit, Buchpromotion) und den politischen Einfluß Frankreichs (verstärkte Absprachen zwischen den frankophonen Delegationen bei der UNO).[2] Beim zweiten Gipfel Herbst 1987 in Quebec waren 37 Staaten repräsentiert. Sie beschlossen vor allem eine Ausweitung des französischsprachigen Satellitenfernsehens. Und Gastgeber Kanada demonstrierte hier sein wachsendes Gewicht innerhalb der Frankophonie: es erließ sieben afrikanischen Staaten Schulden von insgesamt 324 Mio. kanad. $ (rund 450 Mio. DM).

Das Frankophoniekonzept geht auf: Der Initiator Frankreich hat durch Zusammenfassen bestehender Möglichkeiten und nur geringe Zusatzinvestitionen ein neues Instrument gefunden, seine alte Einflußzone, die ehemals französischkolonialisierten Staaten Schwarzafrikas abzusichern. Schon seit Jahrhunderten sind sie „chasse gardée", Privatjagdgebiet Frankreichs. Soeben hat dort das dritte Gipfeltreffen „der Länder, die den Gebrauch des Französischen gemeinsam haben" (so die offizielle Bezeichnung) stattgefunden: Ende Mai 1989 im Senegal. Und das nächste Mal ist für Herbst 1991 in Zaire geplant.

In Dakar wurde als wichtigstes Ereignis die Ankündigung Mitterands gewertet, 35 afrikanischen Ländern die Rückzahlung all ihrer Schulden gegenüber dem französischen Staat zu erlassen, insgesamt 16 Milliarden Francs (rund 4,8 Mrd. DM)[3] — was aber nur 43% ihrer Schulden in Frankreich ausmacht. Einen Tag später schloß sich Belgien mit dem vagen Versprechen, ebenfalls die staatlichen Kredite abzuschreiben, an. Umwälzender jedoch könnte eine andere Entscheidung sein: diejenige, Geld zur Förderung der nationalen afrikanischen Sprachen zusammenzutragen.

Nur zögernd gab jetzt Frankreich dem Drängen der afrikanischen Staaten nach: So soll die Erforschung der afrikanischen Muttersprachen vor allem die Grundlage verbessern, um Französisch zu lernen. In Wirklichkeit jedoch birgt dieser Schritt Möglichkeiten zu mehr Unabhängigkeit und könnte zum Ende der politischen Vorherrschaft des Französischen führen — und letztlich auch Frankreichs Einfluß zurückdrängen. Wie stark das Französische in Afrika Ideologieträger war und noch ist, macht Karim Traoré im folgenden Artikel klar.

nst

„Alle anderen Sprachen sind nichts als 'Tutu' und 'Panpan' . . ."

— Französisch in Afrika

Das imperialistische Europa hat im Laufe des 19. Jahrhunderts seine oft blutigen Eroberungen humanistisch-religiös begründet. Europäer hielten es — so die offizielle Ankündigung — für ihre christliche Pflicht, ihre Mission bzw. Berufung, „wilde Stämme" aus der Finsternis herauszuführen, damit auch denen die Vorteile der Zivilisation, der Kultur zuteil werden. Bis heute hat sich kaum etwas an dieser grundsätzlichen „humanistischen" Haltung geändert. Die wirtschaftlichen Interessen, jene eigentlichen Beweggründe der imperialistischen Mächte, wurden nur selten direkt angesprochen.

Unter solchen Umständen entsteht eine gewisse Doppelzüngigkeit: Dem kolonisierten Volk gegenüber preist man den Wert des Geistigen, der Zivilisation und „intern", d.h. unter Kolonisationsexperten erwähnt man die wirtschaftlichen Vorteile, um mehr Menschen in Europa für die Sache zu gewinnen. Albert Sarraut, seines Zeichens Minister für Kolonien, begründete die koloniale Bildungspolitik wie folgt:

„Die Einheimischen zu unterrichten ist sicher unsere Aufgabe... Aber diese Aufgabe geht ein-

her mit unseren offensichtlichsten ökonomischen Interessen. Der Unterricht hat tatsächlich erst einmal zum Ergebnis, den Wert der kolonialen Produktion zu verbessern, indem in der Masse der einheimischen Arbeiter die Qualität der Kenntnisse und die Anzahl der Fähigkeiten vervielfacht werden; außerdem soll er aus der arbeitenden Menge die Kollaborationseliten herausentwickeln und erziehen, die als Techniker, Poliere, Aufsichtspersonen, Angestellte oder Direktionsgehilfen die ungenügende Anzahl Europäer auffüllen und die wachsende Nachfrage der kolonialen Landwirtschaftsunternehmungen befriedigen werden."[1]

Dieses Zitat beinhaltet alle wichtigen Stützen der französischen Kolonialpolitik und speziell der Bildungspolitik. Einige Punkte haben bis heute noch nichts an Gültigkeit eingebüßt.

Sarraut erkennt den Zusammenhang zwischen „Bildung" und „Produktivität". Darüber hinaus weiß er auch, daß Erziehung die Heranbildung einer „élite de collaborateurs" bedeutet. Allerdings ist eine solche Folgerung erst dann zulässig, wenn das Bildungsmedium von vornherein feststeht. Hier handelt es sich um die Sprache des Eroberers, die einer Minderheit von Einheimischen beigebracht werden soll. Was der französische Minister der Kolonien vorschlägt, ist aber nichts Neues. Schon Columbus entwarf eine sprachdidaktisch moderne Methode, die die „Vermenschlichung" sog. indianischer Völker bewirken sollte. In seiner Denkschrift für Antonio de Torres kann man lesen:

„Das sind rohe und schöne Menschen, von schönen Körpermaßen und einem sehr aufgeweckten Verstand; daher glauben wir, daß sie, wenn sie einmal ihren unmenschlichen Zustand verloren haben, besser als alle anderen Sklaven überhaupt sein werden."[2]

Der humanistische Grund, wonach Erziehung bzw. Bildung Pflicht des Eroberers wäre, gerät in den Hintergrund. Sarraut und Columbus legen einen unverschminkten Zynismus an den Tag. Die angehenden Kollaborateure sind in ihren Augen nur Instrumente, die man mit großer Effizienz gebrauchen soll. Die Frage der Bildung wird im Grunde genommen zu einer technischen Frage, die zu einer bestimmten Sprachauffassung führt. Diese Sprachauffassung ist wiederum in eine alte ideologische Tradition eingebettet, die bis ins 16. Jahrhundert auf François I. zurückgeht und ihre systematische, theoretische Darstellung spätestens in der französischen Revolution findet. P. Alexandre nennt diese Tradition den „linguistischen Malthusianismus", den er mit folgenden Worten beschreibt:

„Eine einzige Sprache wird in den Schulen unterrichtet, vor Gericht zugelassen und in der Verwaltung gebraucht: das Französisch, wie es in den Anweisungen der Akademie und den Erlassen des Unterrichtsministers definiert ist. Alle anderen Sprachen sind nichts als Folklore, Tutu, Panpan, Obskurantismus, Dudelsackgepfeife und besoffenes Gelalle, Keimzellen der Desintegration der Republik."[3]

Eine solche Politik postuliert eine unbestreitbare Überlegenheit der französischen Sprache. Lächerliche Unwissenheit dieser





Comic (französisch und wolof) aus 'Le cafard libéré' (Senegal)

Systemverteidiger wird als Wissenschaft ausgegeben und dient als Beweis für die Wahl des Französischen als „langue de culture". Zufällig aus dem Arsenal ein Zitat aus der Feder eines Leutnants namens Bonnaventure:

„Wie alle Sprachen in der Kindheit, ist das Fon eine einsilbige Sprache... Der Fehler des Fons ist, wie der aller Negersprachen im übrigen, seine Wortarmut. Leichte Veränderungen genügen, um dem gleichen Wort verschiedene Bedeutungen zu geben. So bedeutet das Wort „HO" bald einkaufen, bald schlagen, je nachdem ob man es mehr oder weniger guttural und aspiriert ausspricht. Auch müssen die Eingeborenen unendlich lange reden, bis sie sich untereinander verstehen."[4]

Im afrikanischen Kontext galt es, die waffentechnische Überlegenheit als kulturelle Überlegenheit, als Überlegenheit schlechthin darzustellen. Paul Doumer, Präsident der französischen Republik (1931-32) formuliert die Sache so:

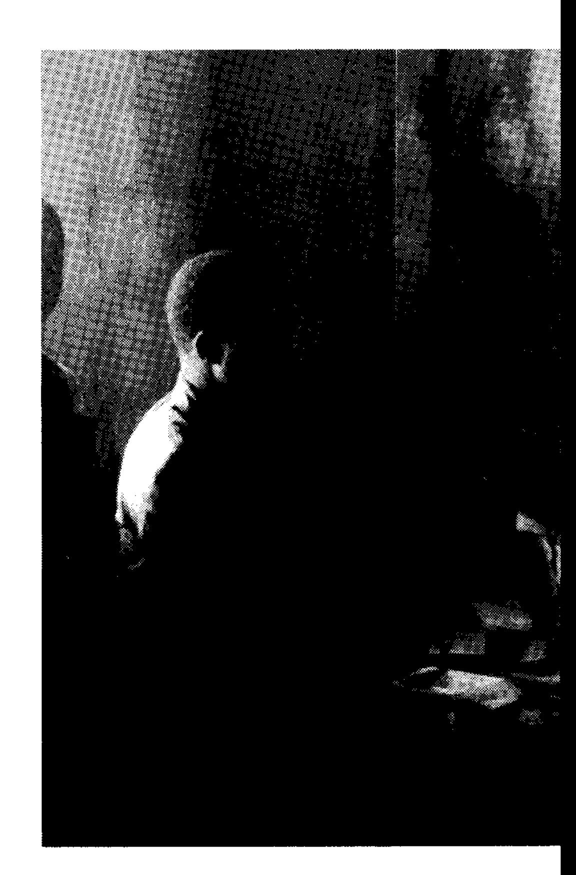
„Aber nun, wenn Sie den Ausdruck „Zivilisation" wegwerfen, wenn Sie diese Kategorie aushöhlen, wenn Sie sie auswaschen, im Namen wovon werden wir unsere Anwesenheit in den Kolonien rechtfertigen können? Es geht nicht, daß Sie dem Ausdruck „Zivilisation" einen Aspekt von „Kulturrelativismus" beimengen, denn wir werden dann weder unsere Aktionen in Indochina noch in Schwarzafrika rechtfertigen können; dieser Ausdruck „Zivilisation" muß absolut bleiben und nicht etwas Relatives — darum, weil es um die französische Präsenz in den französischen Kolonien geht."[5]

Deutlicher kann man kaum sein. Die Folgen einer solchen Überlegung kann sich jeder ausdenken. Ich möchte nicht im einzelnen die Gehirnwäsche schildern, der sich dann die Afrikaner unterziehen mußten; akkulturierte Afrikaner, erfüllt von Haß gegenüber ihren eigenen Gesellschaften, entstanden. Das waren und sind die Leute, die nach dem „Abzug" der Franzosen das Sagen hatten bzw. haben. Für unser Anliegen sollte folgendes betont werden: P. Doumer und seine ideologischen Vorgänger wie Gobineau, Renan usw. setzten Schwerpunkte für die Geisteswissenschaften: jene Wissenschaften sollen im Dienste der kolonialistischen Ideologie stehen. Daher die Verbreitung wissenschaftlich untermauerter rassistischer Thesen, auch heute noch.

Aus dem sprachlichen Bereich seien folgende Beispiele genannt, die Louis-Jean Calvet in seinem Buch „Linguistique et Colonialisme" anführt[6]: nichteuropäische Völker kennen demnach nur eine Gesellschaftsform: sie sind in „Stämmen" und nicht etwa in Nationen organisiert; was sie reden ist keine Sprache, sondern ein „Kauderwelsch", ein „Dialekt". Schwarze sind „Neger"; die Ureinwohner eines Landes sind nicht die Einheimischen, sondern die „Eingeborenen" usw. Eine x-beliebige Fernsehreportage über sog. „exotische" Völker würde diese Feststellung nur bestätigen.

Halten wir als Fazit folgende Punkte fest:

— die französische Kolonialpolitik baute auf die Indoktrinierung einer kleinen Minderheit, die zuerst „vermenschlicht", d.h. „verfranzösischt" werden mußte.





- Diese Verfranzösischung ist in der Geschichte als „Assimilationspolitik“ bekannt.
- Die „Assimilierten“ genossen Ansehen und materiellen Wohlstand. Den Preis dafür mußte ihr eigenes Volk, ihre eigene Kultur zahlen: sie wurden von den Assimilierten selbst als minderwertig angesehen.

Assimilation

Die französische Assimilationspolitik erwies sich als zweischneidige Waffe, insofern als gerade eine gewisse humanistische und egalitäre Rede der Kirche und einiger Philosophen und Intellektueller der Metropole sich gegen die Herrscher anwenden ließ. Ziegler formuliert es so:

„Die Assimilation führt keineswegs nur zur Entfremdung. Sie gibt den Unterdrückten auch Waffen in die Hände, die sie gegen ihre Beherrscher richten können. Einige haben es bereits getan. Anders ausgedrückt: In der Kolonialzeit verbreitete sich eine fremde universelle Kultur, die zwar klassenbedingt, aber eben doch eine Kultur war und, vom Standpunkt und dem Interesse unterdrückter Klassen aus gesehen, zwar abstrakte und bis dahin nicht realisierte Werte vermittelte, die aber für sie brauchbar waren.“[7]

Immer mehr assimilierte Afrikaner fingen an, die Unabhängigkeit zu fordern, jedoch was für eine Unabhängigkeit? Geprägt von idealistischen Vorstellungen reduzierten sie die Unabhängigkeitsfrage auf die kulturelle Unabhängigkeit. Die Idee dieser kulturellen Selbständigkeit entsprach haargenau den von Ziegler erwähnten abstrakten Werten. Hier liegt der Irrtum einer immer noch währenden Ideologie, die in die Geschichte als „Négritude“ eingehen sollte. Die Kolonialmacht erkannte schnell die Harmlosigkeit der neuen afrikanischen Töne und stellte sich fast ohne Schwierigkeit auf die Gewährung der Unabhängigkeit ein, zumal andere Ereignisse (2. Weltkrieg, Bandoeng, Indochina, später Algerien) zu Kompromissen zwangen. Rahmengesetz, Referendum und Unabhängigkeit nach Balkanisierung des Kontinents sind die bekannten Folgen.

„In Wirklichkeit kritisiert der kulturelle Nationalismus die koloniale Unterdrückung nicht vom Standpunkt der afrikanischen Völker aus, sondern von dem der europäisierten afrikanischen Elite.“[8]

Unter solchen Umständen hat diese „Elite“ ihre eigene Vorstellung dessen, was sie „Kultur“ nennt. Also läuft man einer Sache nach, die es gar nicht geben kann, im Namen eines idyllischen, statischen Kulturbegriffs. Genauso wie die Kolonialisten irgendwo anzutreffende abstrakte Werte priesen, genauso instrumentalisierten die neuen Machthaber irreale Werte, die ihnen jedoch ideologische und politische Vorteile einbrachten. So z.B. Mobutu, der seine Einparteien-Politik und seine Diktatur „afrikanisch“ rechtfertigen konnte: in einem afrikanischen Dorf gebe es nur einen Chef, warum also mehr als eine politische Partei in Zaire?

Kein Wunder, daß auch die Frage, welche Sprache im Schulsystem Verwendung finden soll, ausgeklammert wird. In Frage kommen höchstens einige notwendige „Reförmchen“ in Geschichtsbüchern und die Einführung der Werke afrikanischer Négritude-Vertreter. Guissé:

„... die Kulturpolitik in den neuen unabhängigen Staaten Schwarzafrikas wird von der paradoxen, aber logischen Koexistenz von kulturellem Nationalismus auf ideologischer Ebene und dem Verbleib in den Fakten des kolonialen Kultursystems geprägt sein. Der kulturelle Nationalismus ist eine Anfechtung des Kolonialsystems, nicht dessen radikale Infragestellung.“[9]

Berücksichtigt man die besondere Frage der Schule im oben erwähnten politisch-kulturellen Kontext, sind folgende Feststellungen zwingend:

- Die koloniale Schule an sich wird nach den formellen Unabhängigkeiten nicht in Frage gestellt, sondern nur einige erniedrigende bzw. plumpe Inhaltspunkte werden abgeschafft. So lernt kein afrikanisches Kind mehr: „Nos ancêtres les Gaulois“...
- Als Bildungsmedium bleibt die französische Sprache unumstritten.

Neu ist nur, daß ihre Beibehaltung nun von Afrikanern selbst begründet wird. Die Argumente braucht man nicht lange zu suchen: einige sind seit dem imperialistischen Eindringen in Afrika im Umlauf. Sie werden, wenn nötig, aktualisiert.

Keiner hat besser als Senghor, bis 1980 Präsident Senegals, seit 1983 Mitglied der Académie Française, diese Argumente aufgearbeitet. In einem Interview mit dem Titel „Kultursprache Französisch“ plädiert er für die Anwesenheit des Französischen in Afrika.[10] In fünf Punkten legt er die Grundsteine eines Mythos:

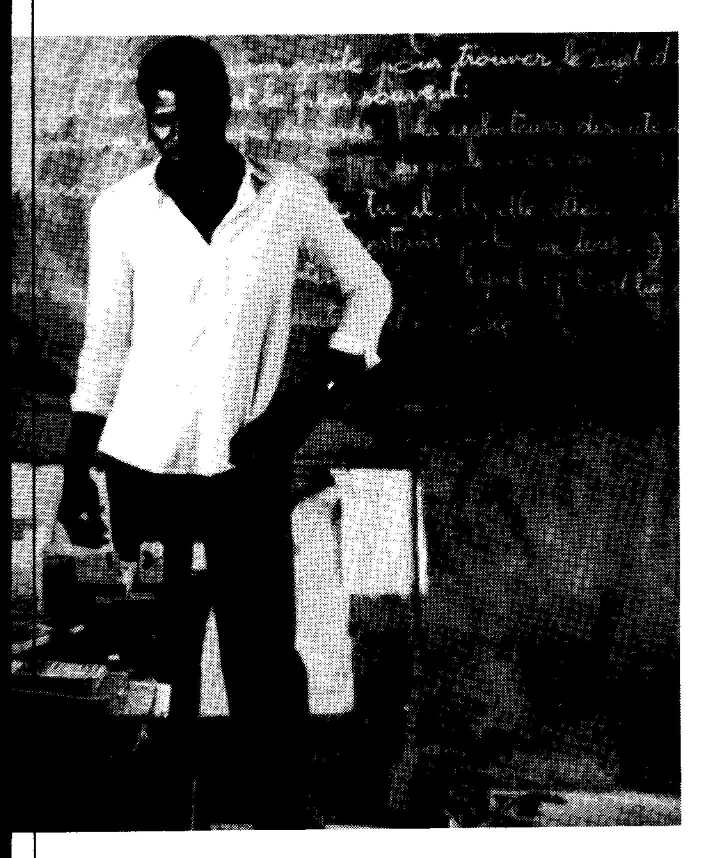
1) die Afrikaner wollen die französische Sprache, weil die Elite in Französisch denke und Französisch besser als ihre Muttersprache beherrsche;

2) der französische Wortschatz sei reich und präzis, vernunftbezogen und abstrakt; dagegen:

„Die (afrikanischen, KT) Wörter, fast immer konkret, sind von Bildern umgeben, die Anordnung der Wörter in der Proposition, der Proposition im Satz unterliegt dort eher dem Gefühl als dem Intellekt: mehr den „raisons du coeur“ als den „raisons de la raison“.

Die Stärke des Französischen liege vor allem in seiner Fähigkeit, wissenschaftliche und technische Begriffe auszudrücken;

3) die Syntax des Französischen bildet den nächsten Argumentationspunkt: während die afrikanischen Sprachen eine „syntaxe de juxtaposition“, also ein primitives Nebeneinanderstellen kennen, finde man im



Schule in Tcheriba/ Burkina Faso

Fotos: Karim Traoré



Französischen eine „syntaxe de subordination", ein hierarisches Satzgefüge.

4) Laut Senghor sei die französische Stilistik so zu charakterisieren:

„Der französische Stil könnte definiert werden als eine Symbiose der griechischen Subtilität und lateinischer Strenge, einer Symbiose, belebt durch keltische Leidenschaft" usw.

5) und schließlich sei die französische Sprache die des Humanismus. Daß 40 Millionen Afrikaner diese Sprache sehnlichst wünschen (wie es Marc Blancpain 1967 in seinem Buch mit dem allessagenden Titel „Lumières de France" formulierte), liege, so Senghor, in der humanistischen Fähigkeit dieser Sprache, aus dem Feind von gestern einen Komplizen zu machen. Wie wahr!

Seit diesem berühmten Interview Senghors von 1962 wurde viel über die Mission des Französischen geschrieben. Autoren der Thesen, die die Durchsetzung des Französischen in Afrika rechtfertigen sollen, waren Journalisten, Botschafter, Frankophoniefunktionäre oder „einfache" Französischlehrer. Hauptziel aller Reden, Bücher und Aufsätze besteht darin, die These zu akkreditieren, daß Afrika die französische Sprache brauche.

Eine logische Konsequenz der bedingungslosen Schmackhaftmachung des Französischen für Afrikaner einerseits und die Unterstreichung der edlen Tat Frankreichs andererseits, ist die gleichzeitige Diskreditierung jeglicher afrikanischer patriotischer Initiative; ein traditionell primitiver Antikommunismus und eine emotionsgeladene Kirchenfeindlichkeit dienen dabei als Argumente. Über Guinea, das als einzige französische Kolonie sich für eine alternative Politik entschied, schrieb ein anderer Frankophoniefunktionär namens Auguste Viatte:

„Guinea, das als einziges Land jegliche Beziehung zu Frankreich anläßlich des Referendums von 1959 abbrach und in der Folge nicht der afrikanisch-madegassischen Union angehörte, ist Außenseiter geworden und hat sich auf einen heftigen Nationalismus hin orientiert, der sich vor allem durch die Ausweisung ausländischer Priester zeigte, was einherging mit der Aufnahme von Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, deren Ideologie es nahesteht."[11]

Ob nun Kultursprache, Einheitsfaktor, Sprungbrett, um auf der internationalen Szene landen zu können, alle diese Argumente haben gemeinsam:

- sie sind Teile einer ideologischen Rede;
- als solche verdecken sie eine Realität, die politischer und wirtschaftlicher Natur ist.

Bilanz französischer Schulpolitik

Seit dem 7. März 1867 wird Französisch in Schwarzafrika gelehrt. Lassen wir Zahlen[12] sprechen nach über einem Jahrhundert „Erziehung und Zivilisaton".

1981 zählte das damalige Obervolta 936 Grundschulen, das waren 3318 Klassen mit insgesamt 202.237 Schülern. Großzügig gerechnet heißt das, daß 12,9% der Kinder die Chance haben, einmal in ihrem Leben ein Klassenzimmer zu betreten.

Im Jahre 1974 konnten 131.000 Kinder von 1.127.000 Kindern im Schulalter eingeschult werden. Sechs Jahre danach (solange dauert „normalerweise" die Grundschule) stellt man fest, daß 56% von ihnen einmal sitzen geblieben sind, 12% die Prüfung zur Aufnahme in die Realschule bzw. ins Gymnasium geschafft haben, und daß 88% „wieder ihren Eltern übergeben worden sind", wie die offizielle Formulierung lautet.

Die Härte des Systems will ich durch etwas Persönliches dokumentieren: 1956 wurde zum ersten Mal eine Grundschule in meinem Dorf gegründet. Sie zählt drei Klassen, die jeweils zwei Jahrgänge umfassen. Die Einschreibung der neuen Schüler erfolgt nur alle zwei Jahre. Mit sechs Jahren aber sind die Kinder zu jung und mit acht Jahren zu alt für die Schule. D.h., alle Kinder, die in einem geraden Jahr auf die Welt kommen, sind automatisch ausgeschlossen — und dies bis heute!

Die erste Klasse bietet durchschnittlich Platz für 75 Kinder, unter den schlimmsten Arbeitsbedingungen, die man sich vorstellen kann. Sagen wir, daß ca. 30 Kinder jedes Jahr neu eingeschrieben werden. In 28 Jahren ergäbe dies 840 Schüler. Davon werden 18 die Mittlere Reife schaffen, fünf das Abitur, drei ein abgeschlossenes Studium.

Kennzeichnend für die Lage in Westafrika ist der totale Mangel an Schulen. Burkina Faso gibt jährlich 25% des Budgets für die Erziehung aus. Trotzdem erfährt das System keine Verbesserung.

Der Ehrgeiz aller Eltern ist es, ihren Kindern eine Zukunft im Rahmen des bestehenden Systems zu geben. Dies wird wiederum von der wohlhabenden Minderheit als lukratives Geschäft ausgenutzt: überall entstehen teure Privatschulen, mit schlechten Lehrern. Im Schuljahr 1980-81 gab es 64 Sekundarschulen (Realschulen, Berufsschulen -écoles techniques- und Gymnasien). Davon waren 39 privat. Ein Jahr Privatschule kostete die Familie der Schüler zwischen 60.000 und 75.000 CFA, was dem Monatsgehalt eines Grundschullehrers entspricht und auch fast haargenau dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen (140-180 Dollars). Angesichts der finanziellen Verhältnisse im Lande ist es wohl klar, daß nur eine Minderheit sich den Besuch einer Privatschule leisten konnte. Seit der Revolution 1983 sind die Kosten um 50-70% gesunken.

In Burkina Faso wie in allen französischen Neokolonien hat man spätestens seit den siebziger Jahren das Scheitern des Schulsystems erkannt und zugegeben. Jedoch begnügten sich die Verantwortlichen mit Parolen. Diese Inaktivität bzw. das leere Gerede bestärken den Eindruck der Opfer, also der breiten Bevölkerung, daß der angebliche Fehler geplant sein könnte. In der Tat ist es auch so. Als Beweis braucht man nur die verschiedenen Verträge zwischen dem damaligen Obervolta und Frankreich bezüglich des Bildungswesens zur Kenntnis zu nehmen: das afrikanische Land kauft keine Schulbücher für die Grundschule. Alles wird als „Geschenk" von Frankreich erwartet. Die Folge ist dann, daß Frankreich irgend etwas entwirft, druckt und schenkt. Kritik eines Franzosen:

„Das hervorstechendste Merkmal der augenblicklichen Situation ist die große Abhängigkeit von Frankreich bezüglich Belieferung (Importieren des gestifteten Materials) und Verteilung (Rolle der französischen Verlagshäuser und Buchhandlungen), am größten jedoch bezüglich der Inhalte. Das gilt ebenso für Schulbücher, da die Lehrprogrammreformen zaghaft ge-

blieben sind, wie für Bücher von allgemeinem Interesse, die für ein Publikum mit radikal anderen Lebensbedingungen als denen eines afrikanischen Publikums geschrieben sind, und die folglich weder seinen Bedürfnissen noch seinem Geschmack entsprechen und dazu beitragen, es vom französisch Geschriebenen fernzuhalten."[13]

Neuerdings hat sich ein Verlag, NEA, in Dakar, Abidjan und Lomé niedergelassen; es handelt sich aber um eine franko-afrikanische Firma mit großer französischer Beteiligung. Diese Tatsache und die große Zahl sogenannter „pädagogischer Berater" erklären die oben erwähnten schüchternen Programmreformen. In den Geschichtsbüchern, wo die Reform noch am deutlichsten spürbar ist, kann man trotzdem folgende Definition der Kolonisation und des Kolonialismus lesen:

„Kolonisation nennt man die Aussendung von Menschen in ein fernes Land, damit es als von der Metropole (zivilisatorische Nation) abhängiges Gebiet an Wert gewinnt. Kolonialismus nennt man eine schädliche und imperialistische Doktrin, die nur die Interessen der Metropole berücksichtigt. Kolonisation, wenn sie nicht andauert, ist nicht immer schlecht. Sie kann provisorisch zur Entwicklung eines Landes beitragen. Kolonialismus ist ein Unrecht. Weder darf man unüberlegt ein Wort an Stelle des anderen benutzen, noch denken, daß alle Kolonisateure Kolonialisten gewesen sind."[14]

So wird eines der schmerzlichsten Kapitel afrikanischer Geschichte behandelt. Nach wie vor wird die Kolonisation als Wohltat dargestellt.

Eine weitere Abhängigkeit zeigt sich auch im personellen Bereich. In den „Verträgen zur Zusammenarbeit im Schulbereich" ist zu lesen:

„Für qualifiziertes Lehrpersonal ebenso wie für Personal, das zur pädagogischen Kontrolle in den verschiedenen Unterrichtsbereichen, darunter auch Jugend und Sport, benötigt wird, zur Organisation und Bewertung von Examen und Wettbewerben und für das Funktionieren der Schulverwaltungsdienste muß sich die Republik Obervolta zuvörderst an die französische Regierung wegen Rekrutierung dieses Personals wenden."[15]

Wen wundert es noch, daß es viele afrikanische arbeitslose Akademiker gibt, während Frankreich seine eigenen Arbeitslosen nach Afrika unter immer prekäreren Umständen abschiebt. Burkina Faso stellt keineswegs eine Ausnahme dar. Hauptmerkmale der Schulsituation sind:

- der effektive Rückgang des Prozentsatzes der beschulten Kinder: die Zahl der Schulen hält nicht mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt.
- Rückgang der Bildungsqualität durch Überforderung der wenigen Lehrer durch die vielen Schüler einerseits und durch die inadäquaten pädagogischen Methoden andererseits.

Gerade dieser Rückgang der Bildungsqualität alarmierte die französischen Erziehungsexperten, die allerdings eine simple Vorstellung von „Qualität" haben: Nicht das System als Fremdkörper mit allen Implikationen wurde angeprangert, sondern die Leistungen der Schüler. Ein gewisser Maurice Calvet schrieb über die Lage im Senegal:

„Zur Zeit entwickelt sich im Senegal ein „Akzent", der, wenn man nicht achtgibt, die Verständlichkeit zu beeinträchtigen droht. Grammatisch korrekte Sätze werden so ausgesprochen, daß ein frankophoner Zuhörer, der nicht aus dem Senegal kommt, oft zu einer angestrengt schwierigen Aufmerksamkeit gezwungen ist, und es ihm nicht gelingt, bestimmte Teile der Botschaft zu „dekodieren", also zu verstehen."[16]



Hier ist ein neuer Ansatz spürbar, der im Laufe der Jahre bzw. der „Qualitätsdegradation" des Französischen in Afrika sich als selbständige neue Wissenschaft mit zahlreichen Nebenprodukten etablieren wird.

Die neueste Erkenntnis über den Französischunterricht in Afrika geht davon aus, daß afrikanische Kinder erst Französisch besser lernen, wenn die Lehrer deren Muttersprache (phonologisch, grammatikalisch usw.) im Unterricht berücksichtigen. Zielgruppe der zu leistenden kontrastiven Arbeiten (französisch-afrikanische Sprachen) sind in erster Linie die Schullehrer. Der nächste, fast zwangsläufige Schritt, ist, daß das beste Erlernen des Französischen das schriftliche Beherrschen der eigenen Muttersprache voraussetzt.

Schon allein die Zielsetzung, die zu dieser genannten Erkenntnis geführt hat — also die Qualität des Französischen in Afrika zu verbessern —, kann uns nur skeptisch gegenüber der Umsetzung einer solchen Politik in die Realität stimmen. Eine Sprachpolitik, die es zuläßt, eine große Zahl von einheimischen Sprachen im Namen einer einzigen fremden Sprache zu instrumentalisieren, zu verdinglichen, muß sich mindestens den Vorwurf der „Glottophagie" — also der Sprachenfresserei —, wie Louis-Jean Colvet formulierte, gefallen lassen.

Für eine linguistische Entkolonialisierung

Im folgenden werden stichwortartig einige Überlegungen benannt, die bei der Entwicklung einer afrikanischen emanzipatorischen Sprachwissenschaft vor dem Hintergrund des Französischen als momentan dominanter Sprache zu berücksichtigen wären.

In Abkehr von einer realitätsfernen Wissenschaftskonzeption soll die afrikanische Sprachwissenschaftstheorie die politische, soziologische und periphere Lage der meisten afrikanischen Länder berücksichtigen. Es hat sich die Ansicht in vielen Bereichen durchgesetzt, daß fast alle afrikanischen Staaten Neokolonien sind. In den einzelnen Teilbereichen der Wissenschaften ist aber der neokoloniale Charakter nicht deutlich genug untersucht worden. Beziehungsweise: die Anprangerung des Neokolonialismus läuft Gefahr, in eine Art Ritus zu degenerieren. Es fehlt immer häufiger ein konkreter Bezug; darüber hinaus gibt es kaum Sprachwissenschaftler, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine Beziehung zwischen dem französischen sprachlichen Neokolonialismus und beispielsweise der Intervention Frankreichs in Shaba, im Tschad usw. herstellen. Die verschiedenen Formen des Neokolonialismus — wirtschaftliche, politische, militärische und sprachliche — sollte man stets in Beziehung zueinander sehen. Eine emanzipatorische Sprachwissenschaftstheorie kann unter solchen Umständen nicht konzipiert werden, ohne daß die Frage der Ideologie offen und klar diskutiert worden ist.

„... eine Ideologie ist niemals harmlos. Sie befreit oder unterdrückt. Wird sie in einem Kräfteverhältnis gebraucht, bringt sie ihre Kraft in die-



ses Kräfteverhältnis zusätzlich ein. Es ist von daher nicht gleichgültig zu wissen, im Dienst welcher Ideen, welcher Mächte, welcher Interessen sie benutzt wird."[17]

Immer ist die herrschende Ideologie die Ideologie der Herrschenden. Um das konkreter werden zu lassen, führe ich zwei Beispiele aus der Alphabetisierungs- bzw. Schulpolitik in Mali und Obervolta, dem jetzigen Burkina Faso, an. In Mali wurde groß angekündigt, daß Analphabetismus eine Krankheit sei, daß jeder Bürger Recht auf Lesefähigkeit habe. Aber die praktische Verwirklichung dieser Lesefähigkeit sieht so aus:

- Nur ein geringer Prozentsatz der Kinder besucht die Grundschule,
- die Erwachsenen werden verschieden alphabetisiert: die Bauern in afrikanischen Sprachen und die Arbeiter auf französisch. Dadurch, daß Bauern anders als Arbeiter alphabetisiert werden, verrät sich die Bildungsmaßnahme als Teil einer schlechten Ideologie, sie verdinglicht und instrumentalisiert Mensch und Sprache, auch wenn sie fragliche finanzielle Vorteile mit sich bringt.

Dazu Albert Meister:

„Hinter der gewohnten humanistischen Phraseologie der Ausbildenden steckt ein scharfsinniges wirtschaftliches Kalkül, das von der Realität notwendig gemacht wird: die Alphabetisierung ... bildet eine kostspielige Investition, die nur dort getätigt werden kann, wo ihre Rentabilitätschancen am größten sind."[18]

Diese Aussage wird verdeutlicht durch die folgende Information:

„... sie (die Verantwortlichen, KT) folgen den Vorgaben der großen europäischen Unternehmen, denen die Regierung das Einsammeln und die Vermarktung der Baumwolle anvertraut hat."[19]

Das Beispiel aus Obervolta betrifft ein „Programm zur Ausbildung junger Bauern". Es handelte sich um junge Menschen, die die „normale" Schule nicht besuchen durften. Innerhalb von drei Jahren wurden ihnen landwirtschaftliche Kenntnisse auf Französisch beigebracht. Am Ende standen sie da mit ein bißchen Ahnung von der französischen Sprache. Aber diese Teilkenntnisse einer Prestigesprache sollten ihr ganzes Leben bestimmen:

Aufgrund der genannten Französischkenntnisse hielten sich einige für berechtigt, ihren Anteil an Geld und Prestige in einer Stadt zu suchen. Folgen waren Landflucht, enttäuschte Hoffnung, Kriminalität. Eine andere Gruppe von „Absolventen", die größte, verblieb im Dorf. Besonders begabte Absolventen bekamen Landwirtschaftsgeräte auf Kredit. Die Rückzahlung der Raten war streng geregelt. Folge: der junge Bauer pflanzte an, was ihm das nötige Geld einbrachte, also in erster Linie keine Nahrungsmittel. Und im allgemeinen stand er am Ende da mit Geräten ohne Ersatzteile und einem Berg Schulden.

Nachweislich fielen die meisten Absolventen in den Analphabetismus zurück, da ihnen keine Infrastruktur für das Auffrischen ihrer Kenntnisse zur Verfügung stand.

Zwischen einer dominanten Ideologie und der Wissenschaft besteht eine komplexe, komplizierte wechselseitige Beziehung. Welche Arten der Fremdbestimmung drohen den Geisteswissenschaften in Afrika? Die Unterrichtssprachen und -methoden sind weitgehend europäisch. Allein dadurch kann schon eine Vorbestimmung vorliegen: genau wie Konsumgüter werden in Afrika auch die neuen Ideen, die wissenschaftlichen Ansätze importiert. Etwas milder ausgedrückt: vorwiegend reagiert die afrikanische Wissenschaft auf Ideen. Sie macht sie sich zu eigen bzw. widerlegt sie gelegentlich. Um bei unserem Rohstoffbild zu bleiben, wird Afrika auch auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften zum einfachen Rohstofflieferanten degradiert. Man denke an die Ethnologie: Hiesige Forscher machen Karriere. Unverantwortlich ist dabei, daß über die konkreten Lebensumstände der erforschten Völker im allgemeinen nichts gesagt wird. 1984 fand in Kenia ein staatlich organisierter Massenmord an angeblichen Viehdieben statt. Meines Wissens hat kein Massai-Ethnologe oder sonstiger Kenia-Wissenschaftler gegen diese Methoden der Herrschenden protestiert!

Eine ähnliche Haltung bzw. Zurückhaltung ist in der afrikanischen Sprachwissenschaft Europas feststellbar: anhand von afrikanischen Sprachen werden allerlei linguistische Theorien erprobt. Und dabei bleibt es. Oder, falls es zu einer konkreten Anwendung kommt, bewirken die Ergebnisse das Gegenteil einer Emanzipation, wie es die oben besprochenen Alphabetisierungskampagnen belegen.

So sehr für die Frankokanadier der linguistische Kampf für die französische Sprache gegen das Angloamerikanische notwendig ist, so sehr wird Afrika gegen das Französische kämpfen, das nur unterdrückerisch sein kann. Es ist ein Teil des Finanzimperialismus, der sich hier der Sprache bedient, um sein Ziel, die Kontrolle über einen Teil des Kontinents, zu erreichen. In diesem Sinne ist es nicht falsch zu bestätigen, daß die Herren von Frankreich die Sprache des französischen Volkes dazu mißbrauchen, die afrikanischen Völker gleichzuschalten, zu „homogenisieren". Die Ablehnung einer solchen Form „linguistischen Malthusianismus" ist auch Ausdruck eines umfassenden Emanzipationswillens, des Willens der Mehrheit der Afrikaner, selbst Verantwortung zu übernehmen. Das Französische in Afrika wird immer die Sache einer Minderheit sein.

„... Die entscheidende Frage ist die nach der Anzahl der Menschen einer Gesellschaft, die an der Herstellung von Sinn, von Werten teilhaben, nach ihrer Freiheit in der Formulierung ihrer Vorschläge, nach der Wirksamkeit, mit der ihre Vorschläge in Fakten umgesetzt werden."[20]

Karim Traoré

Der Artikel ist die leicht gekürzte Fassung eines Vortrages, dessen schriftliche Version 1986 in der Zeitschrift „Französisch heute" erschienen ist. (Die Übersetzung der französischen Zitate besorgte die Red.)

Anmerkungen zum Artikel

1. „Afrique Noire Occidentale et Centrale, l'Ere colonial 1900-1945", 475, zitiert in: „L'Etudiant Voltaique", Août 1982, 2
2. zitiert in: Utz Maas, Kann man Sprachen lehren?, 1976, 93
3. Pierre Alexandre, Langues et Langage en Afrique, 1967, 111/112
4. zitiert nach: Roger Gbegnonvi, Alphabétisation, in: Binndi e Jande, No. 9-10. 1983, 14
5. zitiert nach: Patrick Tort/Paul Désalmand, Sciences humaines et philosophie en Afrique, 1978, 47
6. (auf deutsch) Louis-Jean Calvet, Die Sprachfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus, 1978
7. Jean Ziegler, Afrika. Die neue Kolonisation, 1980, 28
8. Youssouph Mbargane Guissé, Philosophie, Culture et Devenir Social en Afrique Noire, 1979, 128
9. ders.
10. Léopold Sédar Senghor, „Le Français. langue de culture", in: Esprit, 1962
11. Auguste Viatte, La Francophonie, 1969, 109
12. die Zahlen sind entnommen: „L'Etudiant Voltaique" (s. Anm. 1)
13. in: Cahiers de Pédagogie africaine, Nos. 2-3, 1979/80
14. in: „L'Etudiant Voltaique", a.a.O., 13
15. ebd., 4
16. Maurice Calvet, Interférences du phonétisme wolof dans le français parlé au Sénégal, in: Bulletins del'IFAN, XXVI, série B, no. 3-4, 1964, 518
17. Jean Ziegler, Retournez les fusils, 1980/81, 54
18. Albert Meister, Alphabétisation et Développement, 1973, 21/22
19. Bernard Dumont, Alphabétisation fonctionelle au Mali, document UNESCO, 69
20. Georges Balandier, Sens et Puissances, 1971, 299

Anmerkungen zur Einleitung

1. Michael Mauderer, Zur weiteren Materialisierung des Frankophoniekonzepts des französischen Imperialismus in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, 35, in: asien, afrika, lateinamerika, Berlin 17. Jg., 1/1989, 35-42
2. vgl. ebd. 30/40
3. vgl. Libération, 25.5.1989, dort wird am 26.5.1989 angemerkt, daß die genauen Kriterien ungewiß sind: wer diese Länder sind, wieviel das für die einzelnen ist? Frankreich will seine Verteilungs(- und Macht)politik nicht offenlegen.

Ausländer im Land der Menschenrechte

„Alle in Frankreich geborenen und ansässigen Menschen sind Mitglieder der politischen Gemeinschaft, die französische Nation genannt wird, d.h. französische Bürger" — ein liberaler Entwurf für die Neuformulierung der Staatsangehörigkeitsbestimmungen in Frankreich? Weit gefehlt: ein Entwurf zwar, aber ein gescheiterter und dazu noch aus dem Jahr 1793![1]

Angesichts rassistisch motivierter Ausschreitungen, Stimmengewinne für rechtsextreme Parteien und einer restriktiven Ausländerpolitik fällt es schwer zu glauben, daß solche fortschrittlichen Gedanken schon fast einmal eine Mehrheit unter französischen Politikern gefunden hätten.

Einwanderung mit Tradition

Doch wenn in einem europäischen Land heutzutage eine liberale Regelung für Einwanderung und Aufenthalt von Ausländern zu erwarten wäre, dann in Frankreich: ist es doch das westeuropäische Land mit der längsten Einwanderungstradition.

Schon um 1850 kamen Belgier und Italiener, um im Bergbau Nordfrankreichs oder später bei der Elektrifizierung französischer Alpendörfer Arbeit zu suchen. Ihre heutigen Nachfahren fühlen sich als Franzosen; Spuren ihrer Herkunft finden sich meist nur noch im Familiennamen. Doch ihre Integration war alles andere als leicht: es gab zahlreiche rassistische Übergriffe und zum Teil blutige Auseinandersetzungen in Betrieben und Wohnbezirken, die oft auch mit Auseinandersetzungen über Arbeitskämpfe in Verbindung standen: Italiener waren nicht nur Fremde mit eigenartigen religiösen Gewohnheiten, sie waren auch als Streikbrecher verschrien.

Er dauerte noch eine ganze Zeit bis eine staatlich organisierte Einwanderungspolitik die Italiener aufgrund ihres „den Franzosen verwandten Wesens" zur bevorzugten Einwanderergruppe erklärte (nach 1945).

Eine weitere wichtige Gruppe von Einwanderern bildeten vor dem zweiten Weltkrieg die Polen, die in den 20er Jahren auf der Basis einer erstmals straff organisierten — in Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit privaten Arbeitgebern erarbeiteten — Einwanderungspolitik vor allem für Landwirtschaft, Bergbau und als städtisches Haushaltspersonal angeworben wurden. Insgesamt lebten 1931 2,715 Mio. Ausländer in Frankreich, was einem Bevölkerungsanteil von 6,58% entsprach — Zahlen, die den heutigen recht nahe kommen. Auch nicht ganz fremd für heutige Ohren klingt das, was dann während der 30er Jahre als Reaktion auf die wirtschaftliche Krise praktiziert wurde, nämlich eine massive Rückkehrförderungspolitik mit Rückkehrprämien, Einstellungsprivilegien für französische Staatsangehörige, verschärfte Einreisekontrollen etc.

Ergebnis: Trotz zahlreicher politischer Asylanten sank die Zahl der in Frankreich lebenden Ausländer bis 1936 auf 2,198 Mio. (5,3% der Bevölkerung).

Einwanderung nach 1945

Erst nach 1945, ja erst während der 50er/60er Jahre setzte in größerem Maße die Einwanderung der Gruppen ein, die heute als die für Frankreich typischen Einwanderer gelten: Algerier, wenig später Tunesier, Marokkaner, Portugiesen und als letzte größere Gruppe die Schwarzafrikaner. Allerdings kamen diese Gruppen nicht auf dringenden Wunsch der Franzosen. Zwar ließ ein dramatischer kriegsbedingter Bevölkerungsrückgang eine staatliche Einwanderungsförderung aus demographischen und wirtschaftlichen Erwägungen notwendig erscheinen, begehrt waren dabei aber von offizieller Seite aus die als leicht integrierbar geltenden Gruppen wie Italiener, Spanier und Portugiesen — oder, mit de Gaulle gesprochen, „de bons éléments d'immigration". Aus politischen Gründen boten sich vor allem die Italiener an, die auch bis in die 60er Jahre die größte Gruppe bildeten. (Spanien war lange Zeit wegen des Franco-Regimes problematisch, in Portugal sperrte sich die Regierung bis Ende der 60er Jahre gegen eine organisierte Auswanderung).

Das Scheitern der staatlich organisierten Einwanderung

Aus dem Jahre 1945 stammen die einschlägigen Bestimmungen, die von kleinen Änderungen abgesehen bis in die späten 70er Jahre gültig blieben: Die **„ordonnance du 19.10.1945 portant Code de la Nationalité"** legte Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsbestimmungen fest.
Die **„ordonnance du 2.11.1945"** regelte neben der Gründung einer staatlichen Einwanderungsbehörde, des **„Office National d'Immigration"** (ONI) die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für Ausländer. Da Frankreich sich als Einwanderungsland verstand und, mit Einschränkungen, immer noch versteht, gab es nie eine klare Unterscheidung zwischen Einwanderungs- und Ausländerpolitik.

Die Einwanderungspolitik, die zwischen 1945 und 1974 betrieben wurde, muß im Rückblick als gescheitert angesehen werden. Obwohl als planende Politik vorgesehen, hinkte sie den Ereignissen eher hinterher als sie zu beeinflussen. Dies gilt vor allem für die Zeit nach 1955, als die wirtschaftliche Entwicklung eine massive Einwanderung erforderlich machte, deren Kontrolle die eigens dazu geschaffenen staatlichen Einrichtungen nicht gewährleisten konnten bzw. wollten. Als Folge davon nahm die sogenannte illegale Einwanderung zwischen 1955 und 1965 die wichtigste Rolle innerhalb der Immigration ein und wurde lange auch geduldet bzw. nachträglich regularisiert. Wesentlich beteiligt an der immer stärker werdenden illegalen Einwanderung waren übrigens die französischen Arbeitgeber, denen der offizielle Weg der Anwerbung oft zu kostspielig und zu langwierig war. Kein Wunder also, daß in den 60er Jahren gerade noch 20% der Einwanderer „legal" ins Land kamen!

Erst ab Mitte der 60er Jahre gab es wieder Bemühungen, die staatliche Kontrolle über die Einwanderung (zurück)zugewinnen, was mit Hilfe von bilateralen Verträgen und Kontingentierungsbestimmungen erreicht werden sollte. Bezeichnend für die staatliche Ohnmacht ist auch, daß während dieser Zeit keinerlei neue Regelungen betreffs Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen getroffen wurden, obwohl die **„ordonnance du 2.11.1945“** der Realität schnell nicht mehr gewachsen war. Vielmehr gab es eine Vielzahl von Bestimmungen, Verordnungen und Rundschreiben aller möglichen Ministerien, oft ohne einheitliche Linie. Erst nachdem es 1972 zu massiven Protesten gegen eines dieser Rundschreiben, die **„circulaire Fontanet“**[2], gekommen war, wurden erste Anläufe unternommen, die Ausländerpolitik (wieder) auf gesetzliche Grundlagen zu stellen.

Asyl in Frankreich

Frankreich hat 1954 die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ratifiziert und hat außerdem in seiner Verfassung das Recht auf Asyl für jeden Menschen, der aufgrund seines Einsatzes für die Freiheit Verfolgungen ausgesetzt ist, festgeschrieben. Allerdings ist es kein uneingeschränktes Recht: Innen- und Außenministerium prüfen die „Wahrheit“ der angeführten Motive sowie eine eventuelle Bedrohung der öffentlichen Ordnung. Die Entscheidung wird letztendlich vom Innenministerium getroffen.

In der Praxis erhalten Asylbewerber zunächst eine auf einen Monat beschränkte Aufenthaltsgenehmigung. Sobald sie nachweisen können, daß sie beim OFPRA (Office français de Protection des Refugés et Apatrides) die Anerkennung als Flüchtling beantragt haben, wird diese umgewandelt in eine auf drei Monate befristete, deren Verlängerung jeweils neu beantragt werden muß.

Die „nouvelle politique d'immigration“

Diese Reorganisation der Ausländerpolitik fiel mit der wirtschaftlichen Krisensituation nach dem ersten Ölpreisschock zusammen. Sie findet ihren Ausdruck im 1974 erfolgten Anwerbestop, den ab 1977 eingeführten Rückkehrförderungsmaßnahmen und auf gesetzlicher Ebene in der 1980 verabschiedeten **„loi Bonnet“**, der ersten grundlegenden Überarbeitung der **„ordonnance du 2.11.1945“**. Erklärtes Ziel bei der Verabschiedung war, die Zahl der Ausländer jährlich um 200.000 zu verringern. Das Gesetz erleichterte den Behörden die sofortige Ausweisung, während bei der bisherigen Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigung immerhin eine Reihe von Rechtsmitteln offen blieben. Wer sich gefälschter Papiere bediente oder sich nach Ablauf der Aufenthaltsgenehmigung noch in Frankreich aufhielt, konnte unmittelbar ausgewiesen werden, weil er als für die öffentliche Ordnung bedrohlich galt. Die behördlichen Entscheidungsbefugnisse wurden erhöht, die Polizei konnte Festgenommene ohne Einspruchsmöglichkeit 48 Stunden lang in Gewahrsam bzw. Abschiebehaft nehmen.

Die **„loi Bonnet“** bildete den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Gesetzen, die in den folgenden Jahren erlassen wurden. Allein zu Einreise und Aufenthalt wurden zwischen 1980 und 1986 vier verschiedene Gesetze verabschiedet, und ein neuer Entwurf nimmt gerade die parlamentarischen Hürden.

Was das für die Rechtssicherheit der Betroffenen und Möglichkeiten administrativer Willkür bedeutet, ist leicht auszumalen.

Auch der Regierungsantritt der Sozialisten 1981 brachte da keine großen Veränderungen, da der Rahmen bestehen blieb — nämlich eine strikte Kontrolle jeglicher weiterer Zuwanderung sowie eine bessere Integration der bereits in Frankreich lebenden Ausländer mit etwas mehr Akzentsetzung auf den letzten Punkt.

Mit einer Maßnahme erregten die Sozialisten enormes Aufsehen: das war die Regularisierung von ca. 130.000 bis dahin illegal in Frankreich arbeitenden Ausländern, die als Grundsteinlegung für eine planvolle Einwanderungspolitik gedacht war. Dieses edle Vorhaben scheiterte zwar — der „illegale Nachwuchs“ ließ nicht lange auf sich warten — aber das Thema war in aller Munde.

Eine spürbare Verschärfung brachte die 1986 verabschiedete und bis jetzt immer noch gültige **„loi Pasqua“**. Zwar konnte eine ursprünglich im Gesetzentwurf vorgesehene tiefgreifende Reform des Asylrechts (siehe Kasten) dank zahlreicher Proteste verhindert werden, aber auch die Maßnahmen, die letztendlich durchgesetzt wurden, sind noch hart genug. Als Ziel wurde die Eindämmung des Mißbrauchs des bestehenden Rechts (in der Argumentation tauchte immer wieder eine angeblich übergroße Zahl von Scheinehen auf), sowie eine effektivere Bekämpfung der illegalen Einwanderung formuliert. Verwirklicht werden sollte dies durch eine Rückverlegung von Entscheidungskompetenzen von der Justiz zur Verwaltung — ein Zustand, der Willkürmaßnahmen Tür und Tor öffnete und den zu bekämpfen und zu verändern ein wichtiges Ziel der sozialistischen Politik gewesen war.

Vor allem durch die Berufung auf den wieder aufgewerteten Begriff einer angeblichen „Bedrohung der öffentlichen Ordnung“ kam es in der Folgezeit zu zahlreichen Ausweise- und Abschiebemaßnahmen, die mehr durch ihren spektakulären Charakter (Wohnheimrazzien um fünf Uhr morgens, Charterflug nach Mali auf Regierungsorder, Abschiebung iranischer Oppositioneller) als durch ihre zahlenmäßige Bedeutung Schlagzeilen machten und in Einwandererkreisen große Angst und Unsicherheit verbreiteten. Es spricht einiges dafür, daß diese Aktionen an die Adresse der „Front National“ und deren Wähler gerichtet waren, frei nach dem Motto: schaut mal, wie aktiv wir sind!

Ein neuer Entwurf, der fünfte innerhalb von zehn Jahren, wird derzeit im Schnelldurchgang — die Europawahlen lassen grüßen — im Parlament diskutiert. Die neuen Regelungen betreffen alle in Frankreich lebenden Ausländer, ausgenommen EG-Mitglieder und Algerier. Für letztere wurden in einem Abkommen vom 22.12.1968 besondere Aufenthaltsbestimmungen festgelegt, die damals Erleichterungen darstellten. Ironie des Schicksals: Falls dieses Abkommen jetzt nicht überarbeitet wird, sind die rund 800.000 davon betroffenen Algerier bald schlechter dran als die Ausländer, für die das neue Gesetz gelten wird.

Die wichtigste Änderung in dem nach Innenminister Joxe benannten Entwurf bildet die Einschränkung der Entscheidungskompetenzen behördlicher Instanzen: Die Einspruchsmöglichkeiten im Falle einer Abschiebehaft werden verbessert, eine Abschiebungsentscheidung kann nicht mehr von einer Behörde allein getroffen werden, sondern braucht die Billigung einer staatlichen Kommission. Außerdem ist die „Bedrohung der öffentlichen Ordnung“ kein Ausweisungsgrund mehr, diese kann erst bei einer „schweren Bedrohung“ erfolgen. Wortspielereien könnte man meinen, aber wie die Erfahrungen mit der **„loi Pasqua“** gezeigt haben, nicht ohne Konsequenzen.

Alles in allem stellt dieser Entwurf eine Rückkehr zu der zwischen 1981 und 1986 praktizierten Ausländerpolitik der Sozialisten dar. So erfreulich die Abänderungen gegenüber der **„loi Pasqua“** sind, gibt es doch zu denken, daß in einem so grundlegenden Bereich nach jedem Regierungswechsel ein Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel getrieben wird.

Neue Denkansätze

Veränderungen sind in den 80er Jahren außer in der Gesetzgebung auch und vor allem in der öffentlichen Diskussion über- und zunehmend auch mit mit Ausländer(n) festzustellen. Bis weit in die 70er Jahre hinein waren es technokratische, ökonomisch ausgerichtete Themen (Kosten-Nutzen Kalkül), die die Diskussion um die Ausländerpolitik bestimmten. Neue Diskussionsinhalte ergaben sich aufgrund struktureller Veränderungen: Über 70% aller Ausländer waren schon 1982 seit mehr als 10 Jahren in Frankreich. Der Anteil der Berufstätigen an der ausländischen Bevölkerung wurde u.a. durch die gestiegene Bedeutung des Familiennachzugs immer geringer; er liegt inzwischen sogar unter dem der Franzosen. Die Tatsache, daß die wirtschaftliche Nutzung der Einwanderung in den 60er Jahren

nicht mit einer sozialen Integration einherging, bereitete den Boden für Parteien wie die „Front National", die die Diskussion und Politik der letzten Jahre wesentlich beeinflußt hat. Ohne sie wäre der Streit, wie er sich um den **„Code de la Nationalité"** entwickelt hat, wohl kaum möglich gewesen.

Im „Code" finden sich noch am ehesten Spuren der langen Einwanderungstradition, die Frankreich von anderen europäischen Ländern unterscheidet. So z.B. **Artikel 23**, der einem in Frankreich geborenen Kind von Geburt an die Staatsangehörigkeit zugesteht, wenn ein Elternteil auch in Frankreich geboren ist.

Oder **Artikel 44**, der jedem in Frankreich geborenen Menschen bei Erreichen der Volljährigkeit dieses Recht sichert. Einzige Voraussetzung ist, daß man die letzten 5 Jahre vor der Volljährigkeit in Frankreich gelebt hat. Diese Artikel, die das sogenannte **„double jus soli"** bilden, wurden zwar nicht aus purer Menschenliebe, sondern gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus Soldatenmangel geschaffen, sie tragen aber nichtsdestotrotz heute dazu bei, daß viele Ausländer der „zweiten Generation" automatisch Franzosen werden. Ein Skandal für die „Front National"! Umso mehr, als „in Frankreich geboren" in manchen Fällen auch „in Algerien vor 1962 geboren" bedeuten kann, so daß die Algerier, die schmählich den Schoß der „grande nation" verlassen haben, jetzt auch noch Sonderrechte in ihr genießen. Was für eine Zerrissenheit das für viele Algerier selbst bedeutet, steht auf einem anderen Blatt, das mit vielen Aspekten nicht bewältigter Traumata aus dem Algerienkrieg gefüllt werden könnte.

Ein Beispiel dafür, wie wichtig solche Feinheiten werden können: Abdelkrim und Djamel haben gemeinsam einen Einbruch verübt und sind dafür zu 18 Monaten Haft verurteilt worden (eine Verurteilung zu einer mindestens einjährigen Haftstrafe ist ein Ausweisungsgrund). Sie sind beide 26 Jahre alt und stammen aus algerischen Familien. Abdelkrim ist nach der algerischen Unabhängigkeit in Frankreich geboren, seine Eltern sind in Algerien geboren: er ist also nach Artikel 23 (s.o.) Franzose und kann daher nicht ausgewiesen werden. Djamel dagegen ist im unabhängigen Algerien geboren und im Alter von sechs Monaten nach Frankreich gekommen: er wird ausgewiesen.

Deutlich wird dabei auch ein Problem, vor das sich Frankreich, zusätzlich zu den sich auch in anderen Ländern ergebenden Schwierigkeiten, gestellt sieht: viele der in Frankreich lebenden Ausländer kommen aus ehemaligen Kolonien. Vor allem um die Einwanderer aus dem Maghreb (ca. 2,5 Mio.) ging es bei der Diskussion um den „Code", wo „Front National" und konservative Parteien die Artikel 23 und 44 abschaffen bzw. ändern wollten. Vor allem sie sind auch beliebte Zielscheibe rassistischer Angriffe, während die zweite große Einwanderergruppe, die Portugiesen, kaum betroffen zu sein scheint. Deshalb ist es nicht erstaunlich, daß es gerade Gruppen (meist junger) maghrebinischer Einwanderer sind, die immer lauter das Wahlrecht für Ausländer fordern, um politisch gegen rassistische Angriffe reagieren zu können. Wohlgemerkt: das allgemeine und nicht nur das kommunale Wahlrecht. In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund, daß erst seit relativ kurzer Zeit unabhängige Staaten die Annahme der französischen Nationalität nicht gerne sehen, stellt sich die Frage, inwieweit politische Rechte und Staatsangehörigkeit unbedingt untrennbar miteinander verbunden sein müssen, oder ob nicht neue gesellschaftliche Gegebenheiten zu einer Umorientierung, der Schaffung einer „nouvelle citoyenneté" führen sollten, für die andere Kriterien als das der Nationalität ausschlaggebend wären. Das erfordert Denkanstrengungen, Aufhebung von (z.B. verfassungsrechtlichen) Denktabus und vielleicht langwierige Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der europäischen Länder als auch mit den Herkunftsländern. Aber ohne diese Auseinandersetzungen wird ein gleichberechtigtes Miteinander vor allem auch mit nichteuropäischen Einwanderern nicht möglich sein. Das gilt übrigens für die BRD genauso wie für Frankreich...

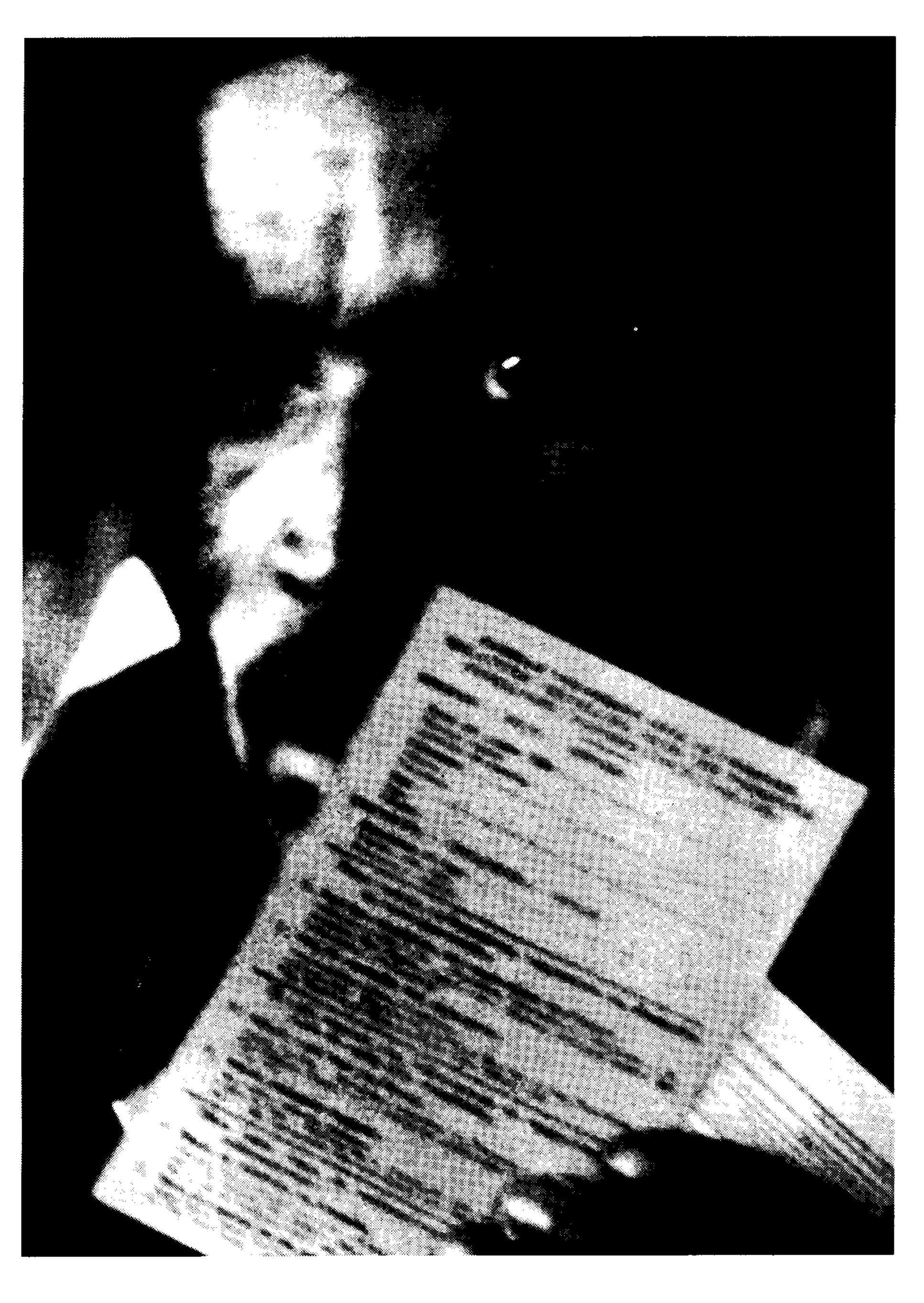
Beate Ziegler

Anmerkungen:

1) Originaltext: Tous les hommes nés domiciliés en France sont membres da la societe politique qu'on appelle la nation francaise, c'est-à-dire des citoyens francais.
2) Mit diesem Rundschreiben sollte die Praxis der nachträglichen Regularisierung von illegalen Einwanderern beendeet werden. Es hatte eine ganze Reihe von Abschiebungen zur Folge und leitete die Phase des restriktiveren Vorgehens ein.

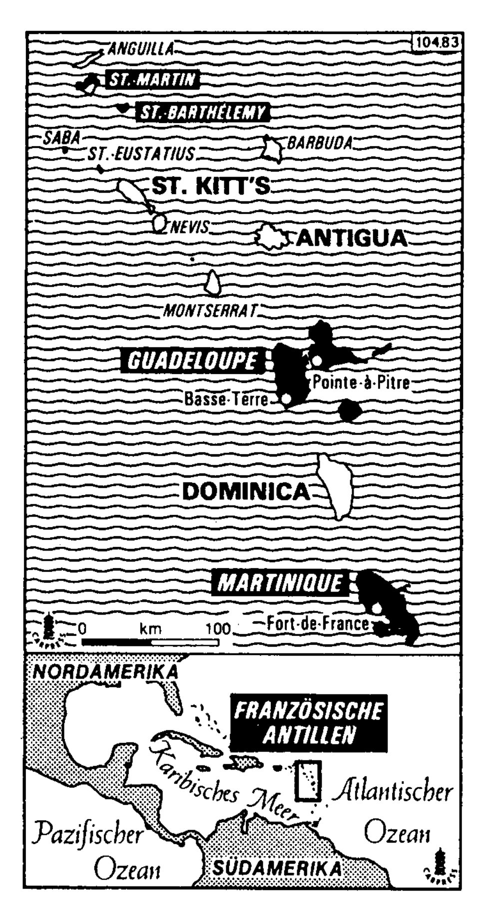
Zum Weiterlesen:

Noiriel, Gérard: „Le creuset français. Histoire de l'immigration XIXe-XXe siècles", Paris, 1988
Wihtol de Wenden, Catherine: „Les immigrés et la politique", Paris, 1988



Kolonie an der langen Leine?

In den französischen Überseebesitzungen gärt es. Kanaky war und bleibt in den Schlagzeilen, nur widerstrebend findet sich Frankreich mit dessen nahender Unabhängigkeit ab. In Papeete (Französisch Polynesien) fanden 1987 wilde Proteste statt.
Der Hungerstreik von 8 Mitgliedern der ARC — der „Revolutionären Karibischen Allianz", dem radikalsten Flügel der Unabhängigkeitsbewegung auf Guadeloupe — im April und Mai 1989 lenkt die Aufmerksamkeit auf eine schon seit Jahrzehnten geführte Auseinandersetzung: wann werden die letzten Relikte französischer Kolonialherrschaft unabhängig? Beispiel Guadeloupe: wie aussichtsreich sind die Unabhängigkeitsbestrebungen in dieser zukünftigen EG-Kolonie?



Bei einer Arbeitslosenquote von inoffiziell mindestens 40% (der — 1986 — 117.000 betragenden arbeitsfähigen Bevölkerung) hängt der Antillenarchipel Guadeloupe am Tropf Frankreichs: 80% des BSP zahlte Paris im gleichen Jahr aus öffentlichen Mitteln zu. Importen von 5,7 Milliarden Francs standen Exporte von 0,7 Milliarden gegenüber. Wirtschaftlich liegt die Inselgruppe danieder: die Zuckerproduktion ist ein Zuschußbetrieb, der Bananenanbau trägt sich gerade, wenn kein Unwetter dazwischenschlägt, die Industrieproduktion bietet knapp 3.000 Arbeitsplätze. Und der Tourismus? Hoffnungsträger noch Anfang der 80er, stagniert er heute bei direkt etwa 2.500 Stellen, die zum größeren Teil saisonabhängig sind. Die üblichen Rezepte (Steuervergünstigungen für die Neuansiedlung von Produktionen, Subventionen zur Modernisierung der Zuckerindustrie) ziehen nicht. Auch in den anderen DOM-TOM, mit Ausnahme Kanakys, sieht es ähnlich aus. Warum leistet sich Frankreich diese kostspieligen Erinnerungen an vergangene koloniale Größe? Und wie ist unter solchen Umständen Unabhängigkeit möglich?

Frankreichs Interesse

Bei einer Umfrage im Oktober 1988[1] nach Gründen, die einer Unabhängigkeit der DOM-TOM entgegenstünden, sahen 19% der befragten Franzosen militärstrategische Interessen. Für 17% zählte ein gewisser Gewöhnungseffekt. Und 13% sorgten sich um die ökonomische Hilflosigkeit der dann entstehenden Staaten.

Doch das vermeintliche Hauptargument zählt nicht mehr. Die militärstrategische Bedeutung der DOM-TOM ist längst nicht mehr ausschlaggebend: Frankreichs Diplomatie und Wirtschaftskraft schafft es, auch in unabhängigen Gebieten Militärstützpunkte aufrechtzuerhalten (Beispiel: Djibouti). Außerdem sind bewegliche Flugzeugträger effektiver als Inseln.[2] Und Atom-U-Boote brauchen keine Auftankhäfen mehr.

Als wichtiger gelten eventuelle Rohstoffvorkommen in den seit 1973 geschützten 200-Seemeilen-Zonen: Frankreich ist durch die DOM-TOM zum drittgrößten Meeresbesitzer aufgestiegen.

Vor allem aber bilden zwei der DOM-TOM Stützen für den Einfluß Frankreichs auf Weltpolitik bzw. Europa: die Pazifik-Atolle Mururoa und Fangataufa, dort wird das Nuklearpotential auf dem modernsten Stand gehalten; und das Satelliten- und Raumfahrtzentrum Kourou in Französisch Guyana, von dem aus das Weltall militärisch und wirtschaftlich genutzt wird. Ob dies auch bei verändertem politischem Status — mehr Autonomie oder gar Unabhängigkeit — möglich wäre?[3]

Warum die Antillen? So kostspielig wie die anfänglichen Zahlen glauben machen, ist Guadeloupe nicht. Denn ein Großteil der hineingepumpten Millionen Francs wird direkt wieder ausgegeben für Importe — und die stammen zu 70% aus Frankreich (und zu 11% aus der EG, zu 7,5% aus Martinique, zu 0,5% aus Französisch Guyana...). Ein weiteres Ziel: Ausfuhrplattform der französischen Industrie in die USA, die Karibik und nach Lateinamerika zu werden. Dazu werden die Hafenanlagen von Pointe-à-Pitre modernisiert und eine Freihandelszone eingerichtet. Aber Erträge sind erst in ferner Zukunft zu erwarten.

Und das Interesse der „classe politique", als „mittlere Weltmacht" gefragt zu sein und gehört zu werden, darf ruhig etwa kosten. Dazu paßt, daß auf den Antillen jetzt dank dem Satelliten Telecom I die staatlichen Programme Antenne 2 (Fernsehen) und France Inter (Radio) direkt zu empfangen sind — an Stelle bestehender lokaler Produktionen.

Überraschendes Ergebnis bei der obigen Umfrage, auch für französische Politiker, ist: fast die Hälfte aller Befragten steht einer Unabhängigkeit der DOM-TOM in-

nerhalb der nächsten 10 Jahre eher positiv gegenüber.

Departementalisierung

So paradox es heute scheinen mag: schon die „Erhebung" zum Departement 1946 war ein politischer Erfolg unabhängiger Kräfte.

In den 30er Jahren war auf den französischen Antilleninseln die Forderung nach sozialer Absicherung, nach Ablösung der noch bestehenden Feudalherrschaft auf den Plantagen immer deutlicher erhoben worden. Politisch umgesetzt hieß dies: Departementalisierung. 1946, bei der Neuordnung des französischen Kolonialbesitzes, gelang es, dies durchzusetzen. Die „Departementalisierung" galt als Erfolg: vermeintlich gleiche Rechte. Endlich gab es einen staatlichen Mindestlohn (Smig) — der niedriger lag als in Frankreich. Endlich Sozialleistungen — die in einem besonderen Fonds einbehalten und für kollektive soziale Projekte wie Schulkantinen etc. verwendet wurden.

Schon die politischen Forderungen der 30er Jahre gingen mit Diskussionen um die eigene kulturelle, afrikanisch-kreolische Identität einher (Durch Aimé Césaire u.a. nach Paris getragen, wuchsen sie zur Négritude-Bewegung an und förderten die afrikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen).

Forderung nach Autonomie

In den 50ern wurde die durch die Departementalisierung bewirkte Assimilation immer spürbarer: als Entfremdung. Ein nationales Bewußtsein artikulierte sich in allen DOM. 1958 benannten sich die dortigen Sektionen der kommunistischen Partei (PCF) um und verlangten — so die „Kommunistische Partei Guadeloupes" (PCG) ein Jahr später — Autonomie.

Am 14.12.1963 trafen sich Vertreter der kommunistischen Parteien, linker Gewerkschaften und Studentenorganisationen der vier DOM in Paris und verlangten eine Statusänderung: eigene, gewählte Volksvertretungen, eigene Exekutivorgane, eigene Interessenvertretung gegenüber Frankreich. Da stattdessen Repression und Willkürherrschaft andauerten, wurden die antikolonialistischen Gruppen 1968 deutlicher: neben politischen Reformen forderten sie in einem Manifest auch noch wirtschaftliche Maßnahmen (Landreform, Handelsfreiheit, Sozialprogramme) und eine Amnestie politischer Gefangener.

Zu Anfang der 70er Jahre (16.-18.8.1971) wurde auf Martinique die „Konvention von Morne-Rouge" beschlossen: Sie enthält konkrete Vorschläge zur Umwandlung der DOM in „autonome Staaten" mit eigenem Gerichtswesen, Steuerhoheit, Eigentumsgesetzgebung, Erziehungswesen etc. Berücksichtigend, wie sehr die Wirtschaftsmisere aus der kolonialen Ausbeutung herrührt (Monokulturen), werden hohe Zahlungen Frankreichs als Entschädigung festgesetzt. Auch der verbreitete Wahlbetrug soll abgestellt werden.

Ein Jahr später, Mai 1972, erreichte die Autonomiebewegung ihren größten Erfolg: an der „Konferenz von Paris für die Selbstbestimmung der DOM-TOM" nahmen auch Vertreter aus Neukaledonien und Französich-Polynesien teil sowie linke französische Gewerkschaften und Parteien (PS, PSU, PCF), damals in der Opposition. Neben der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung sprachen sie sich für weitere finanzielle Unterstützung, unter Verzicht auf Einflußnahme, aus.

Die Autonomiekonzeption sieht den Verbleib bei Frankreich vor. Dem französischen Staat wird eine gewisse Anzahl von Kompetenzen zugestanden: Währungshoheit, Außenpolitik, Verteidigung.

Vertreten wird die Forderung nach einer Autonomie Guadeloupes heute nur von der PCG. Eine Unabhängigkeit könne, so befürchtet ihr Generalsekretär Ernest Moutoussamy, nur pro-amerikanisch ausfallen.

Die anderen etablierten Parteien (wie in Frankreich: RPR, UDF und PS) halten am Departement-Status fest, wobei die Sozialisten seit der Regierungsübernahme in Frankreich unter der Parole „Dezentralisierung" gewisse Kompetenzen (einige wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entscheidungen betreffend) an das 1974 zur „Region" (normalerweise Verwaltungseinheit mehrerer Departements) ernannte



Proteststreiks in Pointe-à-Pitre Juli 1985.
Rechts auf Kreol: *„Ihr, die ihr Zuschauer bleibt — einverstanden damit, Fußtritte zu kassieren? Auf für die Würde!"*

die DOM-TOMs

Frankreich besitzt fünf Überseedepartements (Départements d'outre-mer) und vier Überseegebiete (Territoire d'outre-mer) sowie eine „territoriale Gemeinschaft" (Collectivité territoriale).

Die Überbleibsel der französischen Kolonien aus dem 17. Jhd. haben Departements-Status: Martinique, Guadeloupe, Französisch Guyana, Reunion sowie, seit 1976, St. Pierre-und-Miquelon. Bis auf einige Sonderregelungen (z.B. geringere Sozialleistungen, überdurchschnittlich hohe Beamtengehälter) werden die DOM wie französische Regierungsbezirke verwaltet.

Die Überseeterritorien Neukaledonien, Französisch Polynesien, Wallis und Futuna sind insgeamt imperialistische Eroberungen aus dem 19. Jhd. Die TOM besitzen eine gewisse Autonomie: Die dortigen Regierungsinstanzen verfügen über eigene Haushaltsmittel, sind in außen- und verteidigungspolitischen Fragen jedoch gebunden. Ihnen ist ein franz. Gouverneur übergeordnet. Gesetze gelten nicht automatisch in den Überseeterritorien. Von Ureinwohnern getragen, sind die Unabhängigkeitsbewegungen in den TOM (Neukaledonien, Französisch Polynesien) am stärksten. Als TOM zählen auch unbesiedelte antarktische Gebiete, die direkt von Paris aus verwaltet werden.

Eine besondere Regelung gilt für die Komoreninsel Mayotte, deren Bevölkerung sich 1974 gegen ein Aufgehen in der 1975 gegründeten unabhängigen Republik Komoren aussprach. Dem Wunsch, ebenfalls Überseedepartement zu werden, widersetzte sich Frankreich aus finanziellen Gründen.

In den französischen Überseebesitzungen leben etwa 1,6 Mill. Menschen.

Guadeloupe abtraten. Ihre Autonomieabsichten der 70er Jahre hat die regierende französische PS vergessen.

Unabhängigkeitsbewegung

Grundlage für die Forderung nach Unabhängigkeit bildet das Bewußtsein, eine eigene nationale Identität zu besitzen. Diese Identität beruht auf kulturellen Erfahrungen: einer „schwarzen", unterdrückten Geschichte[4]; einer eigenen Sprache, dem Kreol; einer mit den Nachbarinseln gemeinsamen karibischen Kultur.

So sind es denn auch die in der „Allgemeinen Vereinigung guadeloupeanischer Arbeiter" (UGTG) zusammengeschlossenen Gewerkschaften (vor allem die Landarbeitergewerkschaft UTA), basisnahe Gruppen in der katholischen Kirche, Intellektuelle und in Frankreich studierende Guadeloupeaner, die die Unabhängigkeitsbewegung ausmachen. Hinzukommen kleine politische Parteien, vor allem die „Volksvereinigung für die Befreiung Guadeloupes" (UPLG) — die sich konsequent nicht an den Wahlen beteiligen, sondern zur Stimmenthaltung aufrufen. Mit Erfolg: bei den Wahlen 1986 enthielten sich über 52% der WählerInnen.

Vom 5. bis 7.4.85 veranstaltete die UPLG die erste „Konferenz der letzten französischen Kolonien", um über ein gemeinsames Vorgehen der DOM-TOM-Unabhängigkeitsbewegungen zu beraten. Gefeiertes Vorbild war die Arbeit der FLNKS in Neukaledonien. Frankreich reagierte allergisch: ausländische Teilnehmer wurden wieder ins Flugzeug gesetzt, das zuerst beabsichtigte Verbot der Konferenz jedoch nicht riskiert.

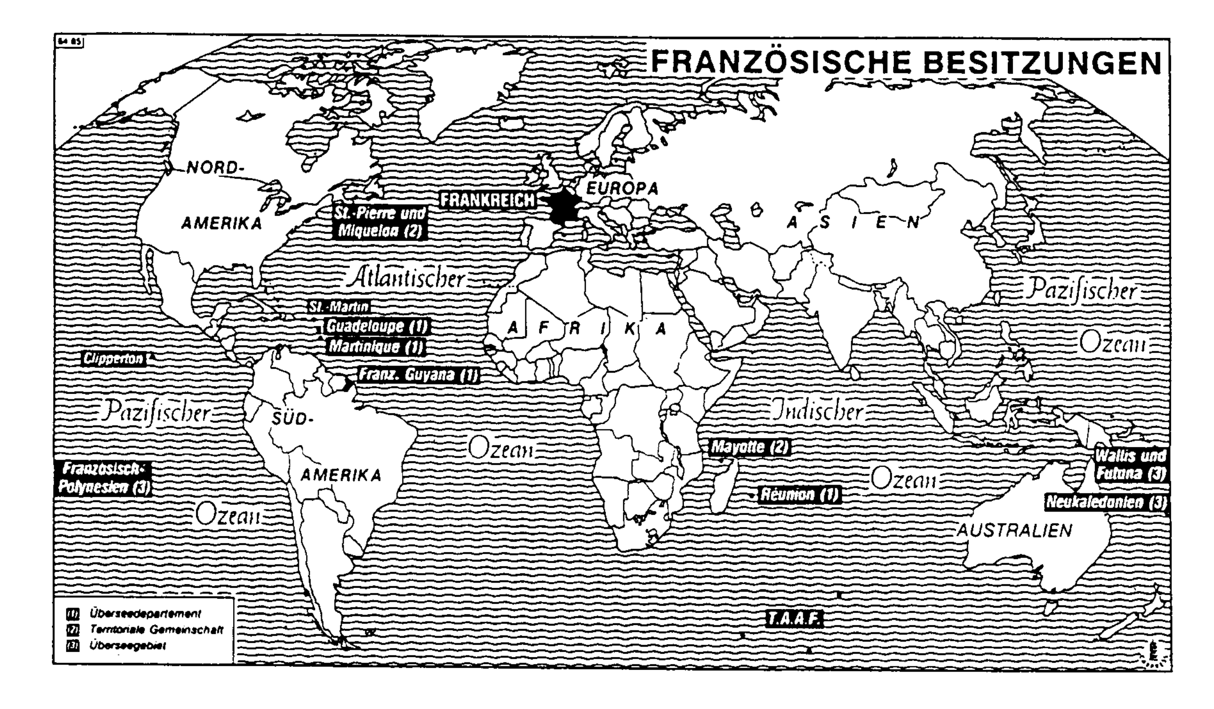
Im gleichen Jahr veranstaltete die UPLG ein Wirtschaftsforum, zu dem sie alle Interessenten einlud, um über Auswege aus der Krise zu beraten. Trotz überwiegender Zurückhaltung bei den Unternehmern und den etablierten Parteien gelang es der UPLG, auch in Wirtschaftsfragen an Ansehen zu gewinnen.

Der radikale Flügel der Unabhängigkeitsbewegung sucht mit Bombenanschlägen auf französische Einrichtungen die Auseinandersetzung: 1980/81 verübte eine „Gruppe bewaffnete Befreiung" Attentate in Guadeloupe und Paris. Zum Jahrestag der Revolte von 1802 (gegen die Wiedereinführung der Sklaverei durch Napoleon) am 28.5.1983 erfolgten 17 Bombenanschläge in Guadeloupe, Martinique, Französisch Guyana und Paris. Danach kam es immer wieder zu Anschlägen, zu denen sich die „Revolutionäre Karibische Allianz" (ARC) bekannte. Einige forderten Verletzte und Tote, darunter auch vier Unabhängigkeitskämpfer. Frankreich reagierte u.a. 1985 mit der Stationierung einer Antiterror-Abteilung der Polizei (SRPJ) in Pointe-à-Pitre.

Frankreichs Strategie ist zweigleisig: Erhöhung der Polizeipräsenz zur Abschreckung und Strafverfolgung, oft einfach auf Verdacht hin, einerseits. Da werden Mitarbeiter eines separatistischen Radios angeklagt wegen Unterstützung der ARC, oder einfach wie jetzt der UPLG-Vorsitzende Barfleur mitsamt Mitarbeiter verhaftet (April 1989). Andererseits werden Konzessionen gemacht, um die Lage zu beruhigen: der zu 3 Jahren verurteilte Lehrer Georges Faisans kommt nach heftigen Unruhen Juli 1985 unter Auflagen frei. Oder jetzt, am 5.6.89, nach dem Hungerstreik, wird schnell ein Amnestiegesetz speziell für Guadeloupe aufgesetzt. Das gleiche geschah 1988 im Zuge der Unabhängigkeitsverhandlungen in Neukaledonien. Begründung des Justizministers diesmal: „Sie (die Amnestie) soll Vorzeichen einer neuen Ära sein", „eine Etappe im kontinuierlichen Befriedungsprozeß".[5]

Perspektive Unabhängigkeit

Rückhalt finden die Unabhängigkeitsfor-



derungen innerhalb der kreolsprechenden Mehrheit der insgesamt 335.000 Guadelopeaner, vor allem bei den Landarbeitern. Entschiedenster Gegner ist die machtvolle Minderheit der „Metropolfranzosen“ und der französischstämmigen „Béké“, die sowohl die Plantagen besitzen als auch die sehr einträglichen Importlizenzen.

Ob die kleinbürgerlichen Schichten für die Unabhängigkeit gewonnen werden können, wird ausschlaggebend sein — und schwierig: Zum Teil leben sie ganz gut von Funktionärsgehältern, die, auf französischem Niveau liegend, noch um 40% aufgestockt sind „wegen hoher Lebenshaltungskosten“. Und die Perspektive wirtschaftlicher Unabhängigkeit ist, im karibischen Raum, keineswegs verlockend: die umliegenden Inseln weisen ein pro Kopf dreimal geringeres Bruttoinlandsprodukt auf. Die eingangs beschriebene Wirtschaftsmisere ist also zu relativieren: Für 6.000 Haitianer und 1.800 Dominicaner (von der Nachbarinsel Dominica) sind die geringen Verdienstmöglichkeiten auf Guadeloupe immer noch attraktiv.

Erkannt hat die Unabhängigkeitsbewegung, daß nur eine autozentrierte Entwicklung, begleitet von massiven Landreformen und Einfuhrbeschränkungen, die hohe Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Ziel ist, die Bedürfnisse der einfachen Leute zu befriedigen, mit den lokal vorhandenen Mitteln.[6] D.h., die Monokulturen einzuschränken, und verstärkt Nahrungsmittel anzupflanzen. Was bei Unabhängigkeit mittels Wirtschaftsplanung bewirkt werden soll, geschieht jetzt schon vereinzelt: Gewerkschaftsmitglieder „besetzen“ brachliegende Zuckerplantagen und bauen auf eigenes Risiko Reis an. Doch diese autozentrierten Maßnahmen allein können nicht genügen. Deshalb wird gefordert, daß Frankreich auch nach einer Unabhängigkeit seine Zahlungen im bisherigen Umfang aufrecht erhält. So utopisch das klingen mag, so berechtigt ist es: als Ausgleich für dreihundert Jahre Ausbeutung.

Deutlich spürbar sind die Unabhängigkeitsambitionen im Kulturellen. Der Gebrauch des Kreol, Umgangssprache der Unterschicht auf Guadeloupe, wird mehr und mehr politisiert: sein Gebrauch auf Mauerinschriften, Plakaten, Transparenten, im Religionsunterricht, bei Theateraufführungen, in der Zeitung der UPLG „Lendépandans“, in der Literatur ist Kampfansage. Neben der Abnabelung von der Frankophonie besteht im Kreol eine sprachliche Verbindung zu Martinique, Dominica — und Haiti, die die Erforschung der gemeinsamen, von Sklaverei geprägten Geschichte erlaubt und ein antillianisches, karibisches Bewußtsein fördert.

Hier, in der Beschränkung auf die Karibik, zeichnet sich die für die große Mehrzahl der Guadeloupeaner beste Perspektive ab. Gut, wenn sie noch vor der Schaffung des EG-Binnenmarktes in einem Vertrag à la Kanaky für alle DOM festgeschrieben würde.

Norbert Stamm

Guadeloupe wurde, nachdem die Ureinwohner wegen „fehlender Arbeitswilligkeit“ ausgerottet worden waren, von den französischen Kolonialherren ab dem 17. Jahrhundert — und unter dem besonderen Schutz von Ludwig XIV. — mit wenigen weißen Siedlern und massenweise aus Afrika herangeschleppten Sklaven besiedelt, um dort Zukkerrohr-, Bananen-, Kaffee- und Kakaoplantagen zu bearbeiten. Endgültig abgeschafft wurde das Sklaventum erst durch die Revolution von 1848 in Frankreich. Das Bewußtsein, Nachkommen von Sklaven zu sein, als Volk während Jahrhunderten entrechtet, gedemütigt, gequält worden zu sein, ist bis heute allgegenwärtig in Guadeloupe.

Als französische Departements sind Guadeloupe ebenso wie Martinique, Französisch-Guyana und Réunion Teil der EG. Der „grenzenlose Binnenmarkt“, der bis 1993 vollendet sein soll, wird daher auch sie einbeziehen, eine tödliche Bedrohung für diese kleinen, wirtschaftlich schwachen, von kolonialer Abhängigkeit geprägten, von Europa ca. 7.000 km entfernten Gebiete.

Am 23. April haben 8 politische Gefangene aus Guadeloupe, die für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpfen, einen unbefristeten Hungerstreik begonnen: Luc Reinette und vier weitere Gefangene in Paris sowie drei Gefangene in Guadeloupe. Angesichts der Amnestie für korsische und kanakische politische Gefangene wollen sie einerseits ihre Freilassung erreichen, vor allem aber wollen sie das guadeloupeanische Volk gegen die Gefahren des „Binnenmarktes“ mobilisieren (...).

Am 5.6.89 hat die französische Nationalversammlung ein Amnestiegesetz verabschiedet, das die Freilassung aller guadeloupeanischen und martinikanischen Gefangenen vorsieht, die vor dem 14.7.1988 gegen „die Autorität der Republik“ verstoßen haben. (Anm. d. Red.)

Botschaft der guadeloupeanischen politischen Gefangenen an das Volk von Guadeloupe

„Wir, guadeloupeanische politische Gefangene, haben beschlossen, am 23. April 89 einen unbegrenzten Hungerstreik zu beginnen. Darüber informieren wir unser Volk im voraus, damit es die tieferen Gründe dieses Unterfangens versteht, sich nicht irre machen läßt und diese Initiative nicht als improvisierte Geste deutet. Natürlich kämpfen wir für unsere Freilassung, da wir überzeugt sind, daß sie sich positiv auf Guadeloupe auswirken kann. Aber vor allem und im Tiefsten kämpfen wir dafür, unser Land vor dem europäischen Zugriff zu retten. (...)

Jedem wird heute klar, daß Europa schrittchenweise nicht und niemanden aussparen und unserem Land am Ende den sicheren Tod bringen wird. Selbst ein von Franzosen erarbeiteter Bericht, der Bericht JARNAC, spricht von fatalem Ausgang, falls nicht spürbare politische Reformen verwirklicht werden.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die Europäer durch ihre massive Niederlassung hier und durch ihre erdrückende Finanzkaft die kollektiven Interessen unseres Volkes auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene in nicht mehr umkehrbarer Weise infragestellen werden. Die Vertreter des offiziellen Denkens hingegen, die nur darauf aus sind, uns zu integrieren, schweigen, obwohl sie bestens wissen, daß das Europa der Zwölf uns desintegrieren und aus uns Bürger dritter Klasse machen wird, simple Statisten in unserem eigenen Land.

Es gibt jedoch nur eine rechtmäßige Gemeinschaft auf dem Boden von Guadeloupe: das guadeloupeanische Volk, eine dreihundertjährige geschichtliche und kulturelle Gemeinschaft, dessen unterschiedliche ethnische Bestandteile aufgerufen sind, solidarisch im Rahmen einer Schicksalsgemeinschaft eine neue guadeloupeanische Gesellschaft aufzubauen, die sich auf gegenseitige Achtung, sozialen Fortschritt und Würde gründet. (...)

Und da ein unterdrücktes Volk für seine Befreiung nur auf seinen eigenen Kampf zählen kann, richten wir aus den französischen Gefängnissen, in denen wir unser Leben für die Integrität unseres Landes einsetzen, an alle Patrioten, Demokraten, an alle, die den ihre Persönlichkeit fesselnden Panzer der Konditionierung aufbrechen wollen, den unüberhörbaren Ruf, sich für das Überleben unserer Insel und unserer karibischen Identität zu mobilisieren. (...)“

Einleitung und Übersetzung: Dorothee Piermont

Anmerkungen:

1 Le point, 31.10.88
2 Jean-Pierre Gomane, Perspectives de la France outre-mer, in: Politique Etrangére, 2/1985
3 Gomane glaubt das und führt die Atombombenversuche Großbritanniens an.
4 siehe den Brief Luc Reinettes (ARC) an Nelson Mandela, abgedruckt in Konkret 3/89
5 Le Monde, 7.6.89
6 Robert Ageneau, Autonomie ou Indépendance pour les Antilles et la Guyane?, in: Quel avenir pour les DOM?, Paris 1978

Gute Informationen zu vielen Aspekten des Themas „Frankreich und Dritte Welt“ in pogrom Nr. 146, 5/1989

10 Jahre Revolution in Nicaragua

Eine nachdenkliche Bilanz

10 lange Jahre hält nun die Revolution in Nicaragua dem massiven wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck der USA stand. Wenn auch die nationale Souveränität erhalten werden konnte, so wurden doch viele soziale und politische Ziele der Sandinisten nicht erreicht. In diesem Heft veröffentlichen wir drei Diskussionsbeiträge, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Probleme Nicaraguas analysieren und die die Ziele der westdeutschen Solidaritätsbewegung kritisch beleuchten. War die Wirtschaftspolitik der Sandinisten vorwiegend von guten Wünschen und Intentionen geleitet, die meint, sich über reale Preis- und Austauschverhältnisse hinwegsetzen zu können, wie Roger Peltzer schreibt, oder sind die ökonomischen Probleme des Landes in erster Linie auf den Contra-Krieg zurückzuführen? Andreas Wenzel stellt in seinem Artikel die These auf, daß die neue Wirtschaftspolitik der Sandinisten keine bedingungslose Unterwerfung unter die vom IWF geforderten Maßnahmen bedeutet. Das Infobüro Nicaragua aus Wuppertal stellt in seinem Beitrag die Frage nach den Grenzen nationaler Befreiung und problematisiert das Verhältnis der hiesigen Solidaritätsbewegung zur FSLN. Weiterhin werden die unterschiedlichen politischen Strömungen innerhalb der Nicaragua-Solidarität unter die Lupe genommen.



„Revolution oder Tod. Wir werden siegen!"

Noch immer werden in aktuellen Reportagen über Nicaragua Filmausschnitte über den 19. Juli 1979 eingeblendet: Verbände der sandinistischen Befreiungsfront ziehen unter Jubel und in einem Meer von rotschwarzen und blauweißen Fahnen in Managua ein. Mit dem Sturz Somozas nahm auch die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung einen enormen Aufschwung. Das zumindest bis zur spektakulären Besetzung des Nationalpalastes in Managua durch eine Gruppe unter Führung Eden Pastoras recht begrenzte Häuflein der Nicaraguabewegten — eine bunte, dem Charakter der nicaraguanischen Revolution entsprechende Mischung aus Anarchisten, Theologiestudenten, Dritte-Welt-Bewegten, mittelständischen Unternehmern und anderen — vergrößerte sich rasch. Zahlreiche Komitees, Aktionsgruppen und „Institutionen" entstanden: Nicaragua wurde das Land, das einen Großteil der Dritte-Welt-Aktivitäten in der Bundesrepublik auf sich zog.

Mit Nicaragua verbindet sich nach wie vor die Hoffnung, daß eine Symbiose von Revolutionierung bestehender Unrechtsverhältnisse und christlicher Nächstenliebe einen neuartigen und erfolgreichen Weg der Überwindung von Elend und Ausbeutung in der Dritten Welt aufzeigt.

Zehn Jahre später ist deshalb nicht nur eine Bilanz zu ziehen, welche der hochgesteckten Erwartungen die Revolution in Nicaragua einlösen könnte. Es ist auch eine selbstkritische Aufarbeitung bisheriger Solidaritätsarbeit zu und mit Nicaragua angezeigt.

Zunächst einmal sieht es so aus, daß Nicaragua am zehnten Jahrestag des Sturzes von Somoza den Sieg über die von der größten Militärmacht der Welt gesteuerte Aggression gegen die sandinistische Revolution und das absehbare Ende des seit 1982 andauernden Krieges feiern kann. Zentralamerika wird in den Lobreden auf die Ära Reagan nicht als Beispiel der „wiedergewonnenen" Stärke der USA genannt werden können. Wie die Sandinisten es verstanden haben, sich gegenüber dem massiven powerplay aus dem Norden mit politischen, diplomatischen und militärischen Mitteln zu behaupten, ist bemerkenswert.

Trotzdem werden die wenigsten Menschen in Nicaragua am 19. Juli dieses Jahres ungeteilte Freude verspüren. Das Land befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise zumindest seiner jüngeren Geschichte: Die Inflation erreichte 1988 5000%. Die Auslandsverschuldung ist auf sieben Milliarden Dollar gestiegen. Der Lebensstandard vieler Nicaraguaner ist dramatisch gesunken. Die notwendigen Kürzungen im Staatshaushalt treffen auch viele Sozialprojekte, Tausende von Staatsbediensteten mußten entlassen werden. In einigen Regionen des Landes zeigen sich wieder Anzeichen von Hunger und Unterernährung. Die Kriminalität, die in den ersten Jahren nach der Revolution stark zurückgegangen war, steigt wieder deutlich an: Not und Knappheit sind die Ursachen.

Diese Wirtschaftskrise ist in erste Linie eine Folge der direkten und noch mehr der indirekten Kosten des Krieges — viele der qualifizierten und produktivsten NicaraguanerInnen mußten sich notgedrungen dem Krieg widmen. Sie ist aber auch Folge von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fehlentscheidungen, die von der nicaraguanischen Administration und einer Reihe ihrer ausländischen Berater zu verantworten sind.

Schaut man sich die Wirtschaftspolitik in den ersten Jahren nach der Revolution an, dann konkurrierte die politische Entscheidung für eine gemischte Wirtschaft mit der bei vielen Sandinisten und auch in Solidaritätskreisen — der Autor dieses Artikels schließt sich da nicht aus — verbreiteten Überzeugung, daß eine Emanzipation von Unterentwicklung und Abhängigkeit nur über eine „planmäßige" und massive Lenkung der zentralen Wirtschaftsbereiche durch den Staatsapparat zu gewährleisten ist.

So führte der Wunsch, sich von der Abhängigkeit einiger weniger Rohstoffpreise (Kaffee, Baumwolle, Fleisch) abzukoppeln, zu der Überlegung, durch die Schaffung hochmoderner Agroindustriekomplexe die nationale Wertschöpfung zu erhöhen, Importe zu ersetzen und sich neue, nicht von extremen Preisschwankungen betroffene Exportmärkte zu erschließen. Dies sollte nun nicht über einen längeren Zeitraum, sondern — vor dem Hintergrund des vorhandenen revolutionären Elans und der hochgespannten Erwartungen verständlich — möglichst schnell in einigen wenigen Schritten erreicht werden.

Mit dieser Überlegung ging die insbesondere im Agrarministerium verbreitete Einschätzung einher, daß es allemal effektiver sei, Ressourcen und Arbeitskraft auf einige wenige große Staatsfarmen zu konzentrieren, als sich in der Beratung von zehntausenden von Kleinbauern zu verzetteln. Aus dieser Sicht ließ sich auf dem Reißbrett das Problem der Versorgung der Großstadt Managua mit Eiern mit Hilfe einiger hochmoderner Legebatterien wesentlich schneller und wirksamer lösen als mit einem langfristig angelegten Programm der Stimulierung der Hühnerzucht und Eiervermarktung bei kleinen und mittleren privaten Produzenten.

Die Präferenz der ersten Revolutionsjahre für staatlich gesteuerte große Farm- und Agroindustrieprojekte ging mit einer oftmals recht voluntaristischen Preis- und Außenwirtschaftspolitik einher. Auf der einen Seite führten die Höhe der Ankaufpreise für Agrarprodukte und deren gleichzeitige Subvention zeitweise zur einer Situation, in der es für die Bauern rational war, ihr Vieh mit gekauftem Mais zu füttern, anstatt diesen selbst anzubauen.

Andererseits sollten mit dem künstlich niedrig gehaltenen Wechselkurs für den Cordoba die importierten Inputs für Landwirtschaft und Agroindustrie (Düngemittel, Insektizide, Traktoren, Maschinen) billig gehalten werden. In der Folge dieser Politik bildeten sich in den Jahren 1976/77 völlig phantastische Preisrelationen heraus: Da kosteten vier Liter importierten Benzins, dessen Verkaufspreis auf Basis des offiziellen niedrigen Wechselkurses berechnet wurde, soviel wie eine Möhre. Diese Politik gab vielfältige ökonomische Anreize, modernste Technologie zu importieren, während eine nationale Produktion z.B. die von biologischen Schädlingsbekämpfungsmitteln (auf Basis des Neembaums) gegenüber den importierten und „künstlich" verbilligten Insektiziden nicht wettbewerbsfähig war.

Im Zusammenspiel mit den Folgen des Krieges, der für sich genommen eine Einschränkung der Importkapazität für nichtmilitärische Güter und eine chronische Devisenknappheit bedingte, mußte diese ökonomische Politik zu einer dramatischen Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise beitragen. Die neugebauten Agroindustriekomplexe leiden heute unter diesem chronischen Devisenmangel. Viele teure Anlagen liegen still, da keine Ersatzteile beschafft werden können. Es fällt Nicaragua schwer, die für den Betrieb dieser Anlagen notwendigen Spezialisten zu halten. Nach der radikalen Umkehr der Preis- und Wechselkurspolitik, die sich seit Mitte des letzten Jahres wieder an den tatsächlichen Knappheiten, sprich den Preisen auf dem Weltmarkt und in der Region orientiert,

zeigt sich zudem, daß der Kleinbauer in Matagalpa die Milch zur Hälfte der Kosten produziert wie die übertechnisierte und hochmoderne Milchfarm in Chiltepe mit ihrer störungsanfälligen Massentierhaltung, automatisierten Melkmaschinen etc..

Nachdem Wechselkurs und Preise allerdings jahrelang künstlich festgehalten worden sind, waren die Anpassungsmaßnahmen im Februar und Juni 1988 dermaßen drastisch, daß sie für sich genommen neue gravierende Ungleichgewichte hervorgerufen haben. Nicaragua sieht sich heute vor dem extrem schwer zu lösenden Problem, sein gesamtes monetäres System (Preise, Wechselkurse, Zinsen) wieder in eine einigermaßen stabile Verfassung zu bringen.

Dieses Beispiel eines Feldes sandinistischer Wirtschaftspolitik ist auch für die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik lehrreich, verdeutlicht es doch, welche Folgen eine Wirtschaftspolitik haben kann, die überwiegend von Wünschen und guten Intentionen geleitet ist und meint, sich über reale Preis- und Austauschverhältnisse sowie Verhaltensweisen von Wirtschaftssubjekten hinwegsetzen zu können.

Wenn es zutrifft, daß bei vielen Solidaritätsbewegten als handlungsstiftendes Motiv die Hoffnung mitschwingt, daß neue und lebenswertere Verhältnisse in Nicaragua leichter durchzusetzen seien als in den festgefahrenen gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik, dann zeigt sich heute, daß die Compas in Nicaragua mit Restriktionen konfrontiert sind, die denen einer Politik ähneln, die auf Veränderung in der Bundesrepublik zielt.

In den Anfangsjahren der nicaraguanischen Revolution war viel von dem „neuen Menschen" die Rede. Diese Begrifflichkeit bezog sich auf eine revolutionäre Situation, die in der Tat unglaubliche Energien freigesetzt und in kurzer Zeit soziale und kulturelle Leistungen ermöglicht hat, für die in vergleichbaren Ländern Jahre, wenn nicht Jahrzehnte benötigt werden: Alphabetisierung, durchgreifende Agrarreformen, Versorgung abgelegener ländlicher Räume mit Gesundheitsstationen. Nur mit dem einkehrenden revolutionären Alltag ergibt sich, daß auch die Nicas keine besondere Spezies von Mensch sind. Die sandinistischen Produktionskooperativen, bei denen alle Produktionsmittel Gemeineigentum der Genossenschaft sind, bleiben doch Ausnahmen und erweisen sich vielfach nur dann als tragfähig, wenn die Mitglieder aus einem Familienverband kommen.

Ein anderes Beispiel: Wer hier in der Bundesrepublik miterlebt hat, wie eine wichtige potentiell gesellschaftsverändernde Kraft wie die Grünen sich jahrelang in genüßlicher Selbstzerfleischung ergangen hat, wird natürlich verführt, seine Hoffnungen auf Entwicklungen jenseits unserer Grenzen zu konzentrieren. Nur erweist sich bei näherem Hinsehen, daß es zwar die FSLN trotz interner Differenzen geschafft hat, eine eindrucksvolle politische Geschlossenheit zu wahren, daß es aber die nicaraguanische Volkskirche in punkto Zerstrittenheit durchaus mit den Grünen aufnehmen kann.

Die Solidaritätsbewegung kann am Beispiel Nicaraguas lernen, daß wir nicht von Menschen in anderen Ländern das an „revolutionärer Veränderung" erwarten sollten, was wir selbst zu erreichen und umzusetzen nicht in der Lage sind.

Wenn diese Lehre beherzigt wird und wenn zehn Jahre Solidaritätsarbeit zu Nicaragua zum Anlaß genommen werden, das eigene Weltbild und vorgefaßte Ansichten immer wieder in Frage zu stellen — von der Lernbereitschaft der FSLN könnten wir uns da gut ein Stück abschneiden — dann besteht durchaus Anlaß zu etwas Stolz und zum Feiern. Unsere Solidaritätsarbeit hat immerhin dazu beigetragen, daß sich Mittel- und das gesamte Lateinamerika mit der sandinistischen Revolution politisch, kulturell und zum Teil auch wirtschaftlich von dem mächtigen Nachbarn im Norden emanzipiert hat. Für jeden, für den die Erosion der Machtpotentiale der Supermächte ein wichtiger Beitrag zur Herstellung einer gerechteren Welt ist, sollte dies Anlaß zur Freude sein. Es wäre schön, wenn die Sandinisten in den nächsten Jahren beweisen könnten, daß sie nicht nur in der Lage sind, Diktatoren zu stürzen, eine Großmacht in ihre Schranken zu weisen, Großbauern zu entmachten und faszinierende Bücher, Gedichte und Lieder zu schreiben, sondern daß sie auch eine Wirtschaftspolitik auf den Weg bringen können, die den Armen in Stadt und Land ermöglicht, ihre materiellen Lebensverhältnisse schrittweise zu verbessern.

Roger Peltzer

Kein Kniefall vor dem IWF

Die neue Wirtschaftspolitik der Sandinisten

Eines der größten wirtschaftlichen Probleme Nicaraguas ist die Inflation, die eine direkte Folge des Krieges ist und nach der Währungsreform im Februar 1988 bereits wieder 33.000 Prozent erreicht hatte. Die neue Politik der Inflationsbekämpfung soll an den Bereichen Importfinanzierung, Agrarproduktion, Bildungs- und Gesundheitswesen aufgezeigt werden. Dabei können die komplexen ökonomischen Zusammenhänge wegen der Kürze des Artikels jedoch nur angerissen werden.

Der Krieg, der nicht nur vielen tausend Menschen das Leben kostete — fast jede nicaraguanische Familie hat Opfer zu beklagen — hat bis August 1988 auch 12,2 US-$ an Schäden verursacht und ist damit zweifelsfrei die Hauptursache für den wirtschaftlichen Niedergang Nicaraguas. Würde man diese Tatsache unterbewerten oder außer acht lassen, dann liefe man Gefahr, einer imperialistischen Propaganda aufzusitzen, die behauptet, der wirtschaftliche Niedergang und die damit verbundenen sozialen Härten hätten ihre ausschließlichen Ursachen in der Mißwirtschaft der sandinistischen Regierung. Wenn die USA die Kosten des Krieges bezahlen würden, wozu sie wegen der völkerrechtsverletzenden Einmischung bereits am 27.6.1986 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verurteilt wurden, könnte Nicaragua seine Auslandsschulden in Höhe von rund 7,3 Mrd. US-$ sofort bezahlen und hätte darüber hinaus noch 5 Mrd. US-$ für den na-

tionalen Wiederaufbau. Die Kosten des nunmehr acht Jahre andauernden Krieges, verteilt auf pro Kopf der Bevölkerung pro Jahr, entsprechen ungefähr dem Jahreseinkommen eines Arbeiters. Diese hypothetischen Zahlenspiele sollen nur die Belastung des Landes durch den Krieg verdeutlichen.

Um soziale Programme trotz des Krieges finanzieren zu können, setzte man die Notenpresse in Gang. Eine weitere Folge des Krieges ist die Verknappung der Güter und Dienstleistungen, also eine Verschärfung des Verhältnisses Waren zu Geld, da man zwangsläufig mehr Ressourcen in den unproduktiven Sicherheitsbereich stecken mußte.

Nachdem nun die militärische Niederlage der Contra offensichtlich ist, muß man jetzt versuchen, die „Altlast Krieg", d.h. seine Folgen zu beseitigen. Die Politik, die Nicaragua in den letzten Jahren verfolgte, hatte als primäre Zielsetzung die Verteidigung des Landes und damit die Verteidigung der Revolution. Ökonomische Zielsetzungen hatten sich unter dieses Hauptziel unterzuordnen. Diese Politik war zu ihrer Zeit die einzig mögliche, und sie war auch erfolgreich, was die militärische Zerschlagung der Contra betrifft. Die sandinistische Regierung setzte ihre Aufbauprogramme und ihr soziales Engagement in den Krisengebieten besonders im Norden des Landes gegen den Terror der von den USA bezahlten Mörderbanden. So wurde der Contra im Lauf der Jahre immer mehr die soziale Basis entzogen, welche die Grundlage für einen erfolgreichen Guerillakampf darstellt. Nachdem man erkannt hat, daß von der Contra keine so ernsthafte militärische Bedrohung wie in den letzten Jahren mehr ausgeht, verlor die militärische Verteidigung ihren Hauptzielcharakter, der wirtschaftliche Wiederaufbau gewann wieder vermehrt an Wichtigkeit.



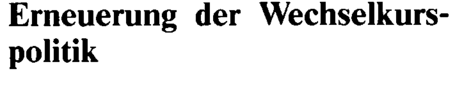
Für 20 Córdobas bekam man 1981 noch ein Essen auf dem Markt. 1986 kostete das gleiche bereits mehr als 1000 Córdobas

Das Leitziel Inflationsbekämpfung

Das Hauptziel für 1989 ist eindeutig die Inflationsbekämpfung, mit der man versuchen will, die ökonomische Situation all derer zu verbessern, die unter der starken Inflation besonders zu leiden hatten und das sind vor allem die Arbeiter und die Bauern. Ende 1988 konnte ein Arbeiter mit seinem regulären Lohn nur noch 10% des Grundwarenkorbs kaufen. Die restlichen 90% des Warenkorbs mußte er sich irgendwie anders beschaffen, da die Löhne nicht der Inflation angepaßt waren. Eine Wirtschaft, die nicht mehr rationalen Gesetzen unterworfen ist, also auch nicht mehr rational lenkbar ist, weist gravierende soziale Härten auf. Da wirtschaftliches Handeln in Nicaragua nicht mehr möglich war, versuchte man sich mit dem Wirtschaftsplan für 1989 mittels Inflationsbekämpfung wieder einen ökonomischen Handlungsspielraum zu eröffnen, der nicht wieder in kürzester Zeit durch den Preisanstieg zunichte gemacht wird. Die Inflationsbekämpfung setzt in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik an:

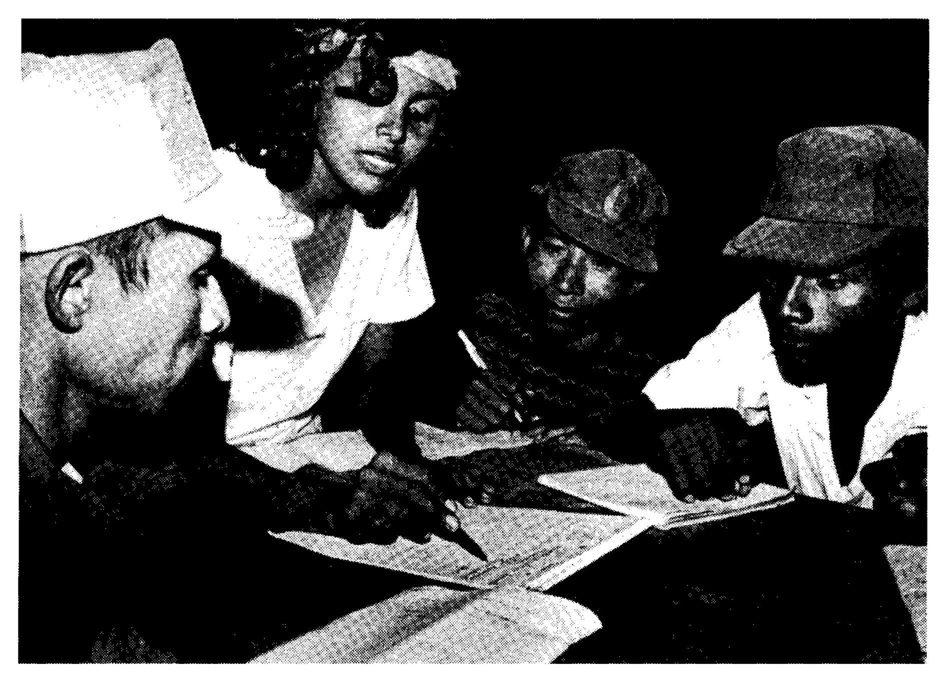
— In der **Steuerpolitik** auf der Einnahmenseite durch den Verkauf staatlicher Immobilien und der Erschließung anderer zusätzlicher Einnahmequellen, durch Vermögenssteuer auf Anlagevermögen und die Erfassung neuer Steuerzahler; auf der Ausgabenseite durch eine äußerst starke Reduzierung öffentlicher Ausgaben. Die Reduzierung der Ausgaben umfaßt neben der Verringerung um 12.000 Stellen auch eine drastische Schrumpfung des Etats der staatlichen Stellen. Für Büroeinrichtungen etc. wird gar kein Geld mehr zur Verfügung stehen.

— **Finanzpolitisch** soll versucht werden, durch die gezieltere Vergabe von Krediten die exportfähige Produktion und die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Dem nicht produktiven Sektor werden nicht mehr so leicht Kredite gewährt. Bisher wurden Kredite selten zurückgezahlt, was die umlaufende Geldmenge ebenfalls stark erhöhte. Jetzt werden Sicherheiten bei der Vergabe von Krediten verlangt, und die Kredite werden nicht mehr vorrangig an Kooperativen, sondern auch an Kleinbauern vergeben. Das Wechselkursrisiko bei Krediten trägt jetzt der Kreditnehmer. Die Zinsen für die Kredite werden jetzt in regelmäßigen Abständen (meist monatlich) der Inflation angepaßt, wodurch eine Entwertung der zurückzuzahlenden Kredite durch die Inflation vermieden wird.



Erneuerung der Wechselkurspolitik

Ein weiteres Problemfeld in der heutigen Wirtschaftspolitik ist die **Wechselkurssubvention** der letzten Jahre. Mit politisch gewichteten und unterschiedlich gestaffelten Wechselkursen versuchte man, Importe gemäß ihrer Wichtigkeit durch einen überhöhten Cordoba zu subventionieren. Ursprüngliches Ziel dieser eigentlich produktionsfördernden Politik war es, von der traditionellen Exportproduktion, die sich ausschließlich auf landwirtschaftliche Rohstoffe konzentrierte (Baumwolle, Kaffee usw.), wegzukommen. Man widmete sich verstärkt dem Aufbau der weiterverarbeitenden Industrie. Mit dem Aufbau einer eigenständigen Industrie wollte man eine Verringerung der Weltmarktabhängigkeiten erreichen, die bei der Produktion und beim Verkauf der traditionellen Exportprodukte durch den massiven Preisverfall dieser Produkte besonders stark sind. Diese Politik schlug aus mehreren Gründen fehl: Mit der Importsubvention verschlechtern sich automatisch die Exportchancen, einheimische Produktionen wurden zugunsten subventionierter Importe benachteiligt, weil keine weiteren Produktionsanreize gegeben waren. Mit seiner staatlichen Festlegung verlor der Wechselkurs seine eigentliche Aufgabe, ein Gleichgewicht zwischen ausländischem und inländischem Preisniveau herzustellen. Zu Beginn des Jahres entschloß man sich schließlich, die Experimente mit den unterschiedlichen Wechselkursen aufzugeben. Der Wechselkurs wird nun, wie auch der Zinssatz seit Anfang des Jahres, dynamisch an die Inflation angepaßt. Der offizielle Kurs und der Parallelkurs werden vereinheitlicht, womit man versucht, dem Devisenschwarzmarkt das Wasser abzugraben. Durch die Einführung eines realen Wechselkurses versucht man, die durch einen überteuerten Cordoba verursachte künstliche Subvention von Importgütern abzubauen. Dabei erhöhen sich die Preise der Importgüter und senken



Erwachsenenbildung bei der Kaffee-Ernte in den Bergen Matagalpas. Die junge Frau, die den Unterricht erteilt, ist eine Studentin aus León und hilft als Brigadistin für sechs Wochen bei der Ernte.

sich die Preise der Exportgüter. Früher zahlte der Staat die Differenz zwischen verbilligten Importgütern und dem Preis für die Verbraucher, indem er die Notenpresse in Gang setzte, Benzin, das früher durch die hohe Subvention nur einige Pfennige kostete, kostet heute mehr als das Zehnfache. Auch die Preise der anderen Importgüter haben sich durch den Wegfall der Wechselkurssubvention vervielfacht. Kurzfristig betrachtet entstehen dadurch Härten für viele von Importen abhängige Betriebe. Diese Betriebe stehen nun vor der Wahl, dicht zu machen oder sich anzupassen, indem sie ihre Produktion verbessern, ihren Export erhöhen und/oder die Importgüter durch inländische Güter substituieren.

Mittel- bis langfristig kann eine Wechselkurssubvention, wie sie in den letzten Jahren in Nicaragua bestand, nicht aufrecht erhalten werden. Durch die Einführung eines realen Wechselkurses entstehen dem Staat keine Kosten, und es werden neue Produktionsanreize geschaffen. Zwei Beispiele hierzu:

1. Früher war es billiger, subventionierte Pharmaprodukte im Ausland zu kaufen, da die Rohstoffe, aus denen diese Produkte bestanden, auf dem Weltmarkt teurer waren als die Produkte selbst. Heute ist es kostengünstiger, die benötigten Pharmaprodukte im Inland zu produzieren. Pharmaprodukte, die nicht im Land selbst produziert werden können sowie neue Produktionstechnologien, werden allerdings durch die Verteuerung der Importe unerschwinglich teuer und für die Bevölkerung kaum mehr erhältlich sein.
2. Der zügellose Einsatz importierter, nahezu kostenloser agrochemischer Produkte wie Insektizide, Pestizide und Fungizide soll künftig gedrosselt werden durch inländische Produkte wie zum Beispiel das biologische Neem-Baum-Spritzmittel oder durch eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion (weniger Hybridkulturen etc.).

Agrarproduktion contra Grundversorgung

Der dritte Bereich der Inflationsursachen ist der Konflikt zwischen der Sicherstellung der Agrarproduktion und der Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstigen Grundnahrungsmitteln. Man schuf Produktionsanreize, indem man durch die Landreform vielen bis dahin landlosen Bauern zu einem Stück eigenen Grund und Boden verhalf. Weitere Produktionsanreize wurden durch die Vergabe von Krediten an diese Kleinproduzenten geschaffen. Die Bedingungen für diese Kredite waren für die Bauern äußerst günstig: Durch die Zinssätze, die weit unter dem Niveau der Inflation lagen und die langen Laufzeiten entwerteten sich die Kredite von selbst. Trotz dieser günstigen Produktionsbedingungen — eigenes Land, kreditfinanzierter Input — stieg die Produktion nicht wie erwartet an. Was war schiefgelaufen, was zerstörte die Produktionsanreize?

Ursache hierfür ist der nicht gelöste Konflikt zwischen den beiden Zielen „Steigerung der für den inländischen Verbrauch bestimmten Agrarproduktion", was subventioniert wurde und dem Ziel „preiswerte Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln", was ebenfalls subventioniert wurde. Die Bauern verkauften ihre Produkte zu festgelegten Preisen an staatliche Stellen. Diese verkauften die Produkte der Bauern weiter an die Konsumenten zu staatlich garantierten Festpreisen, die in der Regel unter den Herstellungskosten der Produzenten lagen. Damit versuchten die Sandinisten, die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren Grundnahrungsmitteln sicherzustellen. Der Effekt war, daß es sich für die Bauern nicht mehr lohnte, für den staatlichen Markt zu produzieren, sie konnten sich ja selbst zu den günstigeren Konsumentenbedingungen dort versorgen. Der Produktionsrückgang verknappte die Güter, die der Staat verteilen konnte. Auf dem entstehenden Schwarzmarkt gab es weiterhin alles zu kaufen, aber nur noch zu hohen Preisen. Das soziale Ziel einer gerechten Verteilung konnte also auf diesem Weg nicht erreicht werden. Was blieb waren Schwarzmarkt und hohe Inflation, womit sich die Situation derer noch verschlechterte, die man eigentlich fördern wollte. Wegen der Inflation hatten die Waren keinen reellen Gegenwert in Geld mehr. Dadurch kam auch der normale Handel zum erliegen, Geschäfte wurden nur noch als Tauschgeschäfte, Ware gegen Ware, abgewickelt, der Schwarzmarkt blühte, und dem Staat gingen viele Einnahmen verloren. Sowohl die Inflation als auch die staatlichen Subventionen (direkte Subventionen, z.B. des Transportwesens als auch indirekte Subventionen wie die Wechselkurssubvention, die Subvention der landwirtschaftlichen Produktion durch verbilligte agrochemische Produkte und günstigere Kredite) hatten noch weitere negative Folgen, die man jetzt versucht rückgängig zu machen. War früher ein Lastwagen kaputt, z.B. wegen Achsbruch, so war es billiger, einen neuen LKW zu kaufen als für den alten mit teuren Devisen eine Achse zu kaufen und ihn zu reparieren. Weil es sich nicht lohnte, Maschinen zu reparieren, wurden sie auch nicht gewartet. Ein sowjetischer LKW hatte dadurch eine begrenzte Lebensdauer von nur 2-3 Jahren.

Um die Inflation also wirklich grundlegend bekämpfen zu können, mußte man auch einige Subventionen streichen, und zwar diejenigen Subventionen, die langfristig betrachtet nur in Preissteigerungen verpuffen, ohne die gewünschten sozialpolitischen Resultate zu bringen. Von allen subventionierten Bereichen bleiben nur noch die Transportsubventionen (und da auch nur der kostenlose Transport von Schülern und Studenten), Lebensmittelkarten und die Leistungen des Sozialministeriums INSSBI übrig. Nur durch das Zusammenwirken von Inflationsbekämpfung und gleichzeitiger gezielter Subventionsstreichung kann das Land seine Handlungsspielräume erweitern, ohne Gefahr zu laufen, diese gleich wieder durch die enormen Preissteigerungen zu verlieren.

Da die Produktion von Gütern nicht mehr subventioniert wird, verteuern sich die Produkte, es entstehen Absatzprobleme. Die Güter können also nur entweder zu niedrigen Preisen abgesetzt werden oder durch eine Verbesserung ihrer Qualität, um sie auch auf dem internationalen Markt

wettbewerbsfähig zu machen. Für Nicaragua, das seit der Wirtschaftsblockade durch die USA bemüht ist, neue Absatzmärkte für seine Exportproduktion zu erschließen, ist der zentral- und südamerikanische Markt besonders interessant. Die politischen Verhandlungen, die auf eine Befriedung der Region zielen, sollen auch den Warenaustausch unter einander verbessern helfen. Bei einem Ausbau des zentralamerikanischen Handels würden alle Länder davon profitieren, am meisten jedoch Nicaragua, das seine Handelsstrukturen erneuern muß, was insgesamt sehr teuer ist.

Drastische Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen

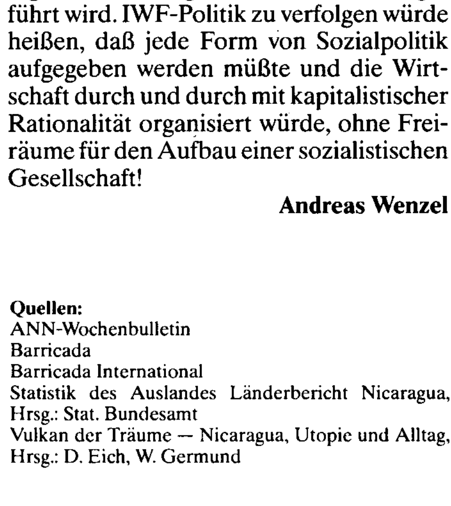
Eine letzte Inflationsursache sei noch erwähnt, der Aufbau des Bildungs- und Gesundheitswesens. Erst nach der sandinistischen Revolution wurde sein Aufbau in Angriff genommen. In den Jahren 1980 und 1981 halfen 100.000 freiwillige Helfer mit, die Analphetenquote von über 50% auf 12% 1983 zu senken. Einige tausend Schulen wurden gegründet, Krankenhäuser und Gesundheitsposten gab es fast in jedem Ort. Bis zu 30% des Staatsetats flossen in diese beiden Bereiche. Durch die Sparpolitik des Staates sind nun auch diese Bereiche gefährdet. Die „Compactación", das ist die Verwaltungsreform, die seit Mitte letzten Jahres durchgeführt wird, führte zur Schließung einiger Schulen und Gesundheitsposten. 1989 sollen noch insgesamt 5382 Angestellte aus dem Staatsdienst entlassen werden, darunter 3309 nicht graduierte Lehrende und 122 Lehrer, die vorzeitig in den Ruhestand gehen. Ca. 2.200 Lehrer mit doppelter Stelle sollen jetzt nur noch eine Stelle behalten. Doch nicht nur die Compactación, auch die schlechte Bezahlung der Leute, deren Gehälter weit hinter der Inflationsentwicklung blieben, ist Ursache für die Abwanderung der Bediensteten aus diesen Bereichen. Mit der Inflationsbekämpfung hofft man nun auf eine Verbesserung der Lohnsituation auch in diesen Bereichen. Ein weiteres Problem stellen die Fachkräfte dar. Viele Ärzte und Techniker, die in den letzten Jahren im Ausland ausgebildet wurden, — meist in Ostblockländern und in Cuba — sehen für ihren persönlichen gesellschaftlichen Aufstieg in Nicaragua keine Chancen und wandern ab in die kapitalistischen Nachbarländer oder in die USA, wo sie sich bessere Verdienstmöglichkeiten erhoffen. Die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gesundheits- und Bildungssektors kann langfristig nur durch eine bessere Bezahlung gewährleistet werden.



In den Regionen außerhalb der großen Städte gehen fast alle Bauern mit dem Gewehr in die Felder.

Bleibt die Revolution auf der Strecke?

Die Inflationsbekämpfung ist ein Mittel, um eine rationale Wirtschaftsplanung und damit eine rationale Produktion überhaupt zu ermöglichen. Mit dem kompletten Maßnahmepaket konnte die Inflation von monatlich 125% im Dezember auf 90% im Januar, 46% im Februar und nur noch 20% im März zurückgeschraubt werden. Die Tendenz ist weiter fallend, womit sich die Maßnahmen also als durchaus erfolgreich erwiesen haben. Die daraus entstehenden sozialen Härten versucht man durch ein System von Mindestlöhnen und Preisbindungen für Güter des Grundwarenkorbes abzumildern. Die Indikatoren der sozialen Veränderungen — Armut, Mangelernährung, Krankheiten, steigende Kriminalität und Prostitution — sind Folge der in erster Linie durch den Krieg verursachten Inflation und nicht Resultat einer staatlichen Spar- und Inflationsbekämpfungspolitik. Die Verbesserung der Versorgungslage der Menschen in Nicaragua hängt entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, die Produktion zu erhöhen. Inflationsbekämpfung ist also kein Kniefall vor IWF — und Weltbankauflagen, sondern eine Notwendigkeit, die im eigenen Interesse durchgeführt wird. IWF-Politik zu verfolgen würde heißen, daß jede Form von Sozialpolitik aufgegeben werden müßte und die Wirtschaft durch und durch mit kapitalistischer Rationalität organisiert würde, ohne Freiräume für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft!



Andreas Wenzel

Quellen:
ANN-Wochenbulletin
Barricada
Barricada International
Statistik des Auslandes Länderbericht Nicaragua, Hrsg.: Stat. Bundesamt
Vulkan der Träume — Nicaragua, Utopie und Alltag, Hrsg.: D. Eich, W. Germund

Wo steht Nicaragua ?

Der folgende Text führt etwas genauer aus, was das Informationsbüro Nicaragua e.V. auf dem letzten Mittelamerika-Bundestreffen im Februar 1987 vertreten hat. Wie der Titel dieses Beitrages schon zeigt, ging (und geht) es um die Situation, Politik und Interventionsfähigkeit der Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Es ging uns nicht um die Frage, ob die Sandinisten heute noch unterstützungswürdig sind — dennoch wurde uns in Verkehrung unseres Statements wiederholt vorgeworfen, wir würden genau diese Frage negativ beantworten.



Um die Lage der Solidaritätsbewegung und unsere Situation als Informationsbüro Nicaragua zu diskutieren, möchten wir drei Fragen aufwerfen:

1. **Wie hat sich der Charakter des Konflikts zwischen der nicaraguanischen Revolution und dem Imperialismus verändert, und steht die nicaraguanische Revolution heute in ähnlicher Weise im Zentrum der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus wie vor 10 Jahren? Welche Grenzen der nationalen Befreiung sind sichtbar geworden?**
2. **Wie bestimmen (auch in Bezug auf die erste Frage) die verschiedenen Gruppen innerhalb der Solidaritätsbewegung ihr Verhältnis zur FSLN, und welche Bedeutung hat die Frage nach dem Verhältnis zur Frente für die antiimperialistische Politik hier in der BRD?**
3. **Was ist der „Stand" der Solidaritätsbewegung, was hat dies mit unseren Problemen als Koordinationsstelle zu tun, wie verhalten wir als Informationsbüro Nicaragua uns zu diesen Problemen?**

Wie ihr seht, sind die drei Frage-Ebenen eng miteinander verflochten und zudem sehr grundsätzlicher Art. Wir maßen uns deshalb keine definitorischen Antworten an, wohl aber wollen wir möglichst klar Stellung beziehen, damit die Diskussion endlich auch in der Bewegungsöffentlichkeit geführt wird, und nicht ausschließlich auf der Ebene jedes einzelnen Komitees verbleibt.

Zunächst etwas Grundsätzliches vorweg: Wenn wir hier über die nicaraguanische Revolution reden, dann tun wir das nicht in dem Sinne, daß wir uns ungefragt mit guten Ratschlägen für eine „richtige" revolutionäre Strategie einmischen. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß eine Revolution, die den Namen verdient, sich über das Lernen aus den eigenen Fehlern entwickelt, daß gerade dies die „Mühen der Ebene" ausmacht. Dennoch ist es **für uns** sehr wichtig, diesen Prozeß auch kritisch zu untersuchen, denn nur Gruppen, die die Begrenztheit von nationalen Befreiungsprozessen und deren Gründe erkennen, können letztlich auf einer realen Grundlage stabile Solidarität üben — eine Solidarität, die darauf gebaut ist, daß wir die von hier ausgehenden Unrechtsstrukturen adäquat analysieren und bekämpfen.

Nun aber zu unserer Position zur ersten Frage, dem Verhältnis zwischen nicaraguanischer Revolution und Imperialismus heute.

1) Die nicaraguanische Revolution hat dem Angriff des Imperialismus **insoweit** standgehalten, als daß die militärische Konterrevolution geschlagen wurde, die nationale Souveränität (im formellen Sinn dieses Begriffs) erhalten blieb, und die Sandinisten weiterhin an der Macht sind. Erreicht wurde dies durch (a) die enorme Kampfbereitschaft und Opferbereitschaft des Volkes und (b) durch die berühmte Flexibilität der sandinistischen Führung.

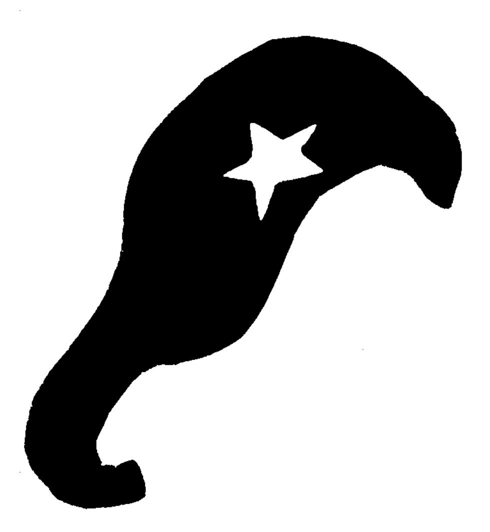
2) Diese Flexibiltät der Sandinisten bezeichnet einen Mechanismus, dem äußeren Druck (vor allem dem militärischen und ökonomischen) bis zur Grenze des Möglichen standzuhalten, um dann faktische — und zum Teil sehr schmerzhafte — Zugeständnisse zu machen, die eine Stabilisierung auf einer neuen Ebene ermöglichen. Wichtig ist, daß den faktischen Zugeständnissen zunächst keine Veränderung der offiziellen politischen Konzeption folgt, und dies ergibt eine eigentümliche Doppelstruktur, die wir an zwei Beispielen verdeutlichen wollen.

— Daniel Ortega verkündete zum 19. Juli 1988, daß das Wesen der nicaraguanischen Revolution weiterhin eine sozialistische Orientierung bleibt. Zur gleichen Zeit jedoch sind die Sandinisten gezwungen, die nicaraguanische Ökonomie den Spielregeln des Weltmarktes zu unterwerfen. Sie nehmen eine „Anpassung" der Wirtschaftspolitik vor, die sehr deutlich die Formen kapitalistischer Krisenbereinigung besitzt: „Liberalisierung" der Märkte (im Sinne von Abbau staatlicher Kontrolle und Abfederung) und eine „Sparpolitik", die darin besteht, den Regierungshaushalt zu konsolidieren, indem die Subventionen im Konsum-, Kredit- und Investitionsbereich gestrichen werden. Dadurch und durch eine sehr restriktive

Lohnpolitik im staatlichen Bereich wird die Krise der armen Bevölkerungsmehrheit und den kapitalschwachen Produzenten aufgebürdet. Große Bereiche der Staatsbetriebe stehen vor der möglichen Schließung bzw. vor der Veräußerung an das Privatkapital — auch dies ist nicht gerade das Ergebnis, auf das diejenigen hofften, die diesen bürokratischen und ineffizienten Bereich volksnäher gestalten wollten. Es handelt sich unserer Meinung nach um eine Anpassung an die ökonomischen Spielräume, die eine strukturelle Wirkung hat, und die man solange nicht als eine kurzfristige und vorübergehende Politik betrachten kann, solange keine Hoffnung auf eine Veränderung der politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene besteht.

— Zweites Beispiel: Die Sandinisten sind auf dem Weg zu einem Ende der militärischen Aggression durch Verhandlungen ein gutes Stück vorangekommen. Im offiziellen Diskurs wird dies als ein Erfolg gehandelt, der auf dem Boden des originären Verständnisses von Pluralismus, Blockfreiheit etc. erreicht wurde. Real bedeutet aber nun einmal die Tatsache, sich mit der Konterrevolution, den Mördern des Volkes, „gleichberechtigt" auf der internen politischen Ebene auseinanderzusetzen (wobei der Inneren Front die materielle Hilfe der Großen Brüder — USA und internationale Christdemokratie — sicher ist) die Akzeptanz eines bürgerlichen Pluralismusbegriffs. Parallel dazu schwindet die **politische** Rolle der Massenorganisationen weiter dahin (siehe z.B. die Depolitisierung der neuen CDS'e). Und zudem, der Verhandlungsfrieden beinhaltet zugleich eine stärkere (wenngleich auch keine neue) Öffnung hin zu den Interessen des „weichen" EG-Imperialismus, der den Friedensprozeß politisch verteidigen und den nachfolgenden Wiederaufbau finanzieren soll.

3) Wir fassen diese Entwicklungen so zusammen: Die Sandinisten verteidigen nach 10 Jahren der imperialistischen Aggression auf der **faktischen** Ebene nicht mehr das Projekt, mit dem sie angetreten sind, und das in unserer Bewegung jahrelang eine konsensuale Grundlage bildete. Sie verteidigen „nur" noch ihre politische Vision. Sie können nicht anders. Der Konflikt Imperialismus — Nicaraguanische Revolution ist gewissermaßen „von innen heraus" entschärft, indem man die Sandinisten sowohl auf ökonomischer wie auch militärischer Ebene zur Anerkennung und Anpassung an die Realitäten zwang. Das sandinistische Projekt gibt es noch als politischen Kampfbegriff, aber nicht mehr als beginnende Realität. Unsere Kritik an der Frente (s.u.) geht auch in die Richtung, daß sie allzulange (und auch heute noch) diese Differenz durch einen staatspaternalistischen Politikbegriff verdeckt hat, und auf dieser Grundlage die Forderungen des Volkes bzw. den Klassenkampf ruhigstellt. Dieser Politikbegriff steht auch in Nicaragua immer stärker in der Kritik und Selbstkritik.



Nach den Ausführungen zur Frage 1 ist wohl deutlich geworden, daß wir meinen, daß die offizielle Politik der FSLN heute nicht deckungsgleich mit der Politik der Soligruppen in der BRD sein kann. Solidaritätsarbeit muß deshalb neu reflektiert werden, muß generell und an konkreten Punkten sich ihres eigenen Standortes vergewissern. In der Realität unserer Bewegung geschieht das (leider) nicht explizit, sondern drückt sich in den Differenzen an konkreten Punkten aus. Wir möchten hierzu zwei Beispiele geben: Die Diskussion um die Forderung nach Entwicklungshilfe (EH) für Nicaragua und die Diskussion darüber, mit welchen Kräften in Nicaragua wir wie solidarisch sind. In beiden Fällen geht es um die Grundfrage, ob man nicht zwischen der Logik des nicaraguanischen Prozesses und unserer eigenen Logik im Kampf gegen die Verhältnisse hier unterscheiden muß. Sehen wir uns die beiden Beispiele genauer an.

1) Natürlich haben der nicaraguanische Staat und die FSLN ein berechtigtes Interesse daran, Entwicklungshilfe aus der BRD zu bekommen und agieren auch auf diplomatischer Ebene entsprechend, indem sie den bürgerlichen Parteien in der BRD fortlaufend entsprechende Vorschläge macht. Die FSLN wird diese Vorschläge immer nur im Rahmen der Kräfteverhältnisse zwischen Revolution und Imperialismus machen können, und d.h. konkret, daß sie in der heutigen Situation der akuten Krise weitaus mehr „Flexibilität" in der Verwendung dieser Gelder anbieten muß, als vor einigen Jahren.

Die Solibewegung hat die Forderung nach EH jahrelang über alle Spektren hinweg unterstützt. In der damaligen Konjunktur hatte diese Forderung ja auch eine eindeutig politische Stoßrichtung: sie entlarvte, daß die Entwicklungshilfe-Politik der Bundesregierung EH als Belohnung für die Politik von Regierungen wie El Savador, Guatemala, Chile etc. vergab, hingegen eine volksnahe Politik im revolutionären Rahmen, wie etwa in Nicaragua, bestrafte. Die Forderung nach EH für Nicaragua griff deshalb imperialistische Politik direkt an, sie hatte nicht lediglich das Ziel, Knete für Nicaragua zu akquirieren. Inzwischen hat sich nun die Lage in Nicaragua entscheidend verändert, Nicaragua ist heute viel leichter als in den vergangenen Jahren zu inhaltlichen Zugeständnissen als Gegenleistung zur EH gezwungen. Und diese Erpressung wird auch ständig versucht — etwa wenn aus dem BMZ letztes Jahr, nach den Vorfällen von Nandaime, zu hören war, daß die Sandinisten erst einmal ihr Verhalten gegenüber der Inneren Front ändern müssen, bevor über die Möglichkeit von EH diskutiert werden kann.

In der Solidaritätsbewegung gibt es daher mittlerweile ein höchst unterschiedliches Verhalten zur Forderung nach EH:

- Viele Gruppen halten die Forderung weiterhin aufrecht und bauen sie in ihre Schwerpunktaktivitäten ein, etwa in ihre Kampagnenarbeit (Beispiel: Hurrikan- Kampagne).
- Andere Gruppen haben einen immer stärkeren Widerspruch gegen die EH-Forderung entwickelt, da sie in der jetzigen Konjunktur diese Forderung mit ihrer grundsätzlichen Kritik an der EH als ein Instrument imperialistischer Staaten verbinden.

Zwischen diesen „Eckpositionen" gibt es sicherlich viele Mischformen. Für alle ist zwar klar, daß man das Überleben Nicaraguas sichern will, in der Praxis tut sich jedoch eine große Kluft auf.

2) Ein anderes Beispiel für das schwieriger gewordene Verhältnis zur FSLN-Politik wird an der Frage deutlich, wie sich die Gruppen zu den immer enger werdenden Spielräumen der FSLN als Regierungspartei verhalten, d.h. konkret, wie sie sich auf die sozialen Auseinandersetzungen in Nicaragua und der dort gängigen Form der Konfliktlösung beziehen. Es wird immer deutlicher, daß der FSLN als Regierungspartei engere Spielräume gesetzt sind als den Forderungen der Basis, bzw. daß sie vor dem Problem steht, diesen Forderungen administrativ zu begegnen. Dies können politische Forderungen sein, wie etwa die Forderungen des Großteils der Bevölkerung im Sapoá-Prozeß, die Contra-Mörder nicht zu amnestieren. Im wesentlichen aber handelt es sich um materielle Forderungen. Denn angesichts des Überlebenskampfes gerade der unteren Schichten in Nicaragua waren und sind Streikbewegungen und Auseinandersetzungen in den Betrieben zwangsläufig. Die FSLN hat angesichts von Lohnforderungen z.B. immer mit den übergeordneten Erfordernissen der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung, der Verteidigung etc. argumentiert und die konkreten Lohnforderungen oft bekämpft bzw. unterdrückt. Z.T. wurden Streiks als konterrevolutionäre Aktionen verstanden, die von der inneren Front unterwandert oder angezettelt wurden. Da sie das Bündnis mit dem Privatkapital (in der bisherigen Form) nicht in Frage stellt, stellt sie sich weiterhin oft zwischen die beginnenden Klassenkämpfe.

Die Solibewegung hat es auch an diesem Punkt nicht geschafft, vernünftig über das Spannungsfeld zwischen Regierungspolitik und den Bedürfnissen der Massen zu diskutieren. Sie diskutiert nicht gemeinsam das Problem der Notwendigkeit wirtschaftlicher Stabilisierung einerseits und der Notwendigkeit eigener Kampferfahrung und materieller Erleichterungen der Arbeiter und Kleinbauern andererseits. Analysen zum unterschiedlichen Charakter der verschiedenen Streiks in der letzten Zeit gibt es praktisch nicht. Wenn wir im Informationsbüro Nicaragua hingegen vorschlagen, Solidaritätsarbeit stärker als Solidarität mit Basisorganisationen zu praktizieren, die um ihre Revolution kämpfen (ohne uns deshalb pauschal von der Frente zu distanzieren), weht uns von einem Teil des Spektrums der Vorwurf der Entsolidarisierung um die Ohren.

Aufgrund dieser Schwäche in der Einschätzung des revolutionären Prozesses, dem sich noch die Schwäche hinzugesellt, unseren politischen Standort hier in der BRD nicht gemeinsam zu analysieren, wird die Verbindung der Unterstützung Nicaraguas mit dem Kampf um eine Veränderung hier zunehmend unmöglich. Eine Kluft wird immer größer, die wir im groben so beschreiben:

- Ein Teil der Gruppen beschränkt sich darauf, die Politik der FSLN hier zu vertreten, ohne die oben angesprochenen Konflikte in Nicaragua adäquat zu thematisieren.
- Ein anderer (kleiner werdender) Teil versucht, eine kritische Solidarität mit einer revolutionären Perspektive und Praxis hier zu verbinden.

Damit kommen wir zur dritten Frage.

Wir haben in unserer Antwort auf Frage 1 dargestellt, daß wir einen erheblichen Diskussionsbedarf in der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung sehen, da der Realprozeß in Mittelamerika, zumindest aber in Nicaragua, eine (trügerisch) einfache Solidarisierung nicht mehr zuläßt. In unserer Antwort auf Frage 2 kritisieren wir, daß die Solidaritätsbewegung trotz der sich rasch verändernden Lage Nicaraguas sich weder über den heutigen Sinn ihrer altbekannten materiellen, finanziellen und politischen Praxis neu verständigt, noch ihre Situation als (schwache) politische Kraft in der BRD diskutiert, geschweige denn daraus Konsequenzen zieht.

Hier geht es nun darum, welche Folgen die Kombination von nicht geführter Debatte und auseinanderstrebender Praxis sowohl für die Bewegung insgesamt wie auch für uns als bisherige Koordinationsstelle hat.

Die Darstellung bzw. Verteidigung des revolutionären Prozesses in Nicaragua führt heute nicht mehr wie noch vor einigen Jahren quasi „von selbst" zu einer politisch offensiven Haltung der Solidaritätsbewegung in der BRD. Und auch die Selbstverständlichkeit, mit der wir bisher als Bewegung die Einheit von politischer und materieller Solidarität betrieben haben, ist dahin. Die folgende Gegenüberstellung soll dies zeigen.

Ein Teil der Solidaritätsbewegung arbeitet immer noch sehr stark auf der materiell/finanziellen Ebene, wobei entweder die politische Sinnfrage schlicht ignoriert oder aber explizit aus einer reformerisch / reformistischen Perspektive heraus bejaht wird. Die Problematik dieses Politikverständnisses zeigt sich für uns besonders deutlich im Bereich der Städtepartnerschaftsarbeit — ohne daß wir mit dieser Aussage alle Städtepartnerschaftsinitiativen über einen Kamm scheren wollen oder meinen, daß solche Probleme sich nur in diesem Bereich stellen. Mit den Städtepartnerschaften war einmal die Hoffnung verbunden, daß sie die Möglichkeit bieten, den nicaraguanischen Weg zur Befreiung **und** die vielfältigen Eindämmungsversuche gegen diese Revolution (die nun einmal auch von hier aus betrieben werden) in die lokale Öffentlichkeit zu bringen. Zudem sollten weitaus breitere Kreise als über die normale Komitee-Arbeit mit diesen unseren politischen Essentials erreicht werden. Darüber hinaus sollten städtische Gelder in Projekte in den Partnerstädten fließen. Von den politischen Zielen der StäpaArbeit ist jedoch in der Praxis erschreckend wenig übriggeblieben. In welcher Stadt ist es schon gelungen klarzustellen, daß die aus dem Stadtsäckel bewilligten Gelder im Vergleich zu den Zerstörungen, die der Krieg gegen Nicaragua (der von den rechten Kräften in den Stadtparlamenten ja regelmäßig verteidigt wird) auf militärischer und wirtschaftlicher Ebene anrichtet, einen Tropfen auf dem heißen Stein sind? Wie vielen Initiativen gelingt es, im Spagat zwischen den eigenen politischen Zielen und den Kompromissen mit der Politik im Stadtparlament die Verantwortung zu benennen, die die SPD für die sanfte Erdrosselung der Revolution hatte (Stopp der Entwicklungshilfe 1982) oder die heutige Arbeit der CDU- und CSU-Stiftungen zum Wohl der „frente interno" in Nicaragua zu thematisieren? Stattdessen fließt ein Großteil der Kraft in die Mobilisierung städtischer Gelder und z.T. auch in die Projektabwicklung **für** die Stadt und erfüllt damit das Gegenteil des einstigen Anliegens: es wird suggeriert, daß man mit einigen Tausend Mark Projektgeldern seiner „Verantwortung" gegenüber den armen Menschen dort gerecht geworden sei. Auf diese Weise legitimieren Gruppen der Solidaritätsbewegung vielfach lediglich sozialdemokratische Lokalpolitik.

Ein anderer Teil der Solidaritätsbewegung hingegen diskutiert (wenn auch selten bewegungsöffentlich) zwar die Lage in Nicaragua kritisch, setzt sich aber mit den übrigen Teilen der Solidaritätsbewegung kaum noch auseinander. Hier besteht die Neigung, das eigene Internationalismusverständnis neu zu diskutieren und sich auf übergreifende Themen (z.B. IWF) zu konzentrieren. Zudem werden in diesem Spektrum, ausgehend von den eigenen Erfahrungen mit der zunehmenden Repression in der BRD, Fragen der eigenen Kampfbedingungen hier diskutiert und in der Konsequenz Bündnisse mit den Gruppen eingegangen, die diese Probleme angehen (z.B. in der Kampagne um Zusammenlegung der politischen Gefangenen).

Komitees, die beides versuchen: eine konkrete Nicaragua-Solidaritätsarbeit, die sich nicht vor der Konfrontation mit den Herrschenden hier scheut, und die Arbeit in den Kampagnen der radikalen Linken (IWF, Zusammenlegung), gibt es nur noch sehr wenige. Die Spektren innerhalb der Bewegung scheinen sich mit der bestehenden gegenseitigen Abschottung zu begnügen und versuchen noch nicht einmal die tieferen Motive, die den eigenen Einschätzungen zugrundeliegen, miteinander zu diskutieren. Es haben sich Institutionen entwickelt, die entweder auf dem Boden eines mehr oder weniger expliziten politischen Standpunktes (Ökumenisches Büro München, ides, Nicaragua-Verein Hamburg) oder in Spezialbereichen der Solidarität (ATES) eine eigene Subkoordination betreiben. Die Frage, wie erlangen wir wieder eine größere politische Stoßkraft in der BRD, ist innerhalb der Gesamtbewegung kaum noch zu diskutieren.

In der Konsequenz meinen wir, daß

- es sinnlos geworden ist, den Versuch weiterzuführen, Spektren und Aktionskonzepte zusammenzufassen, wenn diese sich nicht zusammenfassen lassen **wollen**, und gerade durch diesen Versuch noch die Kritik aus allen Richtung auf uns zu lenken, anstatt daß miteinander diskutiert wird;
- es daher von zentraler Bedeutung ist, schwerpunktmäßig über die Frage der politischen und strukturellen Identität der Bewegung zu diskutieren, um wieder an politischer Stoßkraft zu gewinnen;
- es einen **Koordinationskreis** geben sollte, in dem die relevanten und arbeitsfähigen Spektren der Bewegung miteinander diskutieren und Aufgaben verteilen;
- wir unsere Aufgabe verfehlen, wenn wir heute als reiner Service-Betrieb funktionieren würden. Schon deshalb streichen wir (vorläufig) einen Teil dieser Arbeit zusammen.

Als Informationsbüro Nicaragua schlagen wir daher vor, für eine bestimmte Übergangszeit die politischen Ziele und die Strukturen der Bewegung zentral zu diskutieren, ebenso wie den Sinn und den Umfang unserer bisherigen Arbeit als Koordinationsstelle.

Informationsbüro Nicaragua e.V.,
Peter Manz

Fotos: Cordelia Dilg: Nicaragua, Köln 1987, Pahl-Rugenstein Verlag

BUKO '89

Kultur und Widerstand — so lautete das Motto des diesjährigen Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO). Ca. vierhundert Menschen waren zu diesem Ereignis nach Hamburg gekommen. Der Kongreß wurde mit drei Beiträgen zum Thema: Kultur, Nation, linke Identität eröffnet.

Settimio Pressuto, Filmemacher aus Kuba und Mitarbeiter von Fernando Birri, Leiter der „Schule der drei Welten" in Havanna, referierte über seine Arbeit und die Möglichkeiten des Mediums Film, zu einer kulturellen Identität beizutragen.

Der eigens für zwei Stunden angereiste Jean Ziegler stellte in einem alles umfassenden Rundumschlag die gesamte Dritte-Welt-Problematik dar. Er fing an bei der ungerechten Weltwirtschaftsordnung und endete mit dem Hinweis, daß der Dritte Weltkrieg in Form eines Wirtschaftskrieges längst geführt wird. Trotz der Dominanz des Weltmarktes bestünde für diese Länder aber die Möglichkeit, sich durch den Rückgriff auf kulturelle Traditionen eigenständig zu entwickeln. Am Beispiel der Regierung Sankaras (Burkina Faso) macht er auf eindrückliche Weise deutlich, daß die Stärkung der kulturellen Identität der Ethnien und die Auflösung des wasserköpfigen Beamtenapparates die Produktivität des Landes steigerte.

Nora Retzel, Mitarbeiterin am Hamburger Institut für Migrations- und Rassismusforschung, versuchte, über die Definition der Begriffe „Kultur" und „Widerstand" einen Beitrag aus deutscher Sicht zu leisten. Ein wesentlicher Bestandteil kultureller Identität sei die nationale Identität. Während 1848 (Frankfurter Versammlung in der Paulskirche) noch alle zur deutschen Nation gehörten, die auf deutschem Gebiet lebten, entscheide ab 1933 bis heute die blutsmäßige Abstammung darüber, wer zur deutschen Nation gehöre und wer nicht. Die westdeutsche Linke tue sich mit ihrer nationalen Identität bekanntlich besonders schwer. Es sei typisch für sie zu sagen, daß man eigentlich kein(e) Deutsche(r) sein wolle. Nichtrassistische multikulturelle Gesellschaften könnten nur auf dem Boden der Akzeptanz der eigenen nationalen kulturellen Identität entstehen.

Die inhaltliche Arbeit, die am nächsten Tag in den Arbeitsgruppen stattfand, wurde von den Ereignissen in der Hafenstraße überschattet. Der bewohnereigene „Campingplatz" sollte von Senatsseite keinen Tag länger mehr geduldet werden, und ein riesiges Polizeiheer wurde aus der gesamten BRD zur Räumung nach Hamburg geschickt. Die Arbeitsgruppen unterbrachen ihre Arbeit und zogen zu den berühmten Häusern am Hafen.

Einen Höhepunkt des BUKO stellte ohne Zweifel die Veranstaltung zum Thema: Kultur als Mittel zur Wahrung der politischen Identität dar. Ingrid Strobl war dazu eingeladen worden. Für sie verlas die Theaterregisseurin Barbara Bilabel ein Grußwort und das Vorwort aus ihrem neuen Buch „Frausein allein ist kein Programm", worin Ingrid Strobl schreibt: „Es ist kein Verdienst, eine Frau des Wortes zu sein. Es ist nur ein Privileg und manchmal ein Zurückschrecken vor der konsequenteren Haltung."

Mauricio Rosencof, Schriftsteller und Mitglied der Tupamaros, der von 1972 bis 1985 in Isolationshaft in den Kerkern der damaligen Militärdiktatur Uruguays saß, berichtete von dem verbotenen Akt des Schreibens, auf Zigarettenpapier zum Beispiel, der für ihn die letzte Möglichkeit war, seine Menschenwürde zu erhalten. Weil die Gefangenen nicht miteinander sprechen durften, erfanden sie eine Geheimsprache und das Morsealphabet neu. „Klopfzeichen für Klopfzeichen erzählten wir uns unsere Geschichte und unsere Pläne. Wir diskutierten sogar miteinander. Einmal geriet ich mit meinem Nachbarn in Streit, und ich morste ihm herüber: „Wenn ich mit Dir spreche, habe ich das Gefühl, ich rede gegen eine Wand." Barbara Ernst, ehemalige Gefangene der RAF und nach vier Jahren Haft aus dem Knast entlassen, berichtete von ihren Erfahrungen im Knast, wo versucht wurde, jegliche menschliche Regung zwischen den Gefangenen zu unterdrükken.

Der BUKO bot im Hinblick auf Vereinsstreitigkeiten im Vergleich zum Vorjahr ein recht geschlossenes Bild. Mit übergroßer Mehrheit wurde beschlossen, sich nicht an dem für 1990 geplanten Medienspektakel der bundesdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten „Eine Welt für alle" zu beteiligen. In den Koordinierungsausschuß des BUKO wurden zwei neue Gruppen aufgenommen: der Dritte-Welt-Laden Losheim und das ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Frankfurt). Mehr hatten sich nicht beworben. Insgesamt machte der BUKO in diesem Jahr den Eindruck eines Spar-BUKO. Das Thema: Kultur und Widerstand stieß unter einem Teil der Anwesenden nur auf mittelmäßiges Interesse. Zum Glück geht es im nächsten Jahr wieder „politisch" zu: Der EG-Binnenmarkt steht vor der Tür. Leider fand sich jedoch keine BUKO-Mitgliedsgruppe, die die Vorbereitung und Durchführung des nächsten BUKO übernehmen wollte.

Auch das Schicksal des FORUMS, des Sprachrohrs der entwicklungspolitischen Gruppen, bleibt ungewiß. Auch hier fand sich niemand, der die Fortführung dieses Projektes übernehmen wollte.

Neben dem EG-Binnenmarkt wird der 500. Jahrestag der Invasion Amerikas im Jahr 1992 einen künftigen Arbeitsschwerpunkt des BUKO bilden. Diesem Thema war auch der letzte Tag gewidmet. Abadio Green, Sprecher der nationalen kolumbianischen Indianderorganisation UNIC und Koordinatior der Gegenaktivitäten in Lateinamerika, rief in seiner Rede zu einer „Campagna de autodescubrimiento", zu einer Kampagne der Selbstentdeckung auf. Er verurteilte die unglaubliche Verleumdung der Geschichte, die die Europäer mit ihrem Slogan zu den Feierlichkeiten betreiben (Das offizielle Motto lautet: „500 Jahre Entdeckung — Begegnung zweier Welten"). Denn mit der Invasion begann nicht nur die Vernichtung von 90 Millionen Menschen, sondern auch die Zerstörung der Natur und Ausplünderung der Bodenschätze.

500 Jahre Invasion bedeuten für die Indianer Kolumbiens ein halbes Jahrtausend des kulturellen Widerstandes und des Kampfes um Autonomie. Die Völker könnten erst in dem Moment ihren eigenen Weg gehen, wo sie zu einer eigenen Identität gefunden hätten. Deshalb seien 500 Jahre Besetzung, die Millionen Toten keine Vergangenheit. Abadio rief die Geister der gefallenen Indianer, und im Saal wurde es still. „Die indianischen Völker fragen sich, wie man dieses Massaker feiern kann", und als Antwort schlug Abadio konkrete Gegenaktivitäten für 1992 vor. Während die kolumbianische Regierung ihre spärlichen Dollarreserven verschleudern will, um für 1992 ein großes Fest zu organisieren, konstituiert sich in Kolumbien inzwischen eine breite Kampagne, der sich die Bewegung der Schwarzen, die Bauernorganisation ANUC, Lehrergewerkschaft, verschiedene soziale Bewegungen, Intellektuelle und Künstler angeschlossen haben. Die Kampagne will auf einen Weg führen, der nicht mehr geprägt ist von US-amerikanischer Sichtweise und europäischen Denkmustern, sondern von eigenen Erfahrungen. Themen der Kampagne sollen Menschenrechte, Verschuldung und politische Freiheit sein. Für den 7.-12. Oktober ist in Bogotá ein kontinentales Treffen der Gegenbewegung beplant, um gemeinsam die Zeit des Kolonialismus und Imperialismus aufzuarbeiten.

Es bleibt abzuwarten, ob die auf dem Kongreß diskutierten Themen Widerstandskultur und kulturelle Identität auch in die politische Arbeit der entwicklungspolitischen Gruppen in der BRD Eingang finden.

an, uh, hb

Neuere Literatur zu Südafrika

Der Referent im überregionalen evangelischen Missionswerk und Berater der Evangelischen Kommission für das südliche Afrika, F. Kürschner-Pelkmann, hat ein Buch vorgelegt, das einen leichten und schnellen Überblick zur gesamten Sanktionsproblematik ermöglicht.

Frank Kürschner-Pelkmann; Sanktionen gegen die Apartheid, Frankfurt 1988, 184 S., 18,- DM, Verlag Otto Lembeck

Die zentralen Positionen aller Akteure werden vorgestellt: die der Organisationen des Widerstandes, die der Industrieländer, aber auch die wichtiger gesellschaftlicher Gruppen in den Industrieländern. Auch die wichtigsten Pro- und Contra-Argumente der wissenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik werden vom Autor zusammengefaßt. Nützlich ist die übersichtliche Darstellung bisher ergriffener Sanktionen, deren Auswirkungen an den Beispielen Handelssanktionen, Desinvestitionen und Bankenboykott diskutiert werden. Erfreulich ist, daß dabei die Problematik verschiedener Maßnahmen nicht unter den Teppich gekehrt wird. Das Buch schließt mit der Diskussion einer Reihe von Sanktionsmaßnahmen, wobei der Autor dafür plädiert, die Maßnahmen genau auf ihre politische Wirksamkeit hin zu untersuchen. Der Autor setzt sich vorwiegend mit den kirchlichen Positionen auseinander, während die der anderen gesellschaftlichen Kräfte sehr knapp abgehandelt werden. Schön wäre es auch gewesen, wenn er Untersuchungen über die quantitativen Auswirkungen von Sanktionen berücksichtigt hätte. Trotzdem ist das Buch für jeden empfehlenswert, der sich mit dem Thema befassen will.

Weniger gut geeignet ist dagegen die Broschüre:

Südafrika: Sanktionen in der Diskussion. Protokolle einer Johannesburger Konsultation. Stuttgart 1988, Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst Nr. 43, 104 Seiten; Verlag Dienste in Übersee

In der Broschüre sind einzelne Texte abgedruckt, die im Verlauf einer Konsultation zur Sanktionsfrage in Johannesburg Anfang '88 vorgetragen wurden. Bei dieser von der Kirche organisierten Konsultation ging es um die kritische Überprüfung einer Studie zum gleichen Thema, die vom Starnberger Institut vorgelegt worden war. Dies hätte ein außerordentlich wichtiger Beitrag zur Sanktionsdebatte sein können. Aber mit Ausnahme eines sehr informativen Beitrags von Mark Orkin, in dem Ergebnisse von Studien zu verschiedenen Detailproblemen von Sanktionen vorgestellt werden, geben die einzelnen Beiträge wenig her. Weitgehend nichtssagend sind auch die in der Broschüre abgedruckten Ausschnitte aus den Diskussionen zu den verschiedenen Referaten. Der Wert der Broschüre wird zusätzlich gemindert durch die teilweise schlampige Übersetzung. Nach wie vor wichtig und empfehlenswert ist die Starnberger Studie, deren Ergebnisse in der Johannesburger Konsultation diskutiert wurden:

Sanktionen gegen Südafrika. Eine Studie des Starnberger Instituts. Stuttgart 1987, Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst Nr. 41, 101 Seiten; Verlag Dienste in Übersee

Die Studie wurde von der evangelischen Kirche auf Anregung des südafrikanischen Kirchenrates in Auftrag gegeben. Ihre Ergebnisse haben die Sanktionsdebatte in der Bundesrepublik weit über die kirchlichen Kreise hinaus beeinflußt, belegt sie doch in sehr überzeugender Weise die potentielle Wirksamkeit von Sanktionen. Die Studie zeigt, empirisch untermauert, daß Südafrikas Wirtschaft ökonomisch weitgehend abhängig ist von sechs Industrieländern: USA, GB, BRD, Japan, Frankreich und der Schweiz. Besonders wichtig ist der Hinweis, daß die Apartheidökonomie durch ihre spezifischen Strukturdefizite langfristig ein größeres Maß an Arbeitslosigkeit entstehen läßt als umfassende und bindende Sanktionen.

Richard Manning; „Sie können uns alle umbringen." Pulverfaß Südafrika. München 1988, 303 Seiten, DM 9,80, Heyne Verlag

Der Autor beschreibt in einfacher, manchmal allerdings übertrieben journalistischer Sprache seine Erfahrungen als Journalist in Südafrika. Manning war dort in der Zeit von Anfang bis Mitte 1986 für die amerikanische Zeitschrift Newsweek tätig. Das Buch gibt einen sehr guten Einblick in eine Zeit, in der sich die Konflikte in Südafrika dramatisch zuspitzten. In den einzelnen Kapiteln des Buches skizziert Manning die verschiedenen Konfliktparteien wie Buren, Schwarze und Anglos. Er vermag so die Zerrissenheit des Landes und die perfekte Wirkungsweise des Apartheidsystems plastisch aufzuzeigen. Sehr betroffen machen seine Gespräche mit jungen Schwarzen, sog. comrades, die das Ausmaß der Gewalt in der südafrikanischen Gesellschaft auf sehr drastische Weise klar machen. Der Autor fällt dabei nicht in eine heuchlerische Empörung über das Ausmaß der Gewalt, sondern erinnert immer wieder an die gesellschaftliche Bedingtheit dieser Gewalt. Er kritisiert die amerikanische Außenpolitik und wünscht sich eine aktivere Rolle der USA bei der Lösung der Konflikte in Südafrika. Ärgerlich sind allerdings seine offensichtlichen Konzessionen an den Durchschnittsleser: denn er argumentiert dabei vor allem mit dem Reichtum Südafrikas an strategischen Rohstoffen. Die Sicherung dieser Rohstoffe wird so zum eigentlichen Ziel eines größeren Beitrages der USA zur Beseitigung des Apartheidsystems. Viel Mühe wendet der Autor auch auf, um seinen Lesern und Leserinnen den Nachweis zu liefern, daß Mandela ein Nationalist und keineswegs ein Kommunist ist.

Walter Hättig

Nix Neues

Wer die Titelei überblättert und gleich zu lesen beginnt, weiß es trotzdem spätestens nach dem ersten Kapitel: die Buchreihe **„Zum Beispiel (...)"** setzt **„keinerlei Vorkenntnisse"** voraus. Die kleinen Büchlein mit dem stolzen Preis von 7,80 DM sind keine „wissenschaftlichen Studien", sondern leicht verständliche „Lesebücher". So möchte es der Herausgeber verstanden wissen, und so ist es auch zu verstehen. Nach zwei Stunden gemütlicher Lektüre habe ich den Band **„Babies"** zugeklappt, beiseite gelegt und bin das Gefühl nicht losgeworden, nichts Neues darüber erfahren zu haben, wie Kinder in der Dritten Welt aufwachsen.

Elke Groß:
Zum Beispiel — Babies
Göttingen 1989, Lamuv Verlag

Gleich zu Beginn wird in groben Zügen auf den Zusammenhang zwischen der Armut in der Dritten Welt und dem Weltwirtschaftssystem hingewiesen. Der IWF mischt mit seiner rigiden Auflagenpolitik kräftig mit, und die Folgen heißen Lohnstopp, Arbeitslosigkeit, Rückgang der einheimischen Nahrungsmittelproduktion, Unterernährung, Kinderarbeit, unhygienische Wohnverhältnisse, Krankheiten und Kindersterben. Daß alle Themen nur kurz angerissen werden, versteht sich von selbst, weil mehr auf den wenigen DIN A6 Seiten auch nicht Platz hätte. Verhältnismäßig viel Raum nimmt dagegen die Beschreibung des unzureichenden Gesundheitswesens ein, der häufigen Krankheiten und ihrer falschen Behandlung. Die Nestlé-Kampagne der '70er Jahre wird hier ebenso nochmals vorgeführt wie die Praktiken der Pharma-Multis. Die WHO-Richtlinien aus dem Jahre 1981 — allgemein als Erfolg der Kampagne bewertet — hindern die Konzerne jedoch nicht daran, ihre Vermarktungsstrategien weiterhin profitbringend umzusetzen. Nach wie vor versorgen sie ganze Krankenhäuser mit Babymilchpulver, verkaufen gesundheitsschädigende Medikamente, die in den Industrienationen verboten sind, und werben für zweifelhafte Vitaminpräparate. Das Geschäft mit der Armut lohnt.

Auch Kinderhändler verdienen daran. Dieses brisante und vielschichtige Thema wird im letzten Abschnitt andiskutiert. Private Vermittlungsagenturen nutzen die Situation der in Not geratenen Mütter aus; sie überreden schwangere Frauen, ihre Neugeborenen zur Adoption freizugeben. Aber nicht immer werden die Mütter gefragt. Die Autorin zeigt auch noch andere Wege auf, wie Händler an die Handelsware herankommen. Offen läßt das Buch leider, wo der Kinderhandel anfängt, und wann Adoptionen noch zu akzeptieren wären.

Die ganze Perversion des Geschäfts zeigt sich im Organhandel. Die Autorin erinnert daran, daß der Organhandel in einer Pressemitteilung von politischen Repräsentanten aus Lateinamerika dementiert und von der staatlichen US-Informationsagentur (USIA) als eine Diffamierungskampagne des Zentralkomitees der KPdSU bezeichnet wurde. Was immer an dieser Meldung dran ist, bisher haben sich die Industrienationen immer das aus der Dritten Welt holen können, was ihnen fehlte. Früher waren es die Rohstoffe, heute sind es Kinder und Organe.

Der Band „Babies" gibt einen knappen ersten Eindruck davon, wie Kinder in der Dritten Welt aufwachsen, und welche Probleme sich stellen. Auch wenn Elke Groß wenig Neues präsentiert — als Einführungstext eignet sich das Bändchen allemal.

CK

Zum Staatsbesuch der philippinischen Präsidentin in der BRD

Philippinen unter Aquino: Totaler Krieg und staatliche Morde



Anfang Juli kommt die philippinische Präsidentin Corazon Aquino zu ihrem ersten Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Ende Mai erklärte sie in einem dpa Interview, was sie hier sucht: „Was wir jetzt brauchen, ist Wirtschaftshilfe, damit wir die von uns mit sehr friedlichen Mitteln wiederhergestellte Demokratie nicht nur erhalten, sondern stärken können." Bis heute ist bei uns das Bild der Präsidentin Aquino verknüpft mit einer „gewaltlosen Rosenkranz-Revolution", mit der Vertreibung des langjährigen Diktators Marcos und der „Wiederherstellung der Demokratie" auf den Philippinen.

Aquino versprach demokratische Strukturen

Tatsächlich wurde auf den Philippinen ein Parlament (Kongreß und Senat) gewählt. Allerdings gehören fast alle Parlamentarier zu den reichen Eliten, die schon unter Diktator Marcos die Macht hatten. So gehört die überwiegende Mehrheit der Kongreßabgeordneten nach wie vor zu den Großgrundbesitzern.

Aquino versprach eine Kontrolle des Militärs durch die zivile Regierung.

Tatsächlich gab es seit ihrer Machtübernahme im Febraur 1986 immer Militärs in der Regierung und in der Verwaltung. Nach acht Putschversuchen rechter Militärs, die weder offensiv bekämpft noch wirksam bestraft wurden, ist das Militär heute auf den Philippinen einflußreicher denn je.

Aquino versprach eine umfassende Landreform

Tatsächlich herrschen bis heute reiche Plantagenbesitzer auf dem Land; Fürsten der Feudalzeit. Die Bodenreform, die unter Aquino verabschiedet wurde, sieht lediglich eine Umverteilung von fünf bis zehn Prozent des fruchtbaren Privatlandes vor. Eine Landreform sollte den Boden endlich denen übergeben, die ihn bebauen.

Aquino versprach angemessene Arbeitsbedingungen für IndustriearbeiterInnen

Tatsächlich gelten bis heute viele der repressiven Gesetze der Marcos-Diktatur weiter in den philippinischen Betrieben. Gewerkschaften werden verfolgt, gegen Streikende marschiert das Militär auf.

Aquino versprach die Bekämpfung der Armut

Tatsächlich hat die Verelendung auf den Philippinen zugenommen: heute leben drei Viertel aller Filipinas und Filipinos unter der absoluten Armutsgrenze. Zehn Millionen Filipinas/os sind obdachlos. In den Provinzen sterben Kinder an Unterernährung. Dennoch akzeptierte Aquino noch 1989 Bedingungen des Internationalen Währungsfonds, die eine weitere Senkung des Lebensstandards der philippinischen Bevölkerung bedeuten.

Aquino versprach politische Freiheiten

Tatsächlich sind heute viele legale Oppositionsgruppen auf den Philippinen bedroht: Menschenrechtsgruppen, christliche Basisgemeinden, Frauenvereinigungen und Gewerkschaften. Schon im Januar 1987 wurden bei einer friedlichen Demonstration für eine wirkliche Landreform vor dem Präsidentenpalast in Manila 13 Demonstranten erschossen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes KMU, Rolando Olalia, wurde ebenso ermordet wie der Sprecher des Oppositionsbündnisses BAYAN, Lean Alejandro. Noch im April 1989 wurden in der Provinz Zamboanga del Sur der katholische Priester Dionisio Malalay, der Stadtrat Rufino Rivera und der protestantische Pfarrer Zenaido Ruelo ermordet.

Aquino versprach die Einhaltung der Menschenrechte

Tatsächlich registrierte die philippinische Gefangenenhilfsorganisation „Task Force Detainees" allein von Januar bis November 1988 insgesamt 2235 illegale Verhaftungen, 636 Fälle von Folter und 241 politische Morde. Amnesty International „ist beunruhigt über die hohe Zahl offenbar außergerichtlicher Hinrichtungen — meist mutmaßlicher Mitglieder linker Organisationen — durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder ziviler paramilitärischer Gruppen". Seit ihrer Machtübernahme förderte Aquino die Bildung von sogenannten „Vigilantes" als Teil ihres Kreuzzuges gegen den Kommunismus. Wie schon unter Marcos müssen Filipinas und Filipinos das Land verlassen und — zum Beispiel auch in der Bundesrepublik — um politisches Asyl bitten.

Aquino versprach Friedensverhandlungen mit der Guerilla-Bewegung

Tatsächlich erklärte die Aquino-Regierung der Guerilla-Bewegung den „totalen Krieg" und schreckt dabei auch nicht vor der Bombardierung ganzer Dörfer und Landstriche zurück. Sie folgt dabei dem US-Modell zur Aufstandsbekämpfung („low intensity conflict"), einer Bürgerkriegsstrategie, finanziert und angeleitet von den USA, aber ohne direkte US-Militärintervention. Diese Militarisierung hat bis Ende 1988 schon 200.000 Menschen zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land gemacht.

Aquino versprach Auflösung der US-Militärbasen

Tatsächlich unterhalten die USA bis heute ihre beiden größten Militärstützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten auf den Philippinen. Während eine wachsende Zahl von Filipinas/os gegen fremde Stützpunkte und Militäreinmischungen eintritt, hat Aquino gerade 1988 einem weiteren Vertrag über die US-Stützpunkte zugestimmt. Im Gegenzug hofft sie auf eine Art „Marshall-Plan" für die Philippinen (10 Milliarden Dollar), an dessen Finanzierung sich auch die BRD beteiligen soll.

Aquino versprach Frauenförderungsprogramme

Tatsächlich sind Frauen als Land- und Industriearbeiterinnen unterbezahlt; das Lohnniveau der Frauen lag Anfang 1986 34% unter dem der Männer; qualifizierte Berufs- und Erwerbsalternativen fehlen. Mehr als 500.000 Frauen im Alter zwischen 11 und 25 Jahren müssen in der Sex-Industrie arbeiten, um ihre Familien zu ernähren. Käufer sexueller Dienstleistungen sind vor allem US-amerikanische Soldaten rund um die gigantischen US-Militärstützpunkte und ausländische Touristen. Hunger und Armut treiben immer mehr Filipinas in die Emigration, wo häufig ungesicherte Arbeitsverhältnisse und entwürdigende Lebensbedingungen auf sie warten.



Wir fordern dagegen anläßlich des Aquino-Besuches:

- **Beendigung des „totalen Krieges" gegen die politischen Oppositionsgruppen**
- **Einhaltung der Menschenrechte**
- **Abschaffung der Folter**
- **Freilassung der politischen Gefangenen**
- **Gerichtliche Verfolgung der für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen**
- **Existenzsichernde Mindestlöhne und menschenwürdige Arbeitsplätze**
- **Eine umfassende Landreform**
- **Aufnahme von Friedensverhandlungen mit der Guerilla-Bewegung**

Von der Bundesregierung fordern wir:

- **Diskussion all der angesprochenen Punkte anläßlich des Besuches**
- **Keine Gelder für die Aufstandsbekämpfung der philippinischen Regierung**
- **Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte**

Rheinische Regionalkonferenz der Philippinen-Solidaritätsgruppen

Treffen vor der Philippinischen Botschaft in Bonn, Agelanderstr. 1, am Mo., 10. Juli um 18 Uhr. Infoveranstaltung 10. Juli, 20 Uhr in Bonn (Ort bitte der Tagespresse entnehmen)

Touristischer Ausverkauf von La Palma

Touristischer Ausverkauf von La Palma

„Touristen raus", „Vorsicht Spekulanten" — das sind Parolen, mit denen die deutschen Touristen immer öfter auf den Kanaren konfrontiert werden. Fasziniert von der exotischen Landschaft und dem milden Klima, zieht es Jahr für Jahr Tausende während der kühlen Monate in Deutschland auf ihre Trauminsel. Es bleibt nicht beim einmaligen Aufenthalt; die Insel ist zum idyllischen Domizil für Aussteiger auf Zeit, für Langzeittouristen, für spätestens durch Tschernobyl umweltbewußte Szene-Mütter mit ihren Kindern geworden. Sie haben sich eine deutsche Gemeinde geschaffen, vorne dabei die Berliner und Freiburger Kolonie, eingeigelt in ihren Häuschen hinter hohen Mauern rund um die billig erworbenen Grundstücke. Um die dort lebende Bevölkerung machen sie sich keine Gedanken. Ihr Paradies haben sie ja gefunden. Die Diskussionen der Reisenden drehen sich allenfalls um Probleme in der neugegründeten Waldorfschule, wenn sie sich abends an den einschlägigen Treffpunkten zusammenfinden.

Die Bevölkerung hat ganz andere Sorgen angesichts des über Nacht hereingebrochenen Tourismus. Seit die Deutschen La Palma als ihre Trauminsel entdeckt haben, sind die Bodenpreise immens gestiegen. Junge Kanaren können sich kein Land mehr kaufen, wie es früher bei der Heirat Brauch gewesen ist. Deutsche Aussteiger auf Zeit haben den gesamten Immobilienhandel unter Kontrolle. Sie haben sogar die Unverfrorenheit, Land von Einheimischen zum Verkauf anzubieten, ohne zuvor deren Einwilligung einzuholen. Die alten Hasen unter den Touristen haben die touristische Infrastruktur völlig in den Händen und sind die alleinigen Nutznießer des Geldsegens aus dem Tourismusgeschäft. Trotzdem behaupten die Touristen blauäugig, sie brächten den Kanaren Wohlstand und Entwicklung.

Es kann daher nicht verwundern, daß sich die Einheimischen zusammengeschlossen haben, um sich gegen den Tourismus zur Wehr zu setzen. Sie müssen sich dabei gegen zwei Seiten wehren. Einmal gegen den „Szenetourismus" und gegen die Deutsche Kolonie. Zum anderen aber auch gegen die kanarische Zentral- und die Inselregierung, die mittlerweile auf den Luxustourismus setzen. Sie planen allein auf La Palma Hotelbetten für 80.000 Menschen. Für deren Vergnügen sind z.B. auch drei Golfplätze nach internationalem Maßstab geplant. Finanziert werden soll dies alles mit ausländischem Kapital. Doch bis zur Verwirklichung der Pläne soll die Insel mit Dumpingpreisen für den „Rucksacktourismus" erschlossen werden.

Die Kanaren sehen sich mit ihrem Widerstand gegen beide Spielarten des Tourismus ziemlich allein gelassen. Gegenüber dem spanischen Festland sind sie mißtrauisch. Dort leben ihre Kolonialherren, von denen sie noch niemals Gutes berichten konnten. Internationale Solidarität konnten sie bisher nicht erreichen, weil sich niemand für die Kanaren zuständig fühlt: Als Teil des spanischen Staates zählen sie nicht zur „Dritten Welt".

Die Kanaren hoffen, den reibungslosen touristischen Ausverkauf verhindern zu können.

Wie lange werden die Reisenden vom paradiesischen Leben auf La Palma schwärmen können, ohne einen Gedanken an die Einheimischen zu verschwenden? Für die gedankenlosen Touristen haben sie an eine Mauer gesprüht: Turismo es el desarollo del subdesarollo (Tourismus ist die Entwicklung der Unterentwicklung). Ob es die Touristen überhaupt lesen können?

mm

Tourismusprojekt zerstört

heilige Stätten der Aborigines

In Perth, der Hauptstadt Westaustraliens befinden sich die Aborigines (Ureinwohner Australiens) bereits seit etwa einem Jahr in einem entschlossenen Kampf gegen die Zerstörung einer ihrer Heiligen Stätten.

Teil dieses Kampfes ist neben juristischen Mitteln auch die nunmehr fast 5monatige Besetzung eines Geländes einer ehemaligen Brauerei an der Mounts Bay Road durch ca. 30 betroffene Aborigines der Gruppe der „Fingedwellers" des Swan Tales. Auf diesem Gelände in der Nähe des Flusses Swan befindet sich nach dem Glauben der Aborigines der Traumpfad der Schlange Waugal (engl. auch Wagyl genannt). Die Schlange Waugal ist ein Wesen der Schöpfungszeit der Welt, die in Religion und Mythologie der Aborigines eine wichtige Rolle spielt.

Mit ihrem Zeltlager protestieren die Fringedwellers gegen die begonnenen Bauarbeiten zu einem großen Tourismuskomplex im Werte mehrerer Millionen Dollar, die diesen Traumpfad zerstören. Zum Komplex gehören — laut Planung — neben einem Museum auch ein Gasthaus und ein großer Parkplatz. Das Museum soll Aborigine-Kunst aus Arnhem Land im Norden Australiens zeigen. Die Aborigines aber wollen nicht, daß dies Museum für Aborigine-Kunst ausgerechnet dort gebaut wird, wo das Traumzeitwesen Waugal sein Zuhause hat und wo die Ahnen der ansässigen Aborigines für sie bis heute gegenwärtig sind.

In einem Brief der Fringedweller an den Premierminister des Bundesstaates Westaustralien, Peter Dowding, vom Mai 1988 heißt es u.a.: „Wenn die Baupläne weiterverfolgt werden, so bedeutet dies, in das Grab unserer Ahnen einzudringen." In jedem einzelnen Sandkorn des Ortes steckt für die Aborigines ein spiritueller, mythologischer Geist und Glaube. Dies seit Jahrtausenden wohlgeordnete System durcheinanderzubringen bedeutet, alles in Unordnung und aus den Fugen geraten zu lassen, bedeutet, die Schlange Waugal zu kränken, traurig zu machen, vielleicht sie zu töten.

So fremd vielen westeuropäisch denkenden Menschen diese Gedanken erscheinen mögen: Die Religion der Aborigines verdient die gleiche Achtung wie beispielsweise die christlichen Religionen.

Auch die Verbindung von Aborigine-Kunst und dem Ausschank von Alkohol ist in den Augen vieler Aborigines selbst wenig glücklich, sind doch die Alkoholprobleme, insbesondere der in den Städten Australiens lebenden Aborigines, bekannt.

Auf dem Schild am Eingang des Protestlagers der Fringedwellers steht daher auch: „Alcohol free zone" — alkoholfreie Zone! Auf einem anderen der etwa 30 Schilder und Plakate ist zu lesen: „Black and white together with nature in this sacred place" — Schwarz und Weiß zusammen mit der Natur an diesem heiligen Ort. Die Aufschrift weist auf die Forderung der Aborigines hin, statt den Tourismuskomplex zu bauen, die für sie Heilige Stätte der Schlange Waugal in einen möglichst naturnahen Zustand zurückzuführen — z.B. in einen Park, der dann allen, schwarzen und weißen Besuchern, zugänglich wäre und Erholung böte.

Die Forderungen der Aborigines werden von anderen gesellschaftlichen Gruppen, nicht zuletzt von Umweltschützern, aber auch von Ärzten, Krankenschwestern und Gewerkschaften unterstützt.

Bisher ist es jedoch nicht gelungen, das Tourismusprojekt zu stoppen. Auch vor Gericht haben die Aborigines versucht, den Baustop zu erreichen; bisher ohne Erfolg. Der „Aboriginal Heritage Act", das Gesetz, das die Heiligen Stätten der Aborigines in Westaustralien schützen soll, ist nach dem Urteil des Obersten Gerichtes von Westaustralien vom 24.2.1989 für die Landesregierung, der das umstrittene Gebiet gehört, nicht bindend! Die Fringedwellers haben inzwischen Berufung gegen dieses Urteil eingelegt.

Das Verfahren vor einem australischen Bundesgericht ist noch nicht entschieden. Der Bundesminister hat Aborigine-Angelegenheiten, Gerry Hand, hat jedoch inzwischen einen vorläufigen Baustop bis 13. Juni 1989 verfügt. Dies ist sicher ein erster Erfolg, aber Ziel ist natürlich weiterhin, den **endgültigen** Baustop zu erreichen.

In einer Petition an Peter Dowding, Premierminister von Westaustralien, haben im Mai 1989 350 Unterzeichner und Unterzeichnerinnen aus der Bundesrepublik Deutschland die Forderungen der Aborigines nach dem sofortigen Stop der Bauarbeiten unterstützt und die Respektierung der Heiligen Stätte der Schlange Waugal gefordert. **Elisabeth Strohscheidt**

Leser und Leserinnen der blätter können die Aborigines mit eigenen Briefen an Peter Dowding unterstützen, in denen sie den endgültigen Stop der Bauarbeiten und die Respektierung der Heiligen Stätte der Schlange Waugal fordern.

Die Briefe sollten, wenn möglich in Englisch, gehen an:

The Premier of Western Australia
The Hon. Peter Dowding
Premier's Department
197 St. George's Terrace
Perth

Kopie bitte an: The Fringedwellers
WAUGAL Sacred Site
by the Swan Brewery
Mounts Bay Rd.
Perth
Western Australia 6000

EL Salvador

GEW unterstützt Schule in San José de la Flores

In einem Land, das Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt, wird auf Bildung kein Wert gelegt, im Gegenteil: Lesen und Schreiben können erscheint systemgefährdend. Dementsprechend liegt die Analphabetenrate bei 40% in der Stadt und 70% auf dem Land.

Am 20. Juni 1986 wagten es einhundertundzehn Flüchtlinge, ihre Lager in der Hauptstadt El Salvador zu verlassen, um sich in ihrem Heimatdorf San José de la Flores wieder anzusiedeln. Die Antwort auf diese Aktion kam in Form von Einschüchterungen, Verhaftungen und Verschleppungen. Als sich die Siedler nicht vertreiben ließen, wurde versucht, sie auszuhungern. Das gesamte Gebiet wurde militärisch abgeriegelt, die Einfuhr von Lebensmitteln und Medikamenten verweigert. Erst als 19 Kinder gestorben waren, wurden Lastwagen durchgelassen. Mittlerweile leben in San José de la Flores 900 Menschen. Sie haben es geschafft, eine bescheidene Infrastruktur in Form von Krankenstationen und einer Schule aufzubauen.

In San José de la Flores — wie auch in anderen Rücksiedlungsgebieten — unterstützt die Lehrergewerkschaft ANDES die Schule durch Bereitstellung von Lehrmaterialien und durch die Ausbildung von Volkslehrern. Diese Volkslehrer unterrichten nicht nur die Kinder, sondern geben auch Alphabetisierungskurse für Erwachsene.

Die GEW-Oberbayern und die GEW-Köln haben sich das Ziel gesetzt, einen Teil der Unterhaltskosten für diese Schule zu übernehmen und Schulpartnerschaften zu organsieren.

Spendenkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Ehrenfeld, GEW-Köln, BLZ 370 101 11, Konto-Nr.: 1320732101, Stichwort: El Salvador.

Weitere Informationen:
* Ulla Theisling, Sülzgürtel 38, 5000 Köln 41, Tel.: 02 21/41 09 55
* Helmut Seifried, Klöckelstr. 3, 8200 Rosenheim, Tel.: 089/55 80 21 (8-16 Uhr) und 080 31/129 20 (ab 17.00 Uhr)

US-Stützpunkte in Bolivien

Schon im November 1988 alarmierten linke Parteien in Bolivien die Öffentlichkeit, daß die USA beabsichtige, das Land zu „hondurisieren", d.h. es durch schleichenden Truppeneinmarsch in einen Militärstützpunkt zwecks Kontrolle des Cono Sur zu verwandeln. Gewerkschaften und selbst der Erzbischof von La Paz zeigten sich sehr besorgt, so daß der US-Botschafter sich schließlich genötigt sah, in einem Leserbrief an die Presse derartige Pläne zu dementieren.
Inzwischen sind aber Angehörige der US-Streitkräfte überall im Land dabei, Brunnen zu bohren, ärztliche und tierärztliche Dienste für die Campesinos aufzuziehen, ein Hospitalschiff zu reparieren und bolivianische Armeeangehörige zu unterrichten. Das größte Kontigent kommt Ende Mai nach Bolivien, um den Flughafen von Potosi zu erweitern.
Die US-Soldaten und -Reservisten sind bereits derart zahlreich, daß der bolivianische Verteidigungsminister nach eigenem Bekunden den Überblick verloren hat.

Nachdem nun also die US-Armee mit der für die „Low-Intensity Conflict" - Strategie typischen „Civic action" bereits im Lande etabliert ist, hat der Botschafter vorgeschlagen, die US-Drogenpolizei DEA durch bewaffnete US-Soldaten zu ersetzen, und zwar laut einer kleinen Zeitschrift aus La Paz mit Truppen mit ausgeprägtem „Aufstandsbekämpfungscharakter", die z.T. schon in El Salvador Erfahrungen gesammelt haben.
Der Besuch des Chefs des Südkommandos, Frederick F. Woerneignore, in Bolivien im Februar deutet ebenfalls auf ein sehr gesteigertes militärisches Interesse der USA an Bolivien hin.
Neben der militärischen Kontrolle der Region dürfte es auch die durch ein extrem neoliberales Wirtschaftsmodell geschaffene explosive soziale Situation sein, welche es den USA angemessen erscheinen läßt, präventiv militärische Präsenz zu zeigen. Das Drogenbekämpfungsmotiv dagegen ist eher als Vorwand zu betrachten, da bekannt wurde, daß die CIA die Contra in Nicaragua z.T. mit Kokaingeldern am US-Kongreß vorbei finanziert hat, d.h. der Machtapparat selbst ein Interesse am Kokain hat.

Daniel Haller

Protest gegen Beugehaft erfolgreich

Am 3. Mai 1989 hob der 3. Senat des Bundesgerichtshofes (BGH) die Anordnung der Beugehaft gegen Gabi H., freie Mitarbeiterin der Südostasien Informationsstelle, auf. Sie und ihre Mitbewohnerin wurden am gleichen Tag aus der Haft entlassen.

In der letzten Ausgabe der Blätter des iz3w hatten wir berichtet, daß Gabi H. in Beugehaft genommen worden war, weil sie sich weigerte, in einem Ermittlungsverfahren nach § 129 a als Zeugin auszusagen, da gegen sie selbst wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ermittelt wurde. Mit dem neuen Beschluß gab der Bundesgerichtshof zu, daß seine eigene Argumentation, Gabi H. könne sich nicht auf das Aussageverweigerungsrecht als Beschuldigte berufen, rechtswidrig war.

an

Die Wahrheit den gewerkschaftlichen Lügen unterordnen.

Betr.: Ansätze gewerkschaftlicher Solidaritätsarbeit in der BRD. In: Blätter des iz3w, Nr. 157, von Harald Esser.

Laut H. Esser wurde der VW-Streik in Puebla (Mexiko) 1987 erfolgreich beendet, weil in der BRD die Streikbrecher-Sonderschichten verweigert wurden.

Trotzdem wollen die mex. Gewerkschaftsvertreter von VW in Puebla die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit nicht einsehen. Lieber kämpfen sie mit anderen nationalen Organisationen, als sich einem Dachverband unterzuordnen. Sie wollen einfach keine internationale Kooperation auf Konzernebene in Anspruch nehmen.

Na so was!

Die mex. VW-ArbeiterInnen haben, genauso wie die ArbeiterInnen in der BRD, ihre Erfahrungen mit der praktischen Solidarität der IG-Metall gemacht.

Der Streik 1987 wurde tatsächlich gewonnen, nachdem sich die VW-ArbeiterInnen in Kassel solidarisierten und Sonderschichten verweigerten. Jedoch hatte die IG-Metall bereits in den ersten 6 Streikwochen Sonderschichten im Kasseler Werk zugelassen. (In Kassel werden 40% der Hilfsrahmenfertigung für den Audi 80 produziert. Die anderen 60% werden in Puebla hergestellt). Erst auf öffentlichen Druck von Betriebslinken bei VW mußte die IG-Metall ihre Zustimmung zurückziehen.

Zu Recht also sicherte sich die Gewerkschaft von VW Mexiko die Solidarität der anderen Automobil-ArbeiterInnen in Mexiko (GM, Nissan, Ford selbst im Streik) sowie der unabhängigen Gewerkschaften.

Was im DGB unter internationaler Gewerkschaftszusammenarbeit verstanden wird, zeigt der Besuch eines DGB-Funktionärs bei VW-Mexiko im Frühjahr 1989. Es gab nur eine Gesprächsrunde zwischen Fabrikleitung, DGB und der unabhängigen VW-Gewerkschaft in Mexiko. Für ein Gespräch zwischen Gewerkschaftern ohne Kapitalisten-Kontrolle hatte der DGB keine Zeit.

Die Geschichte der VW-ArbeiterInnen und ihrer unabhängigen Gewerkschaft ist die Geschichte des Kampfes gegen VW und gegen das korrupte mex. Gewerkschaftssystem. Da gibt es keinen Grund, sich irgendeinem Dachverband unterzuordnen.

Das große Interesse an einer internationalen ArbeiterInnen-Zusammenarbeit seitens der unabhängigen mex. VW-Gewerkschaft wird ihre Informationsreise im kommenden Jahr belegen.

Was die IG-Metall unter praktischer internationaler ArbeiterInnen-Solidarität versteht, wird sich während des am voraussichtlich 1. Juli beginnenden Streiks bei VW-Mexiko zeigen.

Gegen Sozialpartnerschaft und Gewerkschaftslügen!

Für einen internationalen ArbeiterInnen-Kampf!

Andrea Kramer

„Unser Land - Partner der Dritten Welt"

„Sagen Sie mal, ist das alles?" flüstert die elegante große Dame mit dem grauen toupierten Haar dem Herrn aus der baden-württembergischen Staatskanzlei zu. „Das war auch meine Frage, als ich die Ausstellung zum ersten Mal sah", antwortet er ihr.

In Baden-Württemberg ist man größeres gewohnt als diesen popeligen Beitrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zum 40. Bestehen der Bundesrepublik.

Ministerpräsident Späth betonte denn auch in seiner Rede zur Eröffnung der Bundesausstellung mit dem Titel „Unser Land — Partner der Dritten Welt" (9. Mai im Stuttgarter Lindenmuseum), wie wichtig es sei, über die globalen Probleme global nachzudenken. Er forderte eine Umweltschutzfeuerwehr der Industrieländer für die ganze Welt. Jürgen Warnke brachte wieder einmal den Vorschlag, Kernkraftwerke in die Dritte Welt zu exportieren, um das Ozonloch nicht größer werden zu lassen. Es gehe jetzt um die Bewahrung der Schöpfung, so der Minister.

Die Ausstellung wandert noch durch die übrigen Bundesländer. Bayern ist das nächste Aufnahmeland.

Auf den Schautafeln wird eine Erfolgsbilanz der 30jährigen deutschen Entwicklungshilfe gezogen: die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen sei trotz des raschen Bevölkerungswachstums nicht gestiegen, die Lebenserwartung habe sich von 42 Jahren (1960) auf rund 60 Jahre erhöht, das Wirtschaftswachstum sei in vielen Entwicklungsländern höher als in den Industriestaaten, der Anteil der Analphabeten habe deutlich abgenommen. In ihrem blinden Optimismus übersehen die Ausstellungsmacher, daß die Schere zwischen Reichen und Armen immer stärker auseinanderklafft, daß sich die Lebenserwartung nur für Menschen, die Zugang zu medizinischer Versorgung haben, verbessert hat, daß wirtschaftliches Wachstum nur in den Zentren der Entwicklungsländer erfolgte, daß viele Staaten ihre Bildungsprogramme einschränken müssen, um die Auslandsschulden zurückzubezahlen.

Hauptprobleme der Entwicklungsländer sind nach Ansicht des BMZ Armut, Bevölkerungsexplosion und Umweltzerstörung durch Bodenerosion und Brandrodung. Eine bedrohlich hohe und rote Plexiglassäule zeigt die Bevölkerungsentwicklung in den Entwicklungsländern, daneben die niedere grüne Säule der Industrieländer. Kein Wort liest man zu Verschuldung, Rüstungsexport und Apartheid, obwohl sich daran gerade der Zusammenhang zwischen Erster und Dritter Welt aufzeigen ließe.

Projektbeispiele der GTZ, etwa Erosionsbekämpfung in Kolumbien oder Stadtentwicklung in Nepal bilden den größten Teil der Ausstellung. Deutlich kleiner geriet die Selbstdarstellung der Parteistiftungen, der kirchlichen Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt, der Welthungerhilfe und die Darstellung der Privatinitiative eines deutschen blinden Pfarrers in Burkina Faso.

Nicht alle der zur Mitarbeit an der Ausstellung eingeladenen Organisationen zeigten Interesse. Eine Pressesprecherin des BMZ drückte dies so aus: „Die GTZ und die Welthungerhilfe arbeiteten stark mit, die anderen Organisationen kooperierten mehr oder weniger." Auch im Lindenmuseum war die Veranstaltung umstritten. Ein Teil der Mitarbeiter befürchtete eine unkritische Jubelveranstaltung. Vor dem Völkerkundemuseum sammelten Stuttgarter Dritte-Welt-Gruppen Spenden für die deutsche Wirtschaft. Die Ironie wurde von den Besuchern wohl nicht ganz verstanden, denn einige spendeten eifrig.

Die Ausstellungsbesucher, die sich nach dem Brezelempfang auf den Heimweg machten, beschwichtigten die Demonstranten: es sei wirklich nichts Wichtiges gewesen, was der Entwicklungshilfeminister gesagt habe. Eben! Ist das kein Grund zum Demonstrieren?

Wiltrud Rösch-Metzler

Machtpoker um die GEPA

Grundlegende Umstrukturierungen scheinen sich bei der GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt) anzubahnen. Die GEPA beliefert (Dritte-) Weltläden, entwicklungspolitische Aktionsgruppen und ähnliche AbnehmerInnen mit Waren aus Kooperativen und anderen basisdemokratisch arbeitenden Projekten der sogenannten Dritten Welt; sie bietet den ProduzentInnen dabei in der Regel Preise, die über dem Weltmarktniveau liegen, und fairere Handelsbedingungen. Den Zielen der „Aktion Dritte Welt Handel" entsprechend, als deren Teil sich die GEPA bisher verstand, stellte sie den Läden und Aktionsgruppen auch Informationsmaterialien zu den einzelnen Projekten und Produkten zur Verfügung. Dadurch sollte die Verbindung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit mit dem Verkauf von Waren ermöglicht werden.

Gesellschafter der GEPA sind die beiden kirchlichen Hilfswerke (Misereor und die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste, AGKED), die kirchlichen Jugendverbände BDKJ und aej, sowie die Arbeitsgemeinschaft der Weltläden, AG3WL, und der RegionalsprecherInnenkreis, der ebenfalls Weltläden und entwicklungspolitische Aktionsgruppen vertritt. Dabei halten Misereor und AGKED zusammen über 95% des Kapitalanteils.

Seit längerem schon gab es innerhalb der GEPA-Gremien gelegentlich Auseinandersetzungen zwischen BasisgrupppenvertreterInnen, insbesondere der AG3WL, und der GEPA-Geschäftsführung. Für die AG3WL waren die Einhaltung der Projektpartnerkriterien, eine konsequente Informationsarbeit der GEPA und die Transparenz innerbetrieblicher Vorgänge zumindest für die Basisgruppen besonders wichtig; sie begleitete die Arbeit der GEPA in diesen Bereichen oft kritisch. Demgegenüber betrieb die GEPA-Geschäftsführung eine Politik, die hauptsächlich eine weitere Ausweitung des Handels und „Professionalisierung" bezweckte und die Informationsarbeit diesen Zielen unterordnete.

Anscheinend hat nun die GEPA-Geschäftsführung, teilweise mithilfe von Kündigungen und Kündigungsandrohungen, die beiden großen kirchlichen Gesellschafter überzeugen können. In der letzten GEPA-Gesellschafterversammlung (GV) forderte der GV-Vorsitzende (AGKED) die kleinen Gesellschafter auf, ihre Gesellschaftsanteile zurückzugeben, da die GEPA mit der jetzigen Gesellschaftsstruktur nicht arbeitsfähig sei. Diese „harte Linie" wird aber anscheinend von Misereor nicht mitgetragen, so daß die beiden großen kirchlichen Gesellschafter jetzt hinter verschlossenen Türen an einer weniger drastischen „Lösung" basteln. In der nächsten GV Ende Juli wollen AGKED und Misereor einen neuen Gesellschaftervertrag vorstellen, der mit großer Wahrscheinlichkeit eingeschränktere Mitbestimmungsrechte für die jetzigen kleinen Gesellschafter vorsieht. Sollten sich die kleinen Gesellschafter weigern, den neuen Gesellschaftervertrag zu unterschreiben, drohen die kirchlichen Hilfswerke mit der Liquidierung der GEPA, um anschließend eine ähnliche Organisation wieder aufzubauen.

Diese rigorose Machtpolitik seitens der GEPA-Geschäftsführung und der großen kirchlichen Gesellschafter geht einher mit einer ideologischen „Säuberung" unter den MitarbeiterInnen der GEPA. So wurden zwei Mitarbeiter, Rainer Stahl und Michael Sommerfeld, nach interner Kritik an der derzeitigen Geschäftspolitik zur Auflösung ihrer Verträge gezwungen. Falls es den Basisgruppen und liberalen entwicklungspolitisch interessierten Kreisen innerhalb der Kirchen nicht gelingt, die gegenwärtige Entwicklung zu stoppen, wird das für die Zukunft der Weltläden gravierende Folgen haben. Viele Weltläden, die ausschließlich Waren von der GEPA beziehen, würden durch eine Entfernung der GEPA von den Zielen der „Aktion Dritte Welt Handel" vor unlösbare Probleme gestellt. Die einzige Hoffnung, die für den Erhalt der Mitspracherechte der Basisvertretung in der bisherigen Form besteht, liegt in einem Umdenkprozeß bei den großen kirchlichen Gesellschaftern, der wohl nur aufgrund des Drucks von Basisgruppen und Öffentlichkeit erreicht werden könnte.

AG3WL

Religion und soziale Befreiung in Südasien, Seminar vom 14.-16.7. in Eppelheim bei Heidelberg. Anmeldung: Arbeitskreis „Swaraj", c/o Johannes Laping, Pf 103641, 6900 Heidelberg

---

Transnationale Konzerne — nationale Gewerkschaften? Tagung vom 10.-12.7. in Tutzing. Anmeldung: Evangelische Akademie, Pf 227, 8132 Tutzing

---

Tourismus und ökologische Zerstörung — Seminar vom 8.-10.9 in Radevormwald. Anmeldung: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1

Weltenbilder — Bilderwelten, Anstöße für einen lebendigen Lernbereich Dritte Welt. Eine Fortbildung für pädagogisch Interessierte und LehrerInnen. 15.-17.9. im Westerwald. Anmeldung: Allerweltshaus, Wahlenstr. 22, 5000 Köln 30

Drittes Europäisches Forum zum Asylrecht vom 7.-8.10. in der Schweiz. Anmeldung: Third European Congress on Asylum Rigth, P.O. Box 543, CH-1000 Lausanne 17

Der andere Wirtschaftsgipfel vom 14.-16.7. in Paris. Information bei: TOES 89, 28 Bd. de Sébastopol, 75004 Paris, Tel. 0033-(16)1-42714163

Kinder und Krieg in Lateinamerika, hrsg. von terre des hommes, 270 Seiten, 16,80 DM, Lamuv-Verlag Göttingen

---

Angola Avante. Im Schatten der Apartheid: Angolas sozialistische Entwicklung seit der Unabhängigkeit, von Reinhard Zeilinger, 40 Seiten, 4 DM bei: Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich, Pf 146, A-1061 Wien

---

Paten oder Partner — Bielefelder Solidarität mit Esteli/Nicaragua. Film auf U-matic Lowband oder VHS, 28 Min. lang, Verleih: Dritte-Welt-Haus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

Strukturwandel statt Protektionismus: Was kostet die Neurordnung des Welthandels? Tagungsprotokoll der Evang. Akademie Loccum, 224 Seiten, 12 Mark, bei: Ev. Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum

---

Aufruf gegen die Bequemlichkeit — Bottroper Frauen helfen Flüchtlingen in Mittelamerika, von Ulrike Heckl/Martin Kleene (Red.), 24 Seiten, 3 DM beim Dt. Caritasverband, Auslandsabt., Pf 420, 7800 Freiburg

---

Nicaragua-Sonderheft mit Diskussion über Solidaritätsarbeit, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerarbeit, 34 Seiten, 5 DM bei: AES, Föhrenstr. 35, 5600 Wuppertal

---

Zwischen Hunger und Überschüssen — Agrarpolitik und Entwicklungspolitik im Widerspruch, Studienmaterial des Instituts für Fernstudien, von Elke Begander u. Klaus Seitz, 90 Seiten, 5 DM bei: Dt. Institut f. Fernstudien, Pf 1569, 7400 Tübingen

---

Alternativen zur Verarmung — Entschuldung, Neue Weltwirtschaftsordnung, alternative Wirtschaftspolitik. Broschüre 76 Seiten, 6 DM bei: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 1

Befreites Land, Befreites Leben — Frauen in Befreiungsbewegungen, von Edith Laudowicz (Hrsg.) 300 Seiten, 16,80 DM, Pahl-Rugenstein-Verlag

---

Für eine antirassistische Bewegung in der BRD, Broschüre der Darmstädter Initiative gegen Rassismus, 44 Seiten, 4 DM bei: K. Müller, Postlagerkarte 033534 D, 2000 Hamburg 13

Chicanos und mexikanische Arbeitsmigranten — „Dritte Welt" in den USA, von Andreas Kühler, 139 Seiten, 28,80 DM, Verlag Westfälisches Dampfbott, Münster

---

Afrika hungert — Da habt Ihr unseren Dreck! Broschüre zu Giftmüllexporten, hrsg. vom Centre Europe — Tier Monde (Genf), 100 Seiten DIN A 4, 17,- DM, nur bei uns: Informationszentrum Dritte Welt, Pf 5328, 7800 Freiburg

---

Beka — Ein Roman aus Belize, von Zee Edgell, 192 Seiten, 32 Mark bei: Orlanda-Frauenverlag Berlin

---

Unabhängigkeit für Nambia, Dokumentation vom Symposium der GRÜNEN IM BUNDESTAG, hrsg. von Uschi Eid u. Daniela Zimmermann, 140 Seiten, bei: DIE GRÜNEN I.B., Haus Tulpenfeld, 5300 Bonn

---

Entwicklung oder Befreiung? Forschungen zu Lateinamerika 19, zur Ethik sozialer Strukturen in Mexiko, von Gerhard Kruip, 597 Seiten, Verlag Breitenbach

---

Erste Brigade an einer Nica-Uni, Bericht vom Verein zur Wissenschaftsförderung Gesamthochschule Kassel-Nicaragua e.V., 27 Seiten, 3 DM beim Verein, Mönchebergstr. 19, 3500 Kassel

---

Kinderheilkunde in der Dritten Welt, von Dr. med. Franz Perabo, medicius mundi bulletin Nr. 39, Bezug: medicus mundi, Unterer Rheinweg 54, CH-4057 Basel

DRITTE WELT Nr. 6/Juni 1989
Nicaragua: Die Revolution behauptet sich / An der Schwelle eines eigenen Wirtschaftsmodells / Interview mit Henry Ruiz, Victor Tirado und Noam Chomsky / Der Versuch einer „gemischten Demokratie" / Lehren für Befreiungsprozesse in der 3. Welt / Bundesdeutsche Entwicklungshilfe für die innere Front / 10 Jahre Solidarität.
Außerdem: Abrüstung für Entwicklung / Südafrika: Boykottiert Shell / Namibia: Unabhängigkeit in Gefahr / Gorbatschow in Kuba / Referendum in Uruguay / Kultur: Mercedes Sosa
Einzelheft 3,- DM, Abo 33,- DM
Bezug: DRITTE-WELT-LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Lateinamerika Nachrichten 181, Mai 1989
El Salvador: Nach den Wahlen / Peru: Menschenrechtsverletzungen in den Anden / Uruguay: Zerfall der Frente Amplio / Chile: Sechs Monate nach dem Plebiszit: Tauziehen / Brasilien: Kongreß der Kautschukzapfer / Argentinien: Rückkehr zur Doktrin der „Nationalen Sicherheit" / Rot-Grün in Berlin, und wo bleibt der Rest der Welt? / Interview mit C. Capellari, dem Regisseur von „Amor America"
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Inprekorr, Nr. 216, Juni 1989
Thema: Das Europa der Rassisten. Dänemark: Vom offensten zum geschlossensten Land Westeuropas. Frankreich: Die „Front National" — eine ernste Gefahr. Großbritannien: Kürzungen gefährden Frauengruppen. Brasilien: Ein Programm für Frauen in Südamerikas größter Stadt. CSSR: Demokratie für einige. Peter Uhls Kritik am „Manifest des Komitees für Bürgerrechte". IV. Internationale: Italien: Der Eintritt der LCR in „Democrazia Proletaria". Dokumentation.
Bezug: Inprekorr, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.
Einzelheft 4,50 DM, Abo 45,- DM.

RUNDBRIEF Päd. Paulo Freire 40/41-89:
Sprache: Instrument der Unterdrückung oder Mittel der Bewußtseinsbildung? Bericht des Treffens der Europ. AG Bewußtseinsbildung, AK Alphabetisierung, FFM, Seminarvorschau der AG SPAK, Rezensionen, Hinweise, Tips...
Spendenerwartung: 4,- DM, AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2

---

ila Nr. 125, Mai 89
Schwerpunktthema: 1492-1992 — 500 Jahre Kolonialismus und kein Ende; Gegen den Verlust des historischen Gedächtnisses schreiben E. Galeano und Abadio Green, Koordinator der indianischen Gegenkampagne gegen die offiziellen 500-Jahrfeiern. / Mythen des Auslandsjournalismus / Europäischer Binnenmarkt.
Berichte und Hintergrundartikel zum Plebiszit in Uruguay, zu MBB-Geschäften in Peru, zu den Scheinwahlen in Panama, zu sexueller Gewalt in Mexico, zur kolumbianischen Unión Patriótica/ Rezensionen / Beilage der Infostelle Guatemala: Geheime Widerstandsdörfer.
Einzelheft 4,- DM, Jahresabo 40,- DM
Bezug: ila-info, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

BRASILIEN RUNDBRIEF — März 1989:
Die Bedrohung des Regenwaldes: ein soziales Problem? Dokumentation zur Situation der Yanomamis. Gespräch mit dem brasilianischen Botschafter und Paulo Suess. Erklärung von Altamira. Agrarreform keine Lösung in Sicht. UDR ohne Maske. Todesschwadronen morden weiter. Gewaltsames Vorgehen gegen Landarbeiter.
Bezug: Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg
Preis: 4,- DM (Einzelheft), 15,- DM Jahresabonnement (4 Ausgaben)

---

epd-Entwicklungspolitik 10/89
Information: epd-Gespräch mit BMZ-Staatssekretär Hans-Peter Repnik / Al Imfeld: ökonomische Lehrstücke in Westafrika / Umschuldungen deutscher Waffengeschäfte in Afrika? / Regenwaldbewegung fordert Tropenholz-Importstopp / Europäisches Flüchtlingsmanifest / Rüstungsporträt: Thyssen
Analyse: Industrie- und Entwicklungsländer streiten sich über Kommunikationstechnologie / Europäische ökumenische Versammlung in Basel / Eritrea-Friedensinitiative wendet sich an UNO
Dokumentation: Wolfgang Sachs: Zur Archäologie der Entwicklungsidee / Al Imfeld: Entkolonialisierung der Mission / EKD-Rahmenplan für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/ M. 17



